

Hanspeter Mattes

Bilanz der libyschen Revolution.

Drei Dekaden politischer Herrschaft Mu' ammar al-Qaddafis

Wuqûf-Kurzanalyse, Hamburg, Nr. 11-12, September 2001, 81 S.

Inhalt

Vorbemerkung	3
Einleitung	8
1. Geographie und Bevölkerung Libyens	8
2. Geschichtlicher Rückblick	13
3. Ursachen der Septemberrevolution	14
Kapitel I: Die politische Entwicklung Libyens seit 1969	17
1. Die Akteure der Revolution	17
2. Die Ziele der Revolution in Reden Qaddafis	33
3. Die ideologische Grundlage der Septemberrevolution	38
4. Die Phasen der Revolution und die Herausbildung des politischen Systems der Jamahiriya.....	40
5. Politische Opposition und Menschenrechte	61
6. Revolutionäre Kultur und Presse.....	67
Kapitel II: Politische Bilanz von drei Dekaden Septemberrevolution	72
Literaturverzeichnis	79

Abkürzungen

ACR	Africa Contemporary Record, London, jährlich
ASU	Arabische Sozialistische Union
AVK	Allgemeine Volkskonferenz
BFUO	Bund freier unionistischer Offiziere
DUT	Dritte Universale Theorie
RKR	Revolutionärer Kommandorat
SQ	al-Sijill al-Qawmi /Nationales Register, Sammlung der Reden Qaddafis, Tripolis, jährlich seit 1970
SWB	Summary of World Broadcasts, London, BBC

Vorbemerkung

Der direkte Anlaß für die Abfassung der vorliegenden Publikation war der 30. Jahrestag der libyschen Revolution am 1.9.1999. Dieser Jahrestag fiel, anders als diejenigen der Vorjahre, zugleich in eine Zeit neuer Dynamik innerhalb Libyens, ausgelöst durch die im April 1999 erfolgte Suspendierung der 1992 gegen den nordafrikanischen Staat verhängten UNO-Sanktionen.

Die Umsetzung des Buchprojektes war allerdings nicht unproblematisch; es waren weniger die technischen Probleme – so konnte der Autor dank der finanziellen Unterstützung der *Afrika-Stiftung* (Hamburg) und der technischen Hilfe von Walter Englert (*Afrika-Verein*, Hamburg) zur Vorbereitung der geplanten Publikation u.a. im April 1999 in Libyen in zahlreichen Gesprächen selbst aktuelle Eindrücke und neue Materialien sammeln –, sondern methodologische Überlegungen, wie auf dem zur Verfügung stehenden beschränkten Raum eine sinnvolle Bilanz von über drei Dekaden politischer Entwicklung gezogen werden kann. Die Ausführungen mußten unter diesem Gesichtspunkt zwangsläufig selektiv bleiben, was angesichts der großen Kluft zwischen Medienrealität und Ereignisrealität und der dadurch entstandenen Notwendigkeit, Entwicklungen darzustellen und Fakten zu bieten, zusätzliche Probleme bereitete.

Die Berichterstattung der internationalen Presse zu Libyen ist, ein Blick in die Libyen-Rubrik der verschiedenen Dokumentationszentren belegt dies, unausgewogen. Über die Jahre hinweg dominierten zwei Kategorien von Darstellungen: Die erste Kategorie stellte Revolutionsführer Qaddafi in den Mittelpunkt der Ausführungen, seine weibliche Leibwache, seine teilweise exzentrische Kleidung und seine Vorliebe für Beduinenzelte und Kamelmilch – Elemente eines Lebensstils, auf die er auch im Ausland, zuletzt 1999 bei seinen Besuchen in Kairo und Algier, nicht verzichten wollte. Die auf diese Äußerlichkeiten zentrierte Berichterstattung, dies muß allerdings konzediert werden, ist keine pure Böswilligkeit der Journalisten, sondern durchaus vom persönlichen Auftreten und Verhalten Qaddafis stimuliert, wenn nicht gar bewußt herbeigeführt worden.

Wesentlich gravierender und politisch größere Konsequenzen nach sich ziehend war die zweite Kategorie der journalistischen Berichterstattung einschließlich populärwissenschaftlicher Sachbücher (Sicker 1987; Arnold 1997), die ausschließlich außenpolitische Konflikte, „Diktator Qaddafis“ Rolle im internationalen Terrorismus, den libyschen Interventionismus in Schwarzafrika, die Konfrontation mit den USA, das Streben nach Massenvernichtungswaffen – oftmals ohne Fortentwicklungen in der libyschen Politik zu berücksichtigen – oder wie in den 90er Jahren den „Lockerbie“-Konflikt¹ in den Mittelpunkt stellten. Daran hat die Struktur der Medien mit ihrer Konzentration auf Spektakuläres genauso Anteil wie die (bequeme) unreflektierte Weitergabe von Klischees und Fehlinformationen, die sich im Falle Libyens bereits Anfang der 70er Jahre herauskristallisierte. Diese Einseitigkeit ließ und läßt einen Mangel an Bereitschaft zur Hinterfragung realer Entwicklungen erkennen, der sich im stereotypen Gebrauch mediengerechter Beinamen für Qaddafi vom „arabischen Heißsporn“ und „fanatischen Oberst“ bis hin zum „unberechenbaren Diktator“, „Castro der Wüste“ usw. niederschlug. Die Einschätzung des ehemaligen deutschen Botschafters in Algier, Gerhard Moltmann, anläßlich einer Rezension aktueller Libyenliteratur aus den Jahren 1981/82:

„Aber auch dann bleibt manches dunkel, zumal die Sprunghaftigkeit des Präsidenten (sic!) Ghaddafi nur verwirrt“; „Über die außenpolitischen Eskapaden des libyschen Präsidenten Muammar Ghaddafi hören wir viel, aber wir wissen wenig über die Gründe seines Handelns [...] Bei der Hektik und Unberechenbarkeit Ghaddafis weiß man allerdings nicht, was inzwischen wieder noch an Neuem passiert.“

¹ Vgl. hierzu Rodney Wallis: Lockerbie. The inside story. London 1999, 192 S., Roberta Deutsch: Die Beurteilung von „Lockerbie“ aus der Perspektive des Völkerrechts, in: Frank/Kamp 1995: 213-224 sowie John Ashton/Ian Ferguson: Cover-up of convenience. The hidden scandal of Lockerbie. London 2001. Zum Lockerbie-Prozeß vgl. www.law.ac.uk/lockerbie/index.cfm

ist für lange Zeit typisch gewesen, indes zu unrecht, denn Libyen behinderte ausländische Forschung nie und wissenschaftliche Arbeiten vermochten sehr wohl die Hintergründe und die Rationalität libyscher Politik aufzuzeigen (Deeb 1998, Niblock 2001).

Eine Einschätzung wie jene von Gerhard Moltmann hat eine politische Dimension, wenn Qaddafi als zentrale Persönlichkeit der libyschen Revolution a priori als emotional, impulsiv, eigenwillig und sprunghaft eingeschätzt wird; eine solche Charakterisierung bereitet zudem der systematischen Diskreditierung eines Staates, dessen Politik die Interessen der westlichen/kapitalistischen Staaten in Libyen selbst und außerhalb – je nach Einzelfall – limitiert, gefährdet oder zumindest stört,² den Boden.

Hinter dem nach wie vor zirkulierenden negativen Image und den Schlagworten verbirgt sich ein anderes, weitgehend unbekanntes Libyen, über das außerhalb der Wissenschaft wenig berichtet wird. Dies ist teilweise bedingt durch die rigide Arabisierungspolitik seit 1970, die angesichts einer neuen Tourismusstrategie derzeit in Frage gestellt wird, aber auch einer falschen (Auslands-)Informationskonzeption der libyschen Seite zuzuschreiben und so – zumindest teilweise – selbstverschuldet. Die zumal im Vergleich zu Nahost beschränkte wissenschaftliche Forschung zu Libyen kann diese Defizite der täglichen Informationspolitik nicht ausgleichen.

Jenseits von außenpolitischen Konflikten und Lockerbie ist Libyen jedenfalls ein Land, das sich in einem gesellschaftlichen Umbruchprozeß befindet, in dem es zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, zwischen Bevölkerung und politischer Führung sowie innerhalb der politischen Führung Auseinandersetzungen (z.B. über den Wirtschaftskurs, die Liberalisierung des politischen Systems, die Rolle der Frau und der Stämme in der Gesellschaft sowie die Islamisierung des Staates) und einen ausgeprägten Generationenkonflikt – immerhin sind 70 % der Bevölkerung unter 30 Jahren alt – gibt.

Libyen ist aber auch ein Staat, der sich seit der Unabhängigkeit 1951 im Prozeß der Staatsbildung befindet, dessen regionale Partikularismen und gesellschaftliche Spannungen zwischen städtischer Kultur (hadara) und Beduinentum (badawa) – wie sie der arabische Soziologe Ali al-Wardi bereits in den 60er Jahren exemplarisch und auch mit Gültigkeit für Libyen thematisierte – zu Widersprüchen führten. Diese Widersprüche konnten zwar durch den auf einer Erdölrente basierenden distributiven Staat, wie es Libyen seit den 60er Jahren dank der Erdölfunde bzw. Erdölexporte ist, gemildert, aber nicht bewältigt werden und führten damit am 1.9.1969 zur Revolution (arab. thawrat al-fatih min sibtimbir). *Revolution* (thawra) deshalb, weil nach Auffassung Qaddafis – 1969/70 in zahlreichen Reden ausgeführt – im Unterschied zu einem herkömmlichen *Staatsstreich* (inqilab) mit dem Machtwechsel in Libyen eine grundsätzliche Umgestaltung des politischen Systems, der politischen Elitenrekrutierung, des Wirtschaftssystems und bislang gültiger gesellschaftlicher Normen angestrebt (und auch umgesetzt) wurde. Dieser Qaddafische Sprachgebrauch,³ der durchaus eine gewisse Berechtigung für sich in Anspruch nehmen kann, wird von den Autoren übernommen.

Die eingangs erwähnten Probleme, die „Bilanz einer Revolution“ methodologisch befriedigend zu erstellen, resultieren insbesondere aus der Vielfalt der möglichen Ausgangspunkte. Soll die bewertende Bilanzierung

- in Form einer Soll-Ist-Bilanz die beiden Zeitpunkte 1969 und 1999 (2001) einander gegenüberstellen?

² Vgl. zu diesem Komplex Charvin/Vignet-Zunz 1987 und die vierbändige Serie *Responsible reporting? Libya in the Western press*. London: Highclere Ltd. 1982-1984.

³ Dieser Sprachgebrauch ist der offizielle geworden. Zahlreiche Entwicklungen in Libyen wurden mit dem Begriff *thawra* belegt: Die 1973 eingeleitete Volksrevolution (*thawra sha'biya*), die Niederschlagung studentischer Proteste 1976 durch Qaddafianhänger (*thawrat al-tullab*), die 1978 eingeleitete Produzentenrevolution (*thawrat al-muntijin*); darüber hinaus wird die Septemberrevolution als eine islamische Revolution (*thawra islamiya*) und eine Entwicklungsrevolution (*thawrat al-tanmiya*) bezeichnet.

- die strukturellen Ausgangsbedingungen (Erdölstaat; Gesamtdeviseneinnahmen aus dem Erdöllexport seit 1969 über 260 Mrd. US-\$ bei nur geringer Bevölkerungszahl) berücksichtigen?
- den regionalen Kontext (geringere Entwicklungserfolge bzw. Entwicklungsprobleme in Ägypten sowie den anderen Maghrebstaaten) einbeziehen oder sich die Bilanz an fiktiven Werten, die hätten erreicht werden können, wenn der starke ideologische Einfluß und die hohen Rüstungsausgaben nicht gewesen wären, ausrichten?

Zweifellos am einfachsten ist die den Zeitraum 1969-1999 (2001) quantifizierende Bilanz, wie sie auch von den unterschiedlichsten Organen in Libyen aus Anlaß des Revolutionsjahrestags in Form von Broschüren „Das waren wir – das sind wir“ praktiziert wird⁴. Extremstes Beispiel einer solchen Vorgehensweise wäre der Verweis auf die 1951 zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit insgesamt 14 libyschen Hochschulabsolventen, denen nach einem beschränkten Bildungserfolg unter der Sanusimonarchie im Studienjahr 1997/98 alleine an den libyschen Universitäten 162.523 Studentinnen und Studenten gegenüberstehen – eine durchaus beeindruckende (quantitative) Bilanz für die von Qaddafi propagierte Bildungsrevolution.

Hat eine solche Bilanzierungsform für die wirtschaftlichen Sektoren und das Aufzeigen quantitativer Entwicklungslinien durchaus ihre Berechtigung, so muß sie zwangsläufig dort versagen, wo qualitative Veränderungen zu bewerten sind und nach dem Einfluß der qaddafischen Ideologie auf die Gesellschaft, das politische System, den religiösen Bereich, die Medien usw. zu fragen ist.

Ein über das Quantitative hinausgehendes Bild von den sozioökonomischen Veränderungen in Libyen vermittelt die kulturelle Produktion, wie z.B. die 50 gesammelten Kurzgeschichten von Ali Mustafa al-Misrati (Mirsal/Scheinwerfer, Tripolis 1984), die Romane von Sadiq al-Naihum (Fursan bila ma‘raka/Ritter ohne Schlacht, Tripolis 1973) und von Ibrahim al-Kuni (zuletzt 1999: Nachtkraut) oder die seit den 60er Jahren bis heute von Muhammad al-Zwawi gefertigten sozialkritischen Karikaturen (Faath/Mattes/al-Warfalli 1984), die den erdölinduzierten radikalen Umbruch in der libyschen Gesellschaft, ihre Modernisierung und unaufhaltsame Verwestlichung aufgreifen. Prominentester libyscher Autor ist gegenwärtig Revolutionsführer Qaddafi, der erstmals 1994 mit einer Sammlung von zwölf Kurzgeschichten („Das Dorf, das Dorf, die Erde, die Erde und der Selbstmord des Astronauten“), denen 1996 ein zweiter Band („Lang lebe der Staat der Armseligen“) folgte, an die Öffentlichkeit trat. In diesen Kurzgeschichten wird nicht nur ein vereinfachtes ökologisches Weltbild von der reinen Wüste gepflegt und das Beduinentum verherrlicht, sondern auch ein Blick auf einen zweifelnden Qaddafi und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Volksherrschaft freigelegt (Mattes 1997).

Die in der vorliegenden Publikation gebotene Bilanz ist angesichts der Fülle möglicher abzuhandelnder Sektoren zwangsläufig selektiv und verbindet dort, wo es sinnvoll erscheint oder möglich ist, die qualitativen Analysen mit quantitativen Entwicklungslinien. Folgende für die libysche Revolution und ihre Entwicklung durchaus wichtige Themenbereiche werden allerdings im nachfolgenden Text weitgehend ausgespart:

Zum ersten die Frauenpolitik bzw. genauer die Frauenförderungspolitik der Revolutionsführung, die durch gesetzliche Maßnahmen (vgl. z.B. Gesetz Nr. 8/9.3.1989) die Rolle der Frau in Politik, Verwaltung, Armee usw., d.h. in der Gesellschaft schlechthin trotz massiver Kritik konservativer Familienoberhäupter gestärkt und ihre rechtliche Stellung deutlich verbesserte; diese modernistische Haltung der Revolutionsführung fand bereits in verschiedenen Publikationen (u.a. Graeff-Wassink 1990; Souriau 1986; Dargel / Plamböck 1994; UNICEF 1997) ihren Niederschlag.

⁴ Vgl. z. B. die Dokumentation: 30 aman thawra fi Libiya. Al-tahawwul al-siyasi wal-iqtisadi wal-ijtima‘i 1969 - 1999. Tripolis: Dar al-Jamhariya 1999, 720 S. (30 Jahre Revolution in Libyen. Der politische, wirtschaftliche und soziale Wandel 1969 – 1999)

Zum zweiten die Bildungspolitik, deren quantitative Errungenschaften in der Vergangenheit u.a. von Taoufik Monastiri in der jährlichen Libyen-Rubrik des *Annuaire de l'Afrique du Nord* (Soziokulturelle Chronik) dokumentiert wurden. Die Probleme des libyschen Bildungssektors, der wie in anderen arabischen Staaten angesichts des Endes des Versorgerstaates mit seiner Garantie eines Arbeitsplatzes für jeden Hochschulabsolventen inzwischen in eine Krise geraten ist, weil er (teuer) arbeitslose Akademiker produziert, konnten hingegen nicht genügend evaluiert werden.

Zum dritten die Wirtschaftspolitik, deren Analyse nicht nur Gegenstand von mehreren bereits erschienenen Publikationen (zuletzt z. B. Bergs 1989, Buru 1989, Gurney 1996, Vandewalle 1998, Struntz/ Dorsch 2000) war, sondern derzeit auch von Walter Engbert (*Afrika-Verein*, Hamburg) einer Bilanzierung unterzogen wird (Publikation für 2002 geplant).

Der vierte ausgesparte Bereich ist jener der Außenpolitik, wobei es gerade hier die drastischsten Entwicklungen gab. Wurde Libyen noch am 8.2.1964 in einem Artikel der *Morning News* (Karatschi) als „the quietest corner of North Africa“ beschrieben, wobei die Präsenz der amerikanischen und britischen Militärbasen in Libyen den äußeren Rahmen für diese „Insel der Stabilität“ abgab, kam es nach dem Sturz der Monarchie zu einem deutlichen außenpolitischen Kurswechsel. Der Panarabismus mit seinen zahlreichen (gescheiterten) Einheitsbestrebungen dominierte genauso die libysche Außenpolitik der 70er und 80er Jahre wie die Politik der Blockfreiheit und der Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wobei diese Zielsetzungen zusehends von der Konfrontation mit den USA, die am 15.4.1986 mit der Bombardierung von Tripolis und Banghazi ihren Höhepunkt erreichte,⁵ überlagert wurden.

Die libysche Außenpolitik war von jeher die bevorzugte Domäne journalistischer Berichterstattung und wissenschaftlicher Forschungsarbeiten, was sich in einer ganzen Reihe durchaus empfehlenswerter Studien niederschlug.⁶ Der interessierte Leser sei auf diese leicht zugänglichen Veröffentlichungen genauso wie auf die jährliche Rubrik zur außenpolitischen Entwicklung Libyens im seit 1987 vom Deutschen Orient-Institut erstellten *Nahost-Jahrbuch* (Opladen 1988 ff.) verwiesen. Die thematische Ausklammerung der Außenpolitik hängt mit einem weiteren Aspekt zusammen: Die angestrebte Zielgruppe der Publikation sind eher neben den allgemein Interessierten die zahlreichen Geschäftsleute, die gegenwärtig wieder auf dem attraktiven libyschen Markt tätig werden, und die deutlich anziehende Zahl von Studienreisenden, denen mit der vorliegenden Publikation ein Überblick über drei Dekaden konkreter revolutionärer Aktion in Politik und Wirtschaft offeriert werden soll, während die vor Ort nur bedingt „sichtbare“ Außenpolitik ins zweite Glied zurücktritt.

Diese Abkoppelung soll nicht heißen, daß es in Libyen keine gegenseitige Beeinflussung von Innen- und Außenpolitik gab bzw. gibt. Methodisch ist dabei der Einfluß der Innenpolitik auf die Außenpolitik von der umgekehrten Wirkungsrichtung zu unterscheiden. Die erste Wirkungsrichtung war vom ideologischen Diskurs, d.h. der ideologischen Begründung der außenpolitischen Ziele (arabische Einheit; Antiimperialismus; Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Völker usw.) gekennzeichnet, und ihre Intensität maßgeblich vom finanziellen Handlungsspielraum, der in den 70er Jahren dank explodierender Erdölpreise von 1,2 Mrd. US-\$ (1970) auf über 21 Mrd. US-\$ anstieg, bestimmt. Die Versuche arabischer Einheit, die massive islamische Mission, die Verbreitung der Qaddafischen Ideologie erfuhren nicht von ungefähr ihre stärkste Ausprägung in den ersten 15 Jahren der Revolution parallel zum Anstieg der Deviseneinnahmen. Daneben machte die zweite Wirkungsrichtung sich stärker in den folgenden 15 Jahren der Revolution, d.h. ab Mitte der 80er Jahre bemerkbar. Der von der Revolutionsführung nicht erwartete militärische Schlag der US-Luftwaffe gegen „Kommandozentralen des Terro-

⁵ Vgl. hierzu besonders Davis 1990; Mattes 1987; Thompson u.a. 1986.

⁶ Zur libyschen Außenpolitik gibt es eine beachtliche Anzahl von Werken, die über die Übersee-Dokumentation / Referat Vorderer Orient (Hamburg, Telefon 040-42834582) abgefragt werden können. Wichtige Übersichtswerke sind Deeb (1991), Haley (1984), Mattes (1986), Otayek (1986), St. John (1987).

rismus“ in Tripolis und Banghazi im April 1986 kann als Zäsur dienen und scheint zur ideologischen Mäßigung beigetragen zu haben. Ein eindeutiger Zusammenhang besteht zwischen den Niederlagen der libyschen Streitkräfte im Nordtschad Ende 1986/Anfang 1987 und den von Qaddafi ab März 1987 eingeleiteten politischen und wirtschaftlichen Reformen. Diese Reformen verhinderten den Systemkollaps, der angesichts des steigenden Unmuts über die politische Repression und die großen personellen Verluste der Tschadintervention, verschärft durch die drastischen Auswirkungen der Finanzkrise (Rückgang der Erdöleinnahmen auf 6,4 Mrd. US-\$ 1986) ohne Kurskorrektur unausweichlich schien. Der „libysche Frühling“ währte indes nicht lange, weil *politisch* die seit Ende der 80er Jahre aus Afghanistan zurückkehrenden libyschen Islamisten (libysche „Afghanen“) vor Ort den bewaffneten Kampf gegen das in ihren Augen ketzerische Qaddafi-Regime aufnahmen und *wirtschaftlich* die 1992 verhängten UNO-Sanktionen die eingeleiteten Reformschritte (zumindest zeitweise) blockierten.

Die Verantwortung für die selektive Bilanzierung der libyschen Revolution liegt selbstverständlich beim Autor.

Hamburg, August 2001
Hanspeter Mattes

Einleitung

1. Geographie und Bevölkerung Libyens

Libyen, dessen Staatsbezeichnung nach der Unabhängigkeit *Vereinigtes Königreich von Libyen* lautete, bevor sie sich mit der Revolution am 1.9.1969 zunächst in *Libysche Arabische Republik* und ab dem 2.3.1977 in *Sozialistische Libysche Arabische Volksjamahiriya*⁷ wandelte, geht in seinen heutigen östlichen und westlichen Grenzen bereits auf das 16. Jahrhundert zurück, als von den Osmanen die *Wilaya Tarabulus* und der davon abhängige Verwaltungsbezirk Banghazi errichtet wurden. Zwar modifizierte sich die genaue Grenzziehung im tunesisch-tripolitanischen Bergland oder in der ostlibyschen Cyrenaika (arab. Barqa), wo z.B. die Oase Jaghbug erst 1925 zu Libyen kam, stets leicht, doch anders als die libysche Südgrenze war der Herrschaftsbereich der in Tripolis regierenden Dynastien gegenüber Tunesien, Algerien und Ägypten ziemlich stabil, wenngleich es auch heute noch auf libyschen Landkarten eingetragene kleinere Gebietsansprüche gegenüber Algerien in der Gegend von Ghat gibt.

Die Südgrenze des von Tripolis aus kontrollierten Herrschaftsbereichs schwankte jedoch im Zeitverlauf erheblich, je nachdem ob die Herrscher in Tripolis stark oder schwach waren und sich Autorität gegenüber den südlich des Litoral lebenden Stämmen und Stammesföderationen verschaffen konnten. Als Beispiel für ein äußerst limitiertes Herrschaftsgebiet können die türkische Herrschaft Mitte des 19. Jahrhunderts gelten, als Abd al-Jallal und Ghuma, Rebellen für die Türken, „Ritter der Sahara“ für die libyschen Stämme, die türkischen Truppen aus dem Fazan vertrieben, und die Zeit zwischen Ende des Ersten Weltkriegs und 1920, als die italienische Kolonialmacht trotz hohen militärischen Aufwands seit Beginn des Okkupationsfeldzugs gegen Libyen (1911) auf die Herrschaft in den Küstenstädten Tripolis, Misurata, Khums, Banghazi und Darna beschränkt blieb. Auf der anderen Seite vermochten insbesondere die afrikanischen Kaiser Roms (in erster Linie die Severus-Dynastie 193-235 n.Chr.) durch den Bau des *limes tripolitanus* und die Anlage von Wehrdörfern (*limitanei*) bis ins 5. Jahrhundert n. Chr. hinein die Berberstämme der Provinz Phazania unter Kontrolle zu halten. Eine sich so weit nach Süden erstreckende Einflußzone konnten nur wenige Dynastien oder Mächte aufweisen, zuletzt im 19. Jahrhundert die islamisch-reformistische Sanusibewegung.

Muhammed Ibn Ali al-Sanusi, der 1843 die erste Niederlassung (*zawiya*) in al-Bayda (Cyrenaika) gründete, konnte dank fähiger Missionare (Ahmad al-Tuati, Muhammad al-Sunni) seinen Reformislam bis nach Südalgerien, den Tschad und teilweise sogar den Nordsudan verbreiten, wobei der Sitz der Sanusibruderschaft der Südausbreitung folgend zuerst von Jaghbug 1895 nach Kufra und 1899 nach Quru im Nordtschad verlegt wurde. An diesen traditionellen Einflußbereich der Sanusi knüpfte die libysche Revolutionsführung hinsichtlich ihrer territorialen Süderweiterung an, obwohl als Argumentation für die Reklamation eines kleineren Teils im Norden Nigers und die Okkupation des Aouzou-Streifens (1972-94) im Nordtschad nicht die Sanusiya, sondern der 1935 zwischen Italien und Frankreich geschlossene, aber nicht ratifizierte Grenzvertrag diente.

Wurde spätestens mit der endgültigen Besetzung Libyens durch die italienische Armee 1932 und den nachfolgenden Anschluß Libyens an Italien 1934 der Gegensatz von unter direkter Verwaltung stehendem Herrschaftsbereich und unter der Kontrolle der Stämme befindlichem Hinterland aufgehoben, so zeigen sich bis heute regionale Partikularismen innerhalb des Staatsgebietes von Libyen. In der Gegenwart ist nichts mehr von der Jahrhunderte währenden Bipolarität, d.h. einem phönizisch geprägten Westlibyen (Tripolitanien) und einem griechisch-

⁷ 24.12.1951-April 1963: Vereinigtes Königreich von Libyen; April 1963-1.9.1969: Königreich Libyen; 1.9.1969-2.3.1977: Libysche Arabische Republik (LAR); 2.3.1977-April 1986: Sozialistische Libysche Arabische Volksjamahiriya (SLAVJ); seit April 1986: Große SLAVJ.

kretischem Erbe verpflichteten Ostlibyen zu spüren. Die von den Brüdern Phileni mit ihrem historischen Wettlauf 450 v. Chr. definierte Grenze war jedoch bis 1963, dem Zeitpunkt der Umwandlung des Vereinigten Königreiches Libyen mit den drei Provinzen Tarabulus (Tripolitaniern), Barqa (Cyrenaika) und Fazzan⁸ in einen zentral verwalteten Einheitsstaat, bestehend aus zehn Muhafazat, der Scheideweg zwischen Ost und West. Diese auch administrativ sichtbare Trennung, begünstigt durch den wüstenhaften lebensfeindlichen Sirtebogen, der sich als geographischer Passivraum trennend zwischen beide Regionen schob (das dort konzentriert gelagerte Erdöl wurde ja erst in den 50er Jahren entdeckt), ist zugleich ursächlich für die Schwierigkeiten der geopolitischen Einordnung Libyens: gehört Libyen als Ganzes zum *Maghreb* wie Tripolitaniern oder zum Nahen Osten, zum *Mashriq*, wie Barqa.

Heute ist Libyen nicht mehr durch den Nord-Süd-Gegensatz, die Rivalität verschiedener Herrschaftszentren geprägt, sondern ist unter entwicklungspolitischen Aspekten mit der Tatsache unterschiedlich entwickelter Zonen konfrontiert. Dieses regionale Entwicklungsgefälle ist einerseits naturbedingt (Wüstenstaat; Verhältnis von Wüste zu Kulturland 10:1), zum anderen Ergebnis der Wirtschaftspolitik, denen Libyen besonders seit Beginn der massiven Erdölförderung in den 60er Jahren ausgesetzt war.

Schließlich ist auf die Seegrenze Libyens zu verweisen, wo die Revolutionsführung seit dem 9.10.1973 neben einer Ausdehnung der Hoheitsgewässer von drei auf zwölf Seemeilen jene Gewässer der Syrtebucht, die innerhalb der Linie Misurata-Banghazi liegen, zu Binnengewässern deklarierte, was bislang international nicht anerkannt ist und besonders in den 80er Jahren zu Konfliktsituationen mit der VI. US-Flotte führte, die innerhalb dieses Gebietes, aus libyscher Sicht provokativ, Manöver durchführte.

Auch die Vereinbarung über den Kontinentalsockel ging nicht ohne politische Schwierigkeiten vonstatten, weil Tunesien und Malta erst nach Schiedssprüchen des Internationalen Gerichtshofes vom 24.2.1982 bzw. vom 3.6.1985 ihre Ansprüche auf Gebiete, die auch Libyen für sich reklamierte, aufgaben.

Die libysche Bevölkerung, bei Herodot unter den Namen Gaetuler, Nasamonen und Garamanten bekannt, im 8. Jahrhundert v. Chr. mit Phöniziern, später Griechen und Römern vermischt, kam entsprechend den geschichtlichen Ereignissen im Lauf der Jahrhunderte auch mit Wandalen, Byzantinern, Spaniern, Kretern, Maltesern usw. in Berührung. Libyen beherbergte darüber hinaus bis zum arabisch-israelischen Krieg im Juni 1967 stets eine jüdische Bevölkerung (1948: 30.000). Die stärksten Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung brachte zweifellos die Eroberung Nordafrikas durch islamische Truppen im 7. Jahrhundert. Zwar war die Arabisierung der libyschen Bevölkerung anfangs nur gering, doch änderte sich dieses im 11. Jahrhundert mit der Unterwerfung der autochthonen, überwiegend berberischen Bevölkerung durch die arabischen Stämme der *Banu Hilal* und *Banu Sulaiman*, da zahlreiche Fraktionen beider Stämme Libyen zum neuen Siedlungsgebiet wählten. Die osmanische Herrschaft ab 1551, d.h. die Präsenz türkischer Truppen, beeinflusste zwar ebenfalls die Zusammensetzung der Bevölkerung (sog. Kuloghli, Nachkommen von Türken, die mit libyschen Frauen verheiratet waren), doch in erheblich geringerem Umfang.⁹ Die italienischen Kolonisten schließlich prägten nach 1922 bis zu ihrer Ausweisung 1970 das politische und ökonomische Leben nachhaltig, hinterließen aber keine „rassischen“ Spuren. Was der italienische Faschismus hinterließ sind jedoch zahlreiche Studien zur „rassischen Zusammensetzung“ der libyschen Bevölkerung, verbunden mit Namen wie Francesco Beguinot, Nello Puccioni und Renato Biasutti.

Offiziell gelten heute alle Libyer als Araber und Muslime, ethnische Differenzierungen sind, entsprechend der Betonung des Einheitsgedankens (arabische Einheit), verpönt. Von der liby-

⁸ Von 1.749.000 qkm Staatsfläche entfielen 250.000 auf Tripolitaniern, 844.000 auf Barqa und 655.000 auf den Fazzan.

⁹ Bei den Volkszählungen 1954, 1964, 1973, 1984 und 1995 wurde nicht nach der ethnischen Zugehörigkeit gefragt. In den 60er Jahren wurde geschätzt, daß 35 % der Bevölkerung reine Araber sind, 30 % Nachkommen arabisch-berberischer Verbindungen, 25 % reine Berber, 6 % Kuloghli und 4 % sonstige (Negroid; Europäer).

schen Revolutionsführung wurde immer wieder die *Jamahiriya* (Staat der Volksmassen) als Kern des zukünftigen „gesamtarabischen Einheitsstaates“ proklamiert, arabische Wissenschaftler aufgerufen, nach Libyen zu kommen, und jeglicher Visumszwang für Bürger arabischer Staaten abgeschafft, bis politische Ereignisse und Zerwürfnisse bis hin zum libysch-ägyptischen Grenzkrieg im Sommer 1977 solche Offerten außer Kraft setzten.

Aufgrund der naturgeographischen Restriktionen konzentriert sich die Bevölkerung im fruchtbaren Küstengürtel, bildet Tripolitanien mit zirka 78 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche auch den Schwerpunkt der Besiedlung: Es gilt die Regel, daß zwei Drittel der Bevölkerung auf Tripolitanien und ein Drittel auf Barqa entfallen, während die Bevölkerungszahl in den Wüstengebieten nur gering ist (5 %). Allerdings ergab sich hier – auch im Zusammenhang mit dem 1973 von Revolutionsführer Qaddafi geförderten neuen Kulturverständnis – eine Umstrukturierung in dem Sinne, daß durch spezielle Förderung der saharischen Regionen und die Schaffung neuer Siedlungszonen (z.B. Kufra, Sirt, Sabha Region, Ghat, Ghadamis) die kulturelle Diskrepanz und das Entwicklungsgefälle zwischen den traditionellen Siedlungszentren an der Küste und den übrigen Regionen überwunden werden sollen. Ob damit die zugleich von Qaddafi erhobene Forderung nach neuen Beziehungen zwischen Stadt und Land, einer „Rückkehr zum Ursprung“, d.h. der Wiederbelebung der arabisch-islamischen Kultur durch Zurückdrängen der von Türken, Italienern, Briten und Amerikanern während der „Periode ausländischer Domination“ erfolgten kulturellen Vermischung, durchgesetzt werden kann, ist äußerst fraglich. Erstens ist die Massenmediatisierung und kulturelle Öffnung nach Europa sowie Tunesien und Ägypten schon zu weit fortgeschritten und westlicher Standard bereits voll internalisiert, zum zweiten ist die libysche Bevölkerung selbst ein Konglomerat aus den unterschiedlichsten Gruppen, so daß die Rückkehr zur *arabisch*-islamischen Kultur kaum von den im Fazzan siedelnden Tubu und Tuareg oder den im Jabal Nafusa, Zuwara und der Oase Awjila lebenden Berbern unterstützt wird. Auch das besonders im Fazzan anzutreffende schwarze Bevölkerungselement, Nachkommen ehemaliger Sklaven, ist zwar islamisiert, aber nicht arabisiert. Auffallend ist dennoch die hohe Präsenz schwarzer oder stark negroider Libyer in hohen Führungspositionen. Dies gilt für den Generalstabschef Abubakr Yunis Jabir ebenso wie für die langjährigen Außenminister Jum‘a al-Fazzani und Ibrahim al-Bishari (dessen Mutter aus dem Tschad stammte), den bis zum 1.3.2000 amtierenden Tourismusminister Salim Hawda oder den ersten Leiter des Grünen Buch-Zentrums, Ahmad al-Shahhati.

Libyen ist schließlich eine demographisch junge Gesellschaft, direktes Ergebnis der seit Jahren hohen Geburtenrate. Die Bevölkerung stieg nicht nur von 1,07 Mio. 1954 auf 4,41 Mio. 1995 an,¹⁰ sondern es ergab sich auch eine Verschiebung der Altersklassen. Der Anteil der unter 15jährigen Personen erhöhte sich in den 60er Jahren derart, daß diese 1973 bereits 51 % der Bevölkerung stellten, aber selbst heute noch liegt ihr Anteil mit 39,1 % (1995; 1984: 49,9 %) recht hoch.

¹⁰ Dies entspricht mehr als einer Vervierfachung in 40 Jahren; die Bevölkerungszahl wird für das Jahr 2010 auf rund 8 Mio., im Jahr 2025 auf rund 12 Mio. geschätzt.

Tabelle : Die Bevölkerungsentwicklung in Libyen

Quelle: Statistische Jahrbücher. Tripolis

	1880	1954	1973	1984	1995
Bevölkerung Absolut	1.006.000	1.088.889	2.257.037	3.231.059	4.413.033
Wachstumsrate (%)		3,7	4,1	4,1	3,1
Anzahl der Ausländer		47.274	202.734 = 9%	Ca. 800.000 =23 %	386.032
Bevölkerungs- Konzentration in Städten	ca. 5 %	ca. 21 %	59,8 %	63 %	ca. 80 %
Bevölkerung in Tripolitanien Barqa Fazzan	664.000 206.000 140.000	68 % 27 % 5 %	738.398 291.728 59.315	Neue Baladiyat/ Gemeinde- gliederung	
Bevölkerung in Tripolis Banghazi	20.000 7.000	130.000 69.718	551.000 282.000	859.000* 327.000**	990.000 485.000
Fläche insgesamt in qkm	891.000	1.749.000	1.749.000	1.749.000	1.749.000

*1981 **1979

Bleiben als zeitweise sehr umfangreiches Bevölkerungselement die ausländischen Arbeitskräfte – teils mit, teils ohne Familienangehörige – zu nennen. Die libysche Wirtschaft durchlief in den letzten vier Jahrzehnten im Zusammenhang mit der Erdölexploration einen radikalen Wandel. Eng verknüpft mit der erdölinduzierten Wirtschaftsentwicklung war die steigende Nachfrage nach Arbeitskraft, die angesichts der Knappheit an lokaler Arbeitskraft nur über den Import zu befriedigen war. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in Libyen (1954: 48.000) ist seit den 60er Jahren konstant hoch, schwankt jedoch sowohl zahlenmäßig (in % der gesamten Arbeitskräfte) als auch hinsichtlich der regionalen Herkunft (Länderkontingente). Besonders ab 1972, als zahlreiche große Entwicklungsprojekte anliefen, gab es einen deutlichen Anstieg ausländischer Arbeitskräfte mit einem Anteil von jahresweise bis zu 40 % an der gesamten libyschen Erwerbsbevölkerung. So sind 1976 nach Angaben der *Allgemeinen Volkskonferenz* insgesamt 390.000 Ausländer, darunter bereits 250.000 Ägypter, 42.000 Tunesier, 14.000 Syrer, 10.000 Palästinenser, 10.000 Jordanier und kleinere Kontingente anderer Nationalitäten gezählt worden.

Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß angesichts der geschwundenen Erdöleinnahmen seit Mitte der 80er Jahre die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte stark zurückgegangen.¹¹

Insbesondere seit der wirtschaftlichen (und politischen) Reformpolitik Ende der 80er Jahre und der damit einhergehenden Öffnung der Grenzen kam schließlich eine hohe Anzahl von Personen illegal ins Land, überwiegend Ägypter und Schwarzafrikaner (ihre Anzahl wird auf bis zu zwei Millionen geschätzt)¹². Mag diese Zahl auch zu hoch geschätzt sein, der eigene Eindruck bei einem Besuch in Libyen zeigt die gegenüber früher deutlich gestiegene Anzahl von Schwarzafrikanern (Mali, Nigerier, Ghanesen, Sudanesen, allein 600.000 Tschader) im heutigen Straßenbild. Ihre Existenz hat negative Effekte auf den Arbeitsmarkt, wo sie billige Handlangerdienste zu Lasten sozialversicherter Arbeitskräfte verrichten. Von der libyschen Staatsführung wird darüber hinaus der Anstieg der Kriminalität, des Drogenmißbrauchs und der Prostitution auf ihre Anwesenheit zurückgeführt. Um deshalb einen Überblick über die Anzahl der Ausländer in Libyen zu erhalten ordnete – unter Androhung von Strafe bei Nichtbefolgung – das Innenministerium am 5.6.1994 die Registrierung aller Nichtlibyer an.¹³

Der staatliche Umgang mit den in Libyen anwesenden ausländischen Arbeitskräften ist zugleich eines der traurigsten Kapitel der libyschen Ausländerpolitik seit 1969, und dies trotz der Tatsache, daß die Arbeitskräfte für die Realisierung der Entwicklungsprojekte und die Umsetzung der Entwicklungsziele gebraucht wurden. Die Ursache des Problems lag in der politischen Instrumentalisierung der Arbeitskräfte je nach Herkunftsland für politische Zwecke, d.h. ihr Einsatz als Mittel der Außenpolitik. Dies bedeutete, daß der jeweilige Zustand der bilateralen politischen Beziehungen Libyens zu anderen arabischen Staaten, aber auch zu Staaten wie z.B. Niger, Mali oder der Türkei in höchstem Maße Rückwirkungen auf den Immigrationsfluß oder auf die sich bereits im Lande befindliche Kolonie an Arbeitskräften hatte.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Ausweisung von ausländischen Arbeitskräften als Repressalie für ein außenpolitisches Verhalten des Herkunftslandes, das von der libyschen Führung abgelehnt wurde. Beispiele dafür sind die Jerusalemreise des ägyptischen Präsidenten Sadat im November 1977, die unterschiedlichen Querelen mit dem sudanesischen Staatschef Numairi 1975-1985 oder die Spannungen mit dem tunesischen Präsidenten Bourguiba 1986. In jedem

¹¹ Zu den Arbeitskräften kommen schließlich jene Ausländer hinzu – mehrere Tausend –, die von der libyschen Regierung Stipendien für ein Studium an einer der libyschen Universitäten erhielten (überwiegend Stipendiaten aus afrikanischen Staaten). Andere Organe, die Ausländer ausbilden, sind die Islamische Missionsgesellschaft bzw. die Fakultät für Islamische Mission. Daneben gibt es noch den spezifischen Bereich der Militärs; seit Ende der 70er Jahre bis Ende der 80er Jahre waren aus den Ostblockstaaten (Sowjetunion, DDR, Polen, Rumänien u.a.) mehrere Tausend Militärberater in Libyen tätig.

¹² So die von offizieller Seite genannte Zahl anlässlich der Ausschreitungen gegen Schwarzafrikaner im September 2000; vgl. Länderbericht Libyen, in: Nahost-Jahrbuch 2000, Opladen: Leske + Budrich, 2001, bes. S. 116

¹³ 1992 kamen nach inoffiziellen Angaben zu den 4,4 Millionen libyschen Einwohnern rund 1,5 Millionen legale und illegale Ausländer hinzu.

dieser und etlicher weiterer Fälle wurden bis zu mehreren Zehntausend Ägypter, Tunesier, Sudanesen in kürzester Zeit und oft unter sehr inhumanen Bedingungen (u.a. Verbot der Mitnahme ihres Besitzes) über die Grenze abgeschoben. Die ausländischen Arbeitskräfte waren politische Manövriermasse, über denen stets das Damoklesschwert einer potentiellen Ausweisung schwebte.¹⁴

2. Geschichtlicher Rückblick

Die Definition dessen, was hinsichtlich der Periodisierung der libyschen Geschichte als präkoloniale, koloniale und postkoloniale Phase zu bezeichnen ist, hängt vom Standpunkt des Betrachters ab. Gilt in Europa die Zeit der griechisch-römischen und der byzantinischen Herrschaft (534-643) sowie die Zeit zwischen der islamischen Eroberung 643 und der militärischen Okkupation Libyens 1911 durch die Italiener als präkoloniale Periode, wird im heutigen Libyen selbst von über 400 Jahren Unterdrückung und Fremdherrschaft gesprochen; d.h. auch die nach dem vierzigjährigen Interregnum der Spanier und des Johanniterordens über Tripolis (1510-1530 bzw. 1530-1551) bestehende Eingliederung der Wilaya Tarabulus in das osmanische Reich wird wie auch die Periode 1942/43-1969 als Kolonialherrschaft, zumindest jedoch als Periode ohne Selbstbestimmung eingestuft.

Als einzige präkoloniale Herrschaftszeit, teilweise überglorifiziert, bleibt die Zeit von der Islamisierung Libyens ab 643 n. Chr. bis zur spanischen Eroberung von Tripolis im Zuge der nach Nordafrika getragenen Reconquista bestehen. Anders aber als während der italienischen Kolonialherrschaft, die einseitig an das römische Erbe Libyens anknüpfte und fast ausschließlich archäologische Grabungen in den griechisch-römischen Ruinenstätten von *Sabratah*, *Leptis Magna*, *Apollonia*, *Cyrene* usw. vornahm, gelten die derzeitigen Bemühungen um Erhaltung des nationalen Erbes allen Geschichtsepochen. Das in Tripolis ansässige *Department of Antiquities* fördert(e) ebenso die Restaurierung des Triumphbogens des Septimus Severus in *Leptis Magna* wie die Erhaltung der Königsgräber von *Zwila* oder Grabungen in der frühislamischen *Madinat Sultan* (nahe dem heutigen *Sirt*).

Libyen, aufgrund seiner geopolitischen Lage zwischen den ökonomisch bedeutsameren Kernmaghrebstaaten und Ägypten sowie vor Entdeckung der Erdöllagerstätten wegen seines wüstenhaften Landschaftscharakters innerhalb des arabisch-islamischen Raumes eine marginalisierte Region, geriet erst Ende des 19. Jahrhunderts in das Blickfeld europäischer Kolonialinteressen. Seit 1880 betrieben italienische Befürworter eines expansiven Kolonialismus eine „Politik der friedlichen Durchdringung“ Libyens, um jene Fakten zu schaffen, die 1911 unter Ausnutzung der imperialen Hochstimmung in Europa den militärischen Zugriff auf das Land rechtfertigen sollten.

Die mit militärischen Mitteln angestrebte Kolonisierung Libyens geriet indes angesichts des unerwartet heftigen Widerstands der libyschen Bevölkerung (sog. 1. italienisch-libyscher Krieg 1911-1917) zu einem Debakel, weil alle italienischen Versuche, das Hoheitsgebiet über die wenigen besetzten Küstenstädte hinaus auszudehnen, scheiterten. Allerdings blieben auch die Anstrengungen der Libyer, die Küstenstädte zurückzuerobern, erfolglos. In dieser militärischen Patt-Situation kam es zu einem *Modus vivendi* zwischen beiden Seiten: Die Libyer akzeptierten die italienische Oberhoheit in der Küstenzone, während Italien im Hinterland von Tripolitaniern die am 16.11.1918 proklamierte „Tripolitranische Republik“ und in der Cyrenaika Muhammad Idris al-Sanusi, den Führer der Sanusibruderschaft, als „Emir der Cyrenaika“ anerkannten. Diesen *Modus vivendi* verwarf 1922 der in Italien an die Macht gelangte Benito Mussolini, der die

¹⁴ Vgl. hierzu ausführlich Mattes, Hanspeter: Ausländer und Minderheiten in Libyen. Revolutionäre Ideologie und politische Praxis, in: Becker, Gerd/Karrer, Peter (Hrsg.): *Fremd sein hierzuland & anderswo*. Hamburg: Wayasbah 1996: 51-80.

militärische Eroberung aller drei libyschen Provinzen (Tripolitaniens, Cyrenaika, Fazzan) anordnete und damit den 2. italienisch-libyschen Krieg (1923-1932) auslöste.¹⁵ Dessen siegreicher Abschluß machte nicht nur den Weg frei für die angestrebte italienische Agrarkolonisation (70.000 Siedler), sondern auch für die Eingliederung Libyens als „vierte Küste“ Italiens in das italienische Königreich (Dekretgesetz Nr. 70 vom 9.1.1939). Erst mit diesem Gesetz wurden die Libyer zumindest de jure zu vollwertigen (italienischen) Staatsbürgern mit allen formalen Rechten und Pflichten.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1939 und der Beginn des Nordafrikafeldzugs 1940¹⁶ beendeten abrupt die Kolonialambitionen Italiens, weil mit dem Sieg der alliierten Truppen Libyen sukzessive ab 1942/43 entsprechend dem Vormarsch britischer und französischer Truppen alliierter Militäradministration unterstellt wurde. Da es unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs nach 1945, aber auch unter den Libyern selbst, zu keiner einheitlichen Option über die zukünftige politische Entwicklung der ehemaligen italienischen Kolonie kam, einigten sich Großbritannien, Frankreich, die USA und die Sowjetunion immerhin darauf, die Angelegenheit den Vereinten Nationen zur Klärung zu übergeben. Die Mitglieder der Vereinten Nationen beschlossen nach langwierigen Konsultationen in einer Resolution vom 21.11.1949 (wobei die Stimme Haitis den Ausschlag gab), Libyen spätestens zum 1.1.1952 in die Unabhängigkeit zu entlassen. Zur Absicherung des Prozedere wurde ein eigener Kommissar (Adrian Pelt) bestellt, der dafür sorgen sollte, daß die unterschiedliche Auffassungen vertretenden Politiker, Partei- und Stammesführer Tripolitaniens, der Cyrenaika und des Fazzan die notwendigen Schritte ergriffen, die vorbereitenden Organe bildeten und die erforderliche Verfassung ausarbeiteten (Pelt 1970).

Die in diesem Kontext ab Sommer 1950 gebildete 60köpfige *Verfassungsgebende Nationalversammlung Libyens* (je 20 Mitglieder für eine der drei Provinzen; ausgewählt von den anerkannten regionalen Führungspersonlichkeiten: Emir Idris al-Sanusi/Cyrenaika, dem Mufti von Tripolis/Tripolitaniens, dem Notabel Ahmad Bey/Fazzan) trat am 25.11.1950 zur ersten von 43 Sitzungen zusammen und proklamierte bereits am 2.12.1950 Emir Idris al-Sanusi zum König des künftigen unabhängigen Königreiches. Die Verabschiedung der Verfassung erfolgte am 7.10.1951, wenige Wochen vor der offiziellen Proklamation der Unabhängigkeit Libyens am 24.11.1951.

3. Ursachen der Septemberrevolution

Das Erlangen der politischen Unabhängigkeit stellt eine historische Zäsur in der Geschichte Libyens dar, denn nach Jahrhunderten oktroyierter Fremdherrschaft bestimmten die Libyer erstmals selbst über ihre Zukunft, wenngleich die Phase der politischen Entwicklung nach 1951 noch durch die außenpolitische Konstellation, die die Unabhängigkeit ermöglicht hatte, und die koloniale Struktur (im Agrarsektor, Bildungswesen) geprägt war.

Die innenpolitische Entwicklung nach der Unabhängigkeit war von Anfang an durch das finanziell aufwendige Bundessystem, gebildet aus dem Königshaus, einer Bundesregierung und drei Provinzregierungen (Tripolitaniens, Cyrenaika, Fazzan), und die in diesem System vorherrschende Dominanz der traditionellen Eliten in den politischen Schaltstellen belastet. Die Rivali-

¹⁵ Die mit hohem militärischem Aufwand betriebene „Pazifizierung“ der von revoltierenden Stämmen kontrollierten Gebiete oblag den berichtigten Generälen Bono, Badoglio, Graziani u.a., die zugleich die brutale Repressionspolitik (Konzentrationslager, Massenhinrichtungen usw., ca. 300.000 Tote) zu verantworten haben. Berühmtester Gegner der Italiener und Hauptorganisator des libyschen Widerstands war Scheich Omar al-Mukhtar, der 1932 gefangengenommen und hingerichtet wurde.

¹⁶ Der Krieg verursachte in Libyen hohe materielle Schäden (allein Banghazi erlebte mehr als 2.000 Luftangriffe, Tubruq wurde total zerstört) und hinterließ gerade in den fruchtbaren, für Agrarprojekte geeigneten küstennahen Gebieten zahlreiche Sperrgebiete wegen ungeräumter Minen, die auch heute noch Opfer fordern und Personen schädigen. Deshalb die beharrliche Forderung nach zusätzlichen Reparationen. Vgl. Das Weisse Buch 1981.

tät zwischen Provinz- und Bundesinstitutionen, speziell zwischen Premierminister und den Provinzgouverneuren, die Konflikte zwischen Monarchisten und Republikanern, zwischen Befürwortern des Föderativsystems und eines Einheitsstaates und die Spannung zwischen Stadt und Land sowie die schnell sichtbar werdende Tendenz zur Unterdrückung kritischer Meinungen (Verhaftungen von Oppositionellen; Versammlungsverbote usw.) komplizierten bzw. verhinderten das Funktionieren des in der Verfassung von 1951 etablierten demokratischen parlamentarischen Systems. Dieses wurde zusätzlich zu den genannten Konfliktlinien durch das im Sommer 1952 verfügte Verbot der Parteien als Folge von Differenzen über den Ausgang der ersten Parlamentswahl vom Februar 1952 in Frage gestellt, weil die Parteien via Parlament keinen organisierten Einfluß mehr auf die bundesstaatliche Politik und die Provinzen ausüben konnten, sondern Klientelbeziehungen zum konstituiven Element politischer Aktivität wurden.¹⁷

Das Phänomen des politischen Einsatzes des Familieneinflusses, d.h. seine Instrumentalisierung durch die traditionelle Elite zur Steuerung und Mobilisierung der von ihnen kontrollierten sozialen Einheiten für oder gegen bestimmte Projekte, war von der Grundtendenz her ein in der tribalen libyschen Gesellschaft von der osmanischen Herrschaft bis zur Revolution 1969 – und wie sich zeigen sollte auch darüber hinaus – existentes Faktum. Für den Sozialhistoriker Salaheddin Hassan Salem war es „ein logisches Resultat der Struktur der libyschen Gesellschaft“ (Salem 1970: 192), daß sich die Entscheidungsprozesse in einer traditionellen Gesellschaft wie der libyschen durch das von Omar el-Fathaly (1977: 9-12) ausführlich beschriebene *ascriptive leadership*, also die Führer der verschiedenen sozialen Einheiten, die Scheichs bzw. die sog. Notabeln, Leute mit Einfluß und die „Söhne einflußreicher Familien“, höchst autoritär vollzog und nur wenige Familien das Land kontrollierten und sein Schicksal zwischen 1952 und 1969 bestimmten.

„Trotz der modernen Verfassungsstruktur“, resümierten Ghaffar / Landfried (1978:1140) richtig, „erfolgte in der Praxis die Legitimierung des Systems über die tradierten religiösen wie weltlichen Konsensmechanismen einer von Einzelpersonlichkeiten beherrschten Elite von Stammesführern und Geschäftsleuten“.¹⁸ Mit der faktischen Ausschließung der anfangs noch kleinen städtischen Bildungselite (Lehrer, Studenten, Angestellte, Offiziere) von der Teilhabe an der politischen Macht wurde zugleich der Grundstein gelegt für die Erosion der monarchischen Legitimität. Diese verstärkte sich mit dem Beginn der Erdölära 1958, um mit der Ausdehnung kapitalistischer Strukturen immer schneller voranzuschreiten, wobei das ausgeprägte sektorale ungleichgewichtige Wachstum und die dadurch hervorgerufene Migration in die ökonomischen Zentren eine unkontrollierte Urbanisierung (Bildung von Slums) nach sich zog. Diese fragmentarische, oberflächliche Modernisierung entwickelte eine Dynamik, zu deren Kanalisierung der traditionellen Elite jegliche institutionelle Steuerungskapazität fehlte, so daß

„zwischen der armen, an der Grenze des Existenzminimums lebenden Masse der Bevölkerung und der schmalen Schicht der traditionellen Reichen und der wachsenden Zahl der im Gefolge des Erdöl-Booms reich gewordenen [...] die soziale Spannung [wuchs].“ (Ghaffar/Landfried 1978:1141)

Die erdölinduzierten Transformationsprozesse waren aber nicht allein für die politische Unzufriedenheit verantwortlich. Besonders im stärker urbanisierten und republikanisch orientierten Tripolitanien manifestierte sich Widerstand (Demonstrationen, Streiks, Sabotage) gegen die probritische und proamerikanische Außenpolitik des Sanusiregimes und den (zumindest von der

¹⁷ Diese Strategie der Unterbindung jeglicher Form organisierten Protests und des organisierten Einflusses nicht bereits an der Regierung beteiligter sozialer Gruppen schwächte die politische Opposition derart, daß sie zwar unter Ausnutzung der antibritischen und antiamerikanischen Agitation 1956 (Suezkanalkrise), 1964 (Jordanwasserkrise), 1967 (Junkrieg) einen Aufschwung verzeichnen konnte, insgesamt aber keinen ihren Forderungen Nachdruck verleihenden Gegenapparat aufbauen konnte.

¹⁸ Der führende libysche Soziologe Mustafa Attir schrieb dazu: „The king maintained a policy of distributing ministerial posts, governors, ambassadors and the rest of top government posts among members of the traditional leadership [...]. The participation of young educated individuals was increasing, especially during the sixties, but traditional leaders maintained the majority of top level positions.“ (Attir 1977: 9).

Bevölkerung unterstellten) Mißbrauch der von den USA und Großbritannien unterhaltenen Basen zugunsten Israels (Suezkrise 1956, Jordanwasserkrise 1964, Sechstagekrieg 1967).

Die zu konstatierende britisch-amerikanische Dominanz im unabhängigen Libyen war sowohl Folge des spezifischen Dekolonisationsprozesses als auch der ökonomischen Insuffizienz des neuen Staates, die Finanz- und Wirtschaftshilfe der Vereinten Nationen und der USA unentbehrlich machte. Der bilaterale Militärvertrag von 1954 machte dies offensichtlich: Gegen die Zahlung von dringend benötigten Subsidien überließ das Vereinigte Königreich Libyen den USA fünf Militärstützpunkte, darunter *Wheelus Air Base*, die bereits während des Korea-Krieges reaktivierte und damals größte US-Basis außerhalb der USA. Ein ähnlicher Vertrag wurde mit Großbritannien abgeschlossen.

Mit der Entdeckung des Erdöls, an dessen Prospektion und Förderung insbesondere britische und amerikanische Erdölfirmer beteiligt waren, verdichtete sich die militärisch-politische Zusammenarbeit in einem Ausmaß, daß Ruth First (1974) von Libyen als einer *base for imperialism*, Qaddafi nach der Machtübernahme stets nur von einer „Pseudounabhängigkeit“ zwischen 1951-1969, einer *istiqlal muzzayaf* (verfälschten Unabhängigkeit) sprach. Zwar habe formal König Idris, der Ministerrat und das Parlament die libysche Politik entschieden, de facto determinierten aber *Barclay's Bank of America* (die sogar bis 1956, dem Zeitpunkt der Gründung der libyschen Zentral-/Nationalbank, einige der herkömmlichen Zentralbankaufgaben wahrnahm) und die Erdölfirmer (First: „the oil state beyond the state“) sowie der britische und amerikanische Botschafter in Libyen den politischen Handlungsspielraum.

Die Folge davon war *erstens* eine Diffamierung der Sanusi als „Agenten des Imperialismus“ durch die revolutionären Staaten Ägypten (wo seit 1952 Nasser herrschte), Syrien, Iraq (wo 1958 die Monarchie gestürzt wurde) und Algerien (Beginn der Algerischen Revolution 1954, Unabhängigkeit 1962), sowie durch die innerlibyschen, proarabischen Kräfte; *zweitens* eine zunehmende innenpolitische Konfrontation mit den rasch Zulauf erfahrenden nasseristischen und baathistischen Kräften Libyens, was zwangsläufig eine immer weitere Verschärfung der repressiven Innenpolitik nach sich zog. Fazit der politischen Entwicklung nach Erlangung der Unabhängigkeit 1951 war folglich eine mehrfache Unfähigkeit der politischen Entscheidungsträger zu problembeseitigenden Handlungseingriffen.

Die politische Kultur des sich seit Ende der 50er Jahre zunehmend zum Erdölexporteur wandelnden Staates war gekennzeichnet von der *mahsubiya*, d.h. der Vergabe von Ämtern nach Stammeszugehörigkeit (an die sog. *walad qabilatna/Söhne unseres Stammes*) und politischer Loyalität, bzw. politischer Repression gegenüber all jenen, die eine an der Bevölkerung orientierte Wirtschaftsentwicklung und eine panarabische, revolutionäre Außenpolitik, wie sie von den Vorbildern Nasser und Ben Bella/Boumedienne betrieben wurde, forderten. Es war der ägyptische Journalist Muhammad Haikal, der – wohl Libyen vor Augen – einmal sagte, gewisse arabische Staaten „have moved from nomads on to corruption without passing through civilisation“. Alle Versuche, die konservative Politik der einflußreichen Notabeln und Familien, institutionalisiert im *Königlichen Diwan*, zu durchbrechen und den sozioökonomischen Problemen (Verstädterung, Landflucht, Rückgang der Agrarproduktion) aktiv zu begegnen, scheiterten an der mangelnden Weitsicht der traditionellen Eliten und ihrer Schutzmacht, den USA. Bekanntestes Beispiel dafür ist die erzwungene Demissionierung von Abd al-Hamid Bakkush, der als jüngerer technokratischer Reformpremier (24.10.1967-4.9.1968) ansatzweise eine Reduzierung der gesellschaftlichen Widersprüche versuchte.

In dieser Situation einer blockierten Transformation schienen die bewaffneten Streitkräfte als einzige handlungsfähige Massenorganisation fähig, die sich Ende der 60er Jahre verschärfende Legitimationskrise zu überwinden.

Kapitel I: Die politische Entwicklung Libyens seit 1969

1. Die Akteure der Revolution

Hinter jeder Revolution steht eine Persönlichkeit oder ein kleiner Kreis von Hauptakteuren, die die treibende Kraft für die Vorbereitung und Durchführung des Machtwechsels sind und den Fortgang der Ereignisse prägen. Um dieses Entscheidungszentrum entsteht in der Regel eine Reihe nachgeordneter Organe und Institutionen mit abnehmender Kompetenz und Befehlsgewalt. Die Entscheidungsträger in diesen Organen verdanken häufig ihren persönlichen politischen Aufstieg der – zumindest nach außen – bezeugten Loyalität mit der politischen/revolutionären Führungsspitze. In Libyen war die zentrale Führungspersönlichkeit unstrittig Mu‘ammar al-Qaddafi, der seit den 60er Jahren gleichaltrige oder noch jüngere Offiziere im *Bund der freien unionistischen Offiziere* um sich scharte. Die wichtigsten dieser Offiziere saßen nach dem Machtwechsel im *Revolutionären Kommandorat (RKR)*. Dieses zentrale Gremium durchlief selbst in den dreißig Jahren Revolutionsgeschichte entsprechend den Etappen der politischen Entwicklung und der Umgestaltung des politischen Systems einen institutionellen Wandel (Revolutionärer Kommandorat 1.9.1969-2.3.1977; Generalsekretariat der Allgemeinen Volkskonferenz 2.3.1977-2.3.1979; Revolutionsführung 2.3.1979 bis heute¹⁹) und einen personellen Schrumpfungsprozeß, ausgelöst durch Fraktionierung und interne Meinungsverschiedenheiten über die Ziele der Revolution und die einzuschlagende Strategie.

Unterhalb dieser nur wenige Dutzend Personen umfassenden Kernelite gab es eine ganze Reihe von Organen und Institutionen, die zum einen mit der Sicherung der revolutionären Macht und zum anderen mit ihrer gesellschaftlichen Verankerung befaßt waren. Zählen neben den Institutionen des Staates (Geheimdienst; Jamahiriya-Wachen usw.) der *Bund der freien unionistischen Offiziere*, die seit 1977 zum machtvollen Akteur aufgestiegenen *Revolutionskomitees* und die seit 1994 entstehenden sogenannten *Reinigungskomitees* (lijan al-tathir) zur Bekämpfung von Korruption, Wucher und Devisenvergehen zur ersten Kategorie, stellen die *Arabische Sozialistische Union* (1971-1975), die *Islamische Missionsgesellschaft* (auf religiösem Gebiet), das *Grüne-Buch Zentrum* (auf ideologischem Gebiet) und das *Weltzentrum zum Kampf gegen Rassismus und Imperialismus* die wichtigsten Organe der zweiten Kategorie dar. Hinzu kamen die loyalen Regimebefürworter, die sich vor allem in den sich seit 1973 herausbildenden drei Säulen des politischen Systems: (legislativen) Volkskonferenzen, (exekutiven) Volkskomitees und Berufsverbänden einschließlich Frauen- und Studentenunion engagierten und über diese Institutionen einen beachtlichen sozialen Aufstieg verwirklichen konnten, von dem sie unter normalen Umständen ausgeschlossen gewesen wären. Gerade diese große Gruppe der „Profiteure des revolutionären Systems“ einschließlich vieler Frauen, die der Bildungsrevolution, aber auch der Eröffnung der ersten Militärakademie für Frauen in Tripolis im Februar 1979 (Graeff-Wassink 1990) vielseitige Laufbahnen verdanken, zählen heute zu den vehementesten Unterstützern des institutionellen (und personellen) Status quo.

¹⁹ Der Begriff Revolutionsführung (qiyadat al-thawra) korrespondiert mit der am 2.3.1979 proklamierten Trennung von Revolution und Herrschaft. Den das System innenpolitisch dominierenden Revolutionssektor bilden seither Qaddafi, die anderen noch amtierenden Mitglieder des früheren Revolutionären Kommandorates und die omnipräsenten Revolutionskomitees, während der Herrschaftssektor von den Institutionen und den Führungspersönlichkeiten des Volkskonferenzen-Volkskomitee-Systems gebildet wird (vgl. Text und Organigramm Kapitel 4.2.).

1.1. Mu‘ammar al-Qaddafi

Wenngleich die Biographie Mu‘ammar Abu Maniar al-Qaddafis in groben Zügen bekannt ist und sowohl Gegenstand von libyschen wie ausländischen Autoren²⁰ war, so ist dennoch sein genaues Alter nicht bestimmbar, tobte doch zur Zeit seiner Geburt noch der Zweite Weltkrieg in Libyen und gab es keinerlei Behörden vor Ort, wo Nomaden die Geburt ihrer Kinder korrekt hätten anzeigen können. So ist Qaddafi – selbst die Angaben der Eltern, seines Vaters Abu Maniar (gest. 7.5.1985) aus dem Stammesverband der al-Qadadfa und seiner Mutter Aischa variieren – nach häufigster Nennung Anfang 1943 in der Wüste bei Abu Hadi 50 Meilen südlich der zentrallibyschen Stadt Sirt geboren, wahrscheinlich jedoch älter und bereits Ende 1940 geboren. Qaddafi, nach drei Mädchen der erste und einzige Sohn, ist nicht nur in einer armen Familie²¹ aufgewachsen, die große Mühen auf sich nahm, damit er im Alter von zehn Jahren die Volksschule von Sirt besuchen konnte²², sondern auch in einer von beduinischer Kultur und der Wüste geprägten Welt groß geworden, die ihn stark beeinflusste und sich später neben der Tendenz zum einfachen Leben in zahlreichen Abschnitten der von ihm formulierten *Dritten Universalen Theorie* (s.u.) – insbesondere in seinen Ausführungen zur Volksverteidigung, zur direkten Mensch-Gott-Beziehung unter Umgehung von religiösen Rechtsgelehrten, zur direkten Demokratie und zur wichtigen Rolle der Frauen in der Gesellschaft – bemerkbar machte. Auch der Beginn der von Qaddafi selbst verfaßten „ersten Erklärung“ im Rundfunk am 1.9.1969 mit „Oh ihr Söhne der Steppe, oh ihr Söhne der Wüste“, noch vor der Nennung der „Söhne der Dörfer“ und der „Söhne der alten Städte“, ist Ausdruck dieser Prägung.

Nach Abschluß der Volksschule in Sirt zog Qaddafis Familie weiter südwärts in den Fazzan, so daß Qaddafi dort ab dem Schuljahr 1956 die Mittelschule in Sabha besuchte. Unter dem Einfluß der durch Radio Kairo seit 1952 vermittelten revolutionären Ideen Nassers schärfte sich der Blick des Schülers Qaddafi für politische Mißstände im Königreich Libyen und für außenpolitische Zusammenhänge (Beginn der algerischen Revolution 1954; westliche Militärstützpunkte in Libyen usw.), die erstmals bei der Suezkrise 1956 zu aktivem politischen Engagement Qaddafis führten. Das Spannungsfeld zwischen panarabischem Nationalismus auf der einen Seite und konservativer westlich dominierter Innenpolitik auf der anderen Seite veranlaßte Qaddafi zur Aktion (Teilnahme an Protestdemonstrationen, Leserbriefe an die Lokalzeitung, Diskussion mit Schulfreunden, erste Pläne zur Bildung einer geheimen Organisation mit dem Ziel der Revolution), so daß die libysche Revolutionsgeschichtsschreibung Sabha zur Stadt der „ersten revolutionären Flamme“ (al-sharara al-ula)²³ stilisierte.

²⁰ Unter den zahlreichen biographischen Versuchen (z.B. Muscat 1974; Bianco 1975; Musa Kousa 1978; Poßarnig 1983; Bleuchot 1986; Monti-Belkaoui 1996) sind lediglich vier hervorzuheben: Jener von Musa Kousa, derzeit Leiter des libyschen Auslandsnachrichtendienstes, der in seiner 1978 an der Michigan University erstellten Magisterarbeit auf der Basis von Interviews mit Qaddafi und Personen seines familiären Umfeldes zahlreiche Details des Werdeganges Qaddafis festhielt; ähnlich – aber aus der Sicht einer Europäerin – die Journalistin Mirella Bianco, deren gleichfalls lesenswerte Biographie durch Muscats chronologische Abhandlung ergänzt wird. Bleuchot veröffentlichte eine zwar kurze, aber wissenschaftlich seriöse biographische Skizze. Als Beispiel für die hagiographischen Biographien sei auf Ramirez (1989) verwiesen, der allerdings noch zahlreiches interessantes Fotomaterial verwendete.

²¹ So schreibt Musa Kousa (1978: 114): „His parents were very poor, and like other bedouins they lived off the crops of the lands. His father owned a few camels and goats, and like other nomads he roamed the desert from the Egyptian border to Morocco.“

²² Qaddafi war 1955 nach Angaben seines Freundes, des späteren Offiziers Muftah Ali, in der fünften Klasse der Volksschule. Auch dies ein Hinweis neben anderen auf das wahrscheinliche Geburtsjahr 1940. Vgl. Bianco 1975: 29.

²³ Vgl. hierzu ausführlich die Text- und Bilddokumentation: Min sabha kanat al-bidaya/It started in Sabhah/Tripolis: al-Munsha‘a al-amma 1986; Analog ist der Beiname Banghazis, wo Qaddafi am 1.9.1969 die Libysche Arabische Republik proklamierte, „al-bayyan al-awwal“ (Stadt der ersten Erklärung); Zuwara wurde nach der Prolamation der Volksrevolution (Rede Qaddafis am 15.4.1973 in Zuwara) zu „al-nuqat al-khamis“ (Fünf-Punkte-Stadt); Sirt, am Golf von Sirt gelegen, in dem in den 80er Jahren die Auseinandersetzung mit der VI. US-Flotte stattfand, ist seither „Sirt, madinat al-tahaddi“ (Sirt, Stadt der Herausforderung).

Qaddafi selbst haben diese dissidenten Aktivitäten das Mißtrauen der Behörden und nach der Demonstration vom 5.10.1961 (aus Anlaß des Scheiterns der syrisch-ägyptischen Union) indirekt den Schulverweis (Qaddafi war zu jener Zeit im ersten Jahr der höheren Schule) eingebracht, denn „die Behörden forderten ihn und seine Familie auf, den Verwaltungsdistrikt zu verlassen“ (Kousa 1978: 132). Qaddafi konnte trotz verweigerter Abgangszeugnisse in der tripolitischen Küstenstadt Misurata dank der Fürsprache seines einflußreichen Schulfreundes Muhammad Khalil seinen Besuch der höheren Schule fortsetzen und diese auch 1963 abschließen. Misurata, zu jener Zeit unangefochten die drittgrößte Stadt Libyens, war das krasse Gegenteil der konservativen, tribal geprägten kleinen Wüstenstadt Sabha:

„Misrata was the main market in the country, strategically located on the Mediterranean sea, and almost all of its population works in the trade sector. This economic situation creates three diverse social classes in this community. The businessmen represent the upper class, governmental employees the middle class, and workers the lower class.“ (Kousa 1978:132)

Qaddafi mißfiel der schnelle soziale Wandel, der mit Beginn der Erdölförderung über das Land hereinbrach und wie in Misurata als Endpunkt starker Binnenmigration gravierende Probleme (Slumbildung; Gesundheitsprobleme usw.) hervorrief; zugleich verstärkten die krassen Einkommensunterschiede seine Ablehnung einer unkontrollierten Laissez-faire-Wirtschaftspolitik und waren der Ausgangspunkt für die in den 70er Jahren nach der Machtergreifung deutlich werdenden Vorbehalte gegen die „unproduktive Händlerklasse“. Bei Qaddafi verfestigte sich der Eindruck, daß nur mittels einer revolutionären Umgestaltung die innen- und wirtschaftspolitischen Probleme und die ausländische Dominanz der Briten, Amerikaner und Italiener beseitigt werden kann. Er setzte deshalb die in Sabha begonnenen Bemühungen zum Aufbau einer geheimen Organisation fort.²⁴ In Misurata stießen nicht nur weitere Personen wie sein neuer Schulfreund Umar al-Muhaishi zur Geheimorganisation, sondern es wurde auch nach dem Abitur Qaddafis im Sommer 1963 der Beschluß gefaßt, gezielt durch den Eintritt in die damals einzige Militärakademie in Banghazi die Dinge voranzutreiben und einen militärischen Staatsstreich als einzige mögliche Alternative vorzubereiten. Während ein Teil der Freunde Qaddafis nach dem Abitur studierte oder ins Berufsleben eintrat, aber über den zivilen Zweig der noch unspezifizierten Revolutionsorganisation mit Qaddafi als der treibenden Kraft verbunden blieb, traten er selbst und zwei Freunde im Herbst 1963 in die Militärakademie²⁵ ein, wo sich der geheime *Bund der freien unionistischen Offiziere* im August 1964 mit der Bildung eines Zentralkomitees seine erste institutionalisierte Führungsstruktur gab (Details Muscat 1974: 29). Zwischen 1963/64 und 1969 – unterbrochen von einem neunmonatigen Fortbildungslehrgang im ersten Halbjahr 1966 im englischen Beaconsfield – baute Qaddafi, der nach Abschluß der Kadettenausbildung im August 1965 Leutnant in einer Fernmeldeeinheit wurde, systematisch den Bund aus (Kousa 1978: 140-145).

Nach verschiedenen Anläufen (zuletzt im März 1969) und um einem Putsch höherer Offiziere um Umar al-Shalhi, der für die erste Septemberwoche geplant war, zuvorzukommen, kam es schließlich in der Nacht vom 31.8. auf den 1.9.1969 zu jener unblutigen Militäroperation, die unter dem Codewort al-Quds (arabisch für Jerusalem) nicht nur den Sturz der Sanusimonarchie bewirkte, sondern auch den radikalen außen- wie innenpolitischen Kurswechsel einleitete.²⁶

²⁴ Die gesamten Vorbereitungen sind in einer umfangreichen, 1999 erschienenen Publikation mit dem Titel „Qaddafi und die Reise der 4000 Tage“ (von Sabha 1956 bis Banghazi 1969) dargestellt; vgl. zur Buchpräsentation am 1.9.1999 in Anwesenheit Qaddafis die ausführlichen Berichte in den libyschen Tageszeitungen.

²⁵ Diese Strategie war nicht unproblematisch, denn „almost no Libyan family at that time approved of a military career for their sons because the military was only a place for the poor people and for those students who failed at school. Therefore, Qaddafi had some difficulty convincing members of his movement to attend military school. Many times he went to their families to obtain their permission.“ (Kousa 1978: 139). Diese Rekrutierungsschwierigkeiten waren auch der Grund, warum Qaddafi trotz seiner teilweise bekannten Aktivitäten Aufnahme in die Militärakademie fand.

²⁶ Die Operation al-Quds schildern Muscat (1974: 95-116), Bianco (1975: 67-110) und Qaddafi in diversen Reden/Rundfunksendungen Ende 1969 (SQ 1969-70).

Qaddafi, seit dem militärischen Staatsstreich vom 1.9.1969 unter wechselnden Bezeichnungen charismatischer und redegewandter Führer der libyschen Revolution²⁷, ist gegenwärtig der am längsten amtierende Staatsoberhaupt der arabischen Welt überhaupt. Er ist zwar mit nahezu 60 Jahren noch bedeutend jünger als z.B. der saudische König Fahd, der kuwaitische Emir al-Sabah, der ägyptische Präsident Mubarak oder als der Präsident der VAE, Scheich Zayid Ibn Sultan Al Nahyan²⁸, doch stellte sich angesichts labiler Gesundheit und der latenten Gefahr von Attentatsversuchen (Qaddafi hat bereits zahlreiche überstanden, einige mit Verletzungen) stets die Frage nach der politischen Nachfolge. Zwei Modellvarianten stünden hier für Libyen zur Auswahl: Die *syrische* Variante, d.h. der gezielte Aufbau eines Sohnes zum Nachfolger (in Syrien wurde der jüngste Sohn von Präsident Asad, Bashshar, zur Nachfolge vorbereitet und mit immer wichtigeren staatlichen Aufgaben betraut). Bei der *ägyptischen* Variante dagegen werden die Söhne nicht in die politischen Funktionen eingebunden; Präsident Mubarak unterstützt jedoch direkt oder indirekt ihre privatwirtschaftlichen Aktivitäten und fördert so ihre unternehmerische Verortung.

Exkurs: Die Familie Qaddafis

Die Mitglieder des für libysche Verhältnisse kleinen Qadadfa-Stammesverbandes zerfallen in sechs Unterstämme: al-Qahus, al-Wamla, Awlad Umar, al-Majadhab, al-Suwawda und al-Khatra. Der dominierende Unterstamm ist jener der al-Qahus, weil aus ihm Revolutionsführer Qaddafi stammt.²⁹

Qaddafi verehelichte sich im Herbst 1969 in Anwesenheit des ägyptischen Präsidenten Nasser mit Khairiya al-Nuri, Tochter aus einer Offiziersfamilie. Aus dieser Ehe stammt der älteste Sohn Muhammad (geb. 1970). Muhammad al-Qaddafi, inzwischen 30 Jahre alt, studierte nach dem Abitur Informatik und ist in Libyen beruflich aktiv. Er ist zudem Präsident des Nationalen Olympischen Komitees und Vorsitzender des libyschen Automobil- und Touringclubs. Politisch trat er bislang kaum in Erscheinung.

Die Ehe mit Khairiya al-Nuri wurde nach der Geburt Muhammads geschieden, weil es nach Angaben von Kousa (1978: 149) zwischen dem aus beduinischen Milieu stammenden Qaddafi und seiner in städtischer Umgebung aufgewachsenen Ehefrau („unable to adapt to Qaddafis tribal life style“) zunehmend zu Spannungen kam, was durchaus typisch war für libysche Familien in dieser durch die hohen Erdöleinnahmen geprägten Umbruchzeit.

1971 heiratete Qaddafi in zweiter Ehe die Krankenschwester Safia Farkash al-Bara'asi, die Qaddafi während eines Klinikaufenthaltes (Blinddarmoperation) kennenlernte. Safia Farkash, nahezu 30 Jahre lang kaum in der Öffentlichkeit aufgetreten, spielte erstmals 1999 (Besuch bei Nelson Mandela in Südafrika; Besuch im Tschad; Empfang der Frauen der afrikanischen Staatsoberhäupter anlässlich des 4. OAU-Sondergipfels in Sirt im September 1999) die Rolle der „ersten Dame des Landes“.

Aus dieser bis heute bestehenden Ehe Qaddafis mit Safia sind sechs Kinder (fünf Söhne, eine Tochter: Aisha) hervorgegangen; außerdem lebt in der Familie eine Adoptivtochter, Hana (15 Jahre); Hana wurde 1986 nach dem Tode eines ersten Adoptivkindes bei dem US-

²⁷ Die Reden und Interviews Qaddafis werden jährlich im sogenannten Nationalen Register (al-sijill al-qawmi/SQ) für den Zeitraum 1.9. bis 31.8. des Folgejahres herausgegeben und umfassen in der Regel zwischen 1000 und 1500 Seiten. Gegenwärtig ist für die Produktion des SQ das Grüne-Buch-Zentrum verantwortlich.

²⁸ Vgl. hierzu Mattes, Hanspeter: Die Nachfolgefrage in Nordafrika und Nahost und mögliche Gefahrenpotentiale, in: Nahost-Jahrbuch 1998. Opladen: Leske + Budrich 1999: 197-202 und Tabelle auf der Umschlagseite III sowie das Kapitel Libyen in: Faath, Sigrid: Konfliktpotential politischer Nachfolge in den arabischen Staaten. Hamburg: edition wuqūf, bes. S. 136 -144

²⁹ Zweitwichtigster Unterstamm ist der al-Wamla-Stamm, gefolgt von den Awlad Umar, die zahlreiche Mitglieder der Leibwache Qaddafis und der *Jamahiriyah Security Organization* stellen; vgl. hierzu auch Mansur el-Kikhia (1997: Appendix).

Luftangriff auf Qaddafis Residenz in Tripolis am 15.4.1986 adoptiert. Die Kinder Qaddafis aus dieser Ehe sind – in der Reihenfolge ihrer Geburt:³⁰

- *Sayf al-Islam al-Qaddafi* (geb. 1972). Er studierte nach dem Abitur in Tripolis Architektur und ist diplomierter Bauingenieur mit zunehmenden wirtschaftlichen Aktivitäten im Rahmen seines Consultingbüros und gesellschaftlichem Engagement. Sayf al-Islam al-Qaddafi, mit König Abdallah von Jordanien bereits vor dessen Thronbesteigung enger befreundet, ist nicht nur Initiator der 1994 gegründeten libyschen Vereinigung zum Kampf gegen Drogen, sondern auch Begründer der Vereinigung für Kultur und Wissenschaft (1994) und Vorsitzender des Sportclubs al-Ittihad (Tripolis). In seinem ersten Interview mit einer ausländischen Zeitschrift, dem in London erscheinenden *al-Jadida Magazine* (10.5.1997) gab Sayf al-Islam bekannt, daß er im Auftrag seines Vaters „die Aktivitäten der Geschwister“ beaufsichtige.
- *Sa'di Mu'ammal al-Qaddafi* (geb. 1973). Er absolvierte nach dem Abitur die Militärakademie und ist derzeit aktiver Offizier (Hauptmann). Wie sein Bruder ist er in diversen Einrichtungen aktiv (u.a. Vorsitzender des Fußballclubs al-Ahali, Tripolis; Vizepräsident des Nationalen Olympischen Komitees). Sa'di al-Qaddafi ist anders als sein Bruder Sayf al-Islam weniger durch wirtschaftliche denn durch politische Aktivitäten aufgefallen. So unternahm er seit 1997 mehrfach im Auftrag seines Vaters Missionen im Ausland (März 1997 und September 1998 in Saudi-Arabien und Jordanien) und wurde anlässlich eines Besuchs in Jordanien im August 1999 von König Abdallah zum Ehrenoberst der jordanischen Armee ernannt (Jordan Times, 31.8.1999).
- *Mu'tasim Billah al-Qaddafi* (geb. 1975). Er studierte nach dem Abitur Medizin an der medizinischen Fakultät der Universität al-Fatih in Tripolis (Promotion 1997), absolvierte 1997/98 einen Ausbildungskurs an der ägyptischen Militärakademie für Panzer und wurde am 30.8.1998 zum Oberleutnant befördert.
- Die Tochter *Aisha al-Qaddafi* (geb. 1976), studierte Rechtswissenschaft an der Universität Qar Yunis in Banghazi (1999 war das letzte Studienjahr); in der Öffentlichkeit trat sie bislang kaum in Erscheinung. Eine der wenigen Ausnahmen war der Besuch bei Präsident Mandela in Südafrika im Juni 1999 in Begleitung ihrer Mutter und ihrer Adoptivschwester Hana.
- *Hannibal al-Qaddafi* (geb. 1977). Nach dem Abitur trat er in die Militärmarineakademie in Tripolis ein, wo er sich derzeit noch befindet.
- *Sayf al-Uruba al-Qaddafi* (geb. 1983). Er besucht derzeit die Sekundarschule.

Dieser enge Familienkreis um Mu'ammal al-Qaddafi, der sich hinsichtlich seiner männlichen Nachkommen bislang nicht durch die Übernahme und Ausübung *institutionalisierter* politischer Ämter und Sicherheitsaufgaben auszeichnet, wird ergänzt durch jene Familienmitglieder,³¹ zu denen Verwandtschaftsbeziehungen zweiten Grades bzw. Verschwägerungen bestehen.

Die Nachfolgefrage im Amt des „Revolutionsführers“ ist in Libyen offiziell bislang tabu. Im Gegensatz zu Syrien oder Ägypten, wo es um die pure und verfassungsmäßige Nachfolge im Präsidentenamt geht, ist die Nachfolge des „Revolutionsführers“ in Libyen weder kodifiziert

³⁰ Die biographischen Details zu den Kindern sind in der Tagespresse in zahlreichen kurzen Einzelmeldungen verstreut; umfassender (allerdings mit kleinen Fehlern) berichtete *Afrique Magazine* (Paris, Oktober 1999: 52-57: Kaddafi. Enquête sur la famille du guide).

³¹ Hierunter fallen in erster Linie jene Personen, die Söhne von Brüdern von Qaddafis Vater Abu Maniar sind, also Qaddafis Vettern. Von herausragender Bedeutung sind hier die beiden Brüder Oberst Ahmad und Brigadegeneral Saiyid Muhammad Qaddaf al-Dam. In zweiter Linie zählen hierzu die Nachkommen von Schwestern des Vaters von Qaddafi und die Nachkommen der Geschwister Aishas, der Mutter von Qaddafi, also die Vettern bzw. Kusinen mütterlicherseits. An Schwägern Qaddafis ist vor allem der Ehemann von Safias Schwester, Oberst Abdallah al-Sanusi von Bedeutung; al-Sanusi stammt aus einem der einflussreichsten Zweige des Fazzaner Maqarha-Stammes und ist für die gesamte innere und äußere Sicherheit zuständig. Von der französischen Justiz wurde er am 10.3.1999 wegen Verwicklung in den Anschlag auf eine UTA-Maschine 1989 zu lebenslanger Haft in Abwesenheit verurteilt.

noch ist geklärt, ob es in dieser Funktion überhaupt eine Nachfolge geben soll/kann. Während gerüchteweise der als energisch geltende Sa‘di al-Qaddafi als potentieller Nachfolger seines Vaters gilt (vgl. Afrique Magazine, Oktober 1999), schloß Qaddafi, in einem Interview mit der in London erscheinenden arabischen Zeitung *al-Hayat* (Ausgabe 27.8.1999) auf den Nachfolgekomplex angesprochen, indirekt eine Nachfolge im Amt des Führers der Septemberrevolution durch wen auch immer aus:

„In Libyen gibt es keinen Staatspräsidenten, keine Vizepräsidenten und keinen Thronfolger [...] und deshalb können sie nicht sagen, ‚dein Sohn soll dir nachfolgen‘[...]. Meine Söhne sind wie die Söhne des Volkes. Wenn sie 18 Jahre alt werden, haben sie das Recht zur Teilnahme an den Volkskonferenzen in ihrer Wohnregion und können für die Volkskomitees kandidieren wie jeder andere Bürger auch. Es gibt keine individuelle Bevorzugung. Wir hören zwar, daß in anderen arabischen Staaten Söhne ihren Vätern (im Amt) nachfolgen. Ich bin jedoch Führer der Septemberrevolution von 1969. Und diese Revolution wiederholt sich nicht. Mein Sohn kann nicht Führer dieser Revolution werden, die 1969 stattfand. Aber auch meine nächsten Revolutionsgefährten werden meinen Platz nicht einnehmen. Die Septemberrevolution von 1969 geschah nur einmal.“

Eine postqaddafische Staatsführung kann demnach höchstens Werte der libyschen Revolution bewahren, allerdings – wie die algerische Revolution gezeigt hat – mit vollkommen unterschiedlich strukturierter Staatsspitze.

1.2. Der Bund der freien unionistischen Offiziere

Der *Bund der freien unionistischen Offiziere* (BFUO; arab. *rabitat al-dubbat al-ahrar al-wahdawiyyin*), laut Ronald Bruce St. John „the secret army organization which claimed credit for organizing and executing the coup which ousted the Idris regime on September 1, 1969“³², wurde nach dem Eintritt zahlreicher Gefährten Qaddafis (aus dem Umfeld seiner Schultage in Sabha und Misurata) in die Militäarakademie von Banghazi im August 1964 gegründet. Das Führungsorgan des BFUO, das sich aus Mitgliedern des 7. Ausbildungslehrganges rekrutierende 12köpfige Zentralkomitee, etablierte sich nach der Machtübernahme 1969 als *Revolutionärer Kommandorat*. Der BFUO selbst trat nach 1969 bis heute trotz seiner ununterbrochenen Existenz und trotz seiner historischen Rolle offiziell nicht mehr groß in Erscheinung. Seine namentliche Erwähnung wie am 2.3.1977 in der Proklamation der Volksherrschaft (Präambel: „...Qaddafi an der Spitze der Bewegung der freien unionistischen Offiziere“) ist eine Ausnahme. Dennoch spielt er insofern eine wichtige Rolle, als die Mitglieder des Bundes nach wie vor alle zentralen Posten innerhalb der bewaffneten Streitkräfte besetzen und diese Führungsoffiziere durch ihre Verankerung in den libyschen Stämmen und Großfamilien stabilisierend wirken bzw. Mittel zur Ausbalancierung von Stammesinteressen sind. Die Anzahl der Mitglieder des BFUO ist nicht genau anzugeben, zumal Qaddafi im Laufe der letzten Jahre jüngere Offiziere neu in den BFUO berief, so daß dieser personell keine statische Einrichtung ist. Anfang der 70er Jahre bildeten 60 bis 80 BFUO-Offiziere das Rückgrat des Revolutionären Kommandorates innerhalb der Streitkräfte. Namen weiterer Mitglieder (über jene elf Offiziere hinaus, die neben Qaddafi Mitglied im Revolutionsrat waren) fielen in den Fernsehsendungen, in denen nach dem Machtwechsel über den Ablauf der „Revolutionsnacht“ vom 1.9.1969 berichtet wurde, darunter Oberleutnant Muhammad Aun, Ahmad Abu Lifa, Muhammad al-Sadiq, Abd al-Fattah Yunis usw. Hierzu zählen ferner Yusuf Dibri, „an intimate of Qaddafi since their student days at military college“ (in Banghazi), der als Emissär Qaddafis im Herbst 1998 den amerikanischen Journalisten Milton Viorst zu seinem Treffen mit Qaddafi in Sirt begleitete.³³

³² Vgl. Historical Dictionary of Libya. London u.a.: The Scarecrow Press 1991: 67.

³³ Vgl. Milton Viorst: The Colonel and his Labyrinth, in: Foreign Affairs, New York, März/April 1999: 60-75.

Wenngleich wenig über die Aktivitäten des BFUO (regelmäßige Treffen mit Qaddafi zur Abstimmung der Politik) an die Öffentlichkeit dringt und Einzelheiten über personelle Veränderungen nur unzureichend nachgewiesen werden können, so ist doch davon auszugehen, daß die Mitgliedschaft im BFUO (und die dadurch manifestierte Loyalität zur revolutionären Ordnung) bei der Besetzung von militärischen und zivil-politischen Funktionen eine wichtige Rolle spielt. Aktuellstes Beispiel ist die eigentlich laut Gesetz Nr. 2/1998 durch Wahl zu vollziehende Besetzung der Gouverneursposten der im Herbst 1998 neugeschaffenen 26 regionalen Verwaltungseinheiten (sog. Sha‘biyat). An der Spitze der regional wichtigsten Sha‘biyat finden sich 16 aktive oder ehemalige Offiziere aus dem BFUO, darunter auch Qaddafis Vetter Saiyid Muhammad Qaddaf al-Dam (Region Sirt), offensichtlicher Beweis dafür, daß nicht die gesetzlichen Bestimmungen, sondern Sicherheitsüberlegungen Qaddafis den Ausschlag für die „Wahl“ der Gouverneure gaben.

1.3. Der Revolutionäre Kommandorat

Der *Revolutionäre Kommandorat* (RKR; arab. majlis qiyadat al-thawra) war vom 1.9.1969 an *de facto* und ab dem 11.12.1969 (Verabschiedung der provisorischen Verfassungserklärung) auch *de jure* oberstes exekutives und legislatives Organ der *Libyschen Arabischen Republik* und nahm damit die Spitze im pyramidenförmigen Aufbau der libyschen Führungselite ein. Der RKR als Kernelite umfaßte anfänglich zwölf Offiziere (vgl. Tabelle 2), alles Absolventen der ersten, 1957 in Banghazi eröffneten libyschen Militärakademie. Qaddafi und die meisten Mitglieder des RKR absolvierten den 7. Offiziersanwärter-Lehrgang 1963/64-1964/65, einige (Qaddafi, Jallud, Kharrubi, al-Huni) wurden in der Folgezeit noch in Sandhurst oder Beaconsfield (Großbritannien) weitere sechs bis neun Monate fortgebildet.

Bis auf Abd al-Salam Jallud, der bereits 1959 in Sabha zu Qaddafi stieß (sog. 1. Zelle Sabha), und Umar al-Muhaishi, den Qaddafi auf der Secondary School in Misurata für seine Pläne gewann (1. Zelle Misurata), traten alle RKR-Mitglieder erst in Banghazi auf der Militärakademie in den BFUO ein. Trotz relativ gleichen Alters (Geburtsdatum der RKR-Mitglieder zwischen 1940 und 1944) und nahezu identischer Dienstgrade (1969 war Qaddafi Ra‘is/Dienstgrad zwischen Hauptmann und Major, alle anderen waren Naqib/Hauptmann, bis auf Muhaishi und Muqaryif, die im Rang eines Oberleutnant standen) kristallisierten sich bereits kurz nach der Revolution innerhalb der RKR Rangordnungsunterschiede heraus: Oberst (al-‘aqid) Qaddafi,³⁴ offiziell primus inter pares, war *de facto* durch seine persönliche Auswahl aller Mitglieder des BFUO und der Mitglieder dominierend, zugleich Hauptaktivist, ideologischer Vordenker der Bewegung und charismatische Führerfigur der Revolution. Ihm folgte an zweiter Stelle Jallud, der als rechte Hand Qaddafis die Verhandlungen z.B. mit den Ölgesellschaften im Zuge des Nationalisierungsprogramms führte und bis zu seinem politischen Rückzug 1995 über Renommee als Verwaltungsfachmann verfügte. An dritter Stelle rangierten jene RKR-Mitglieder, die teils in den bewaffneten Streitkräften oder den – dem RKR direkt unterstehenden – Ministerien wichtige Funktionen übernahmen; schließlich folgten jene vier RKR-Mitglieder (Qirwi, Najm, Hamza und al-Huni), deren Einfluß innerhalb des RKR wegen mangelnder Unterstützung von seiten der Streitkräfte beschränkt blieb. Allerdings bildete diese Rangabstufung allein nicht den Hauptanlaß für das Auseinanderbrechen des RKR im August 1975. Dieses Ereignis läßt sich nur verstehen, wenn man das soziale Milieu, aus dem die RKR-Mitglieder stammten, und die außenpolitische Entwicklung Ägyptens jener Zeit in die Betrachtung mit einbezieht.

Was die regionale Herkunft der RKR-Mitglieder anbelangt, so ist zunächst festzustellen, daß sich – anders als unter der Monarchie – die politische Führung zwar aus allen libyschen Regionen (Tripolitanien, Barqa, Fazzan) rekrutierte, sich jedoch eine soziale Trennungslinie

³⁴ Qaddafi wurde vom RKR wegen seiner Verdienste zum Oberst befördert und am 9.9.1969 offiziell zum Oberbefehlshaber der bewaffneten Streitkräfte ernannt. Vgl. Dekret in: Ansell/Arif 1972: 63.

entsprechend dem Lebensstil herausbildete: d.h. ein Teil des RKR entstammte dem beduinisch-ländlichen Milieu, während der andere Teil eher städtisch-urban geprägt war (vgl. Tabelle).

In Kategorien einer Einkommenschichtung ausgedrückt läßt sich auf libysche Verhältnisse übertragen sagen, daß vor allem Muhaishi, al-Huni, Qirwi, Najm und (der bereits 1972 bei einem Verkehrsunfall getötete) Muqaryif der Mittelklasse zugerechnet werden müssen, hingegen Qaddafi, Jallud, Humaydi und Jabir aus ärmlichen und beduinischen Verhältnissen stammen.

Die Glorifizierung der egalitären beduinischen Gesellschaft im Denken eines Teils der RKR-Mitglieder wirkte sich nach dem Tode Nassers im September 1970 auf die politische Entwicklung Libyens aus. Einerseits war Qaddafi immer noch von der Notwendigkeit einer außenpolitischen Vereinigung Libyens besonders mit Ägypten, dem „Herz des Arabertums“ (qalb al-‘uruba), überzeugt, andererseits spätestens Ende 1972 der Mißerfolg der Juni 1971 gegründeten Einheitspartei *Arabische Sozialistische Union* offensichtlich geworden. Qaddafi proklamierte deswegen am 15.4.1973 in seiner programmatischen Rede in Zuwara die libysche Volksrevolution (al-thawra al-sha‘biya) (s.u.), mit der Hindernisse auf dem Wege zur egalitären Gesellschaft überwunden werden sollten.

Die personelle Zusammensetzung des libyschen Revolutionsrates

Quelle: Eigene Zusammenstellung

	Rang- ordnung im RKR	Amtszeit ab 1.9.69 bis	Ausgeübte wichtige Funktion(en)	Gegenwärtige Funktion	Alter 1969	Eintritt in den BFUO	Regionale Herkunft	Soziales Milieu	Status 1969
1 al-Qaddafi, Mu' ammar	1	Jetzt	Vorsitzender des RKR Ministerpräsident Oberbefehlshaber der Armee Generalsekretär der AVK	Führer der Revolution	29	1. Zelle Sabha	Westliche Sirte	Beduinisch	Arm
2 Jallud, Abd al-Salam	2	1995	Ministerpräsident Exekutivdirektor des Generalsekretariats der AVK Berater der Volks- komitees	Privatier	28	1. Zelle Sabha	Fazzan	Rural	Arm
3 Jabir, Abu Bakr Yunis	3	Jetzt	Generalstabschef	Generalstabs- chef Amid/General- leutnant	29	1. Zelle Militär- akademie Bang- hazi	Ajdabiya	Beduinisch	Arm
4 al-Kharrubi, Mustafa	3	Jetzt	Geheimdienstchef	Geheimdienst- chef Generalmajor	28	1. Zelle Militär- akademie Bang- hazi	Zawiya	Rural	Arm
5 al-Humaydi, al-Khuwildi	3	Jetzt	Innenminister Kommandeur der Milizen	Vizegeneral- stabschef und Kommandeur der Volksmili- zen	26	1. Zelle Militär- akademie Bang- hazi	Surman	Rural	Arm
6 al-Muhaishi, Umar	(3)*	August 1975	Wirtschaft- und Planungsminister	Hingerichtet	28	1. Zelle Militär- akademie Bang- hazi	Misurata	Städtisch	Obere Mit- telklas- se
7 al-Huni, Abd al-Mun'im	(4)*	August 1975	Innen- und Außen- minister	Exil Ausland	28	1. Zelle Militär- akademie Bang- hazi	Tripolis- Janzur	Städtisch	Mit- telklas- se
8 al-Qirwi, Mukhtar	(4)*	August 1975	Mitglied des RKR	Inhaftiert/ hingerichtet?	26	1. Zelle Militär- akademie Bang- hazi	Tripolis- Altstadt	Rural/neu- städtisch	Mit- telklas- se

* in Putschversuch August 1975 involviert

Von dieser Entwicklung, die eine Entwertung der *Arabischen Sozialistischen Union* bedeutete, war besonders die von der Erdölprosperität enorm profitierende Mittelschicht betroffen, die begonnen hatte, via Einheitspartei Einfluß auf die libysche Politik zu nehmen und die zur Diskussion stehende Sozialisierung des Binnen- und Außenhandels zu sabotieren. Die Forderung Qaddafis nach Durchführung einer (unrealistischen) Volksrevolution in Ägypten, was letztendlich die hauptsächliche Ursache für das Scheitern der Fusionspläne mit Ägypten war, andererseits die sich in Ägypten 1974 anbahnende Rekapitalisierungspolitik Sadats (Politik der offenen Tür; *infitah*-Politik) führten zu einer Interessenskollision innerhalb Libyens und des RKR, die im gescheiterten Putschversuch der sog. Anti-Qaddafi-Fraktion des RKR vom 5.8.1975 kulminierte. Mit diesem Putschversuch wollten vor allem die die Interessen der Mittelklasse vertretenden RKR-Mitglieder Muhaishi und Huni (mehr oder weniger toleriert von Najm, Qirwi und Hamza) versuchen, die mit Gründung von Volkskomitees (1973/74) eingeleitete innenpolitische Entwicklung zu verhindern, die im Frühjahr 1975 von Qaddafi in Teil I des Grünen Buches ideologisch fixiert worden war (s.u.).

Mit dem Ausschluß der Anti-Qaddafi-Fraktion aus dem RKR verlor die Schicht der reichen Händler und Kaufleute ihre militärischen Verbündeten in der obersten politischen Führung und wurde bereits wenige Monate später Zielscheibe erster einschneidender Maßnahmen (Nationalisierungsdekrete), die die Richtung der kommenden Entwicklung andeuteten. So wurden nach der Etablierung des Systems direkter Demokratie im Januar 1976 (s.u.) ab Ende 1977 mit der Umsetzung des Grünen Buches Teil II (Lösung des ökonomischen Problems) immer weitere Wirtschaftsbereiche von öffentlichen Unternehmen monopolisiert. Zu dieser sektoralen Einengung kamen mit Beginn der „Partner-, nicht Lohnarbeiter-Kampagne“ (*shuraka', la ujara'*) am 1.9.1978 die Ausschaltung des privaten Einzelhandels und die Umwandlung noch bestehender privater Betriebe in „Volksbesitz“ hinzu. Die Haus- und Immobilienbesitzer waren schließlich 1977/78 Ziel der „Jeder-Familie-ihr-Haus-als-Eigentum“-Kampagne (*al-bayt li sakinihi*).

Diese hier nur angedeutete polit-ökonomische Transformation wurde zwar von Qaddafi ideologisch formuliert, vom ganzen (Rest-)RKR aber mitgetragen. Charakteristisch für das RKR-Binnenverhältnis vor, aber auch nach dem Putschversuch 1975 war, daß öffentliche Kommentare zu ideologischen oder politischen Fragestellungen von den anderen RKR-Mitgliedern (abgesehen von Jallud) nur sehr selten abgegeben wurden. Aber selbst bei Jallud hatten solche Kommentare stets den Charakter von Exegesen bereits von Qaddafi lancierter inhaltlich fixierter Themen, wodurch sich zwangsläufig die dominierende Rolle Qaddafis in den libyschen Massenmedien kontinuierlich verstärkte.

Mit Etablierung des Systems der direkten Demokratie Anfang 1976 vollzog sich eine Serie institutioneller Veränderungen. Davon unberührt blieb zunächst der RKR, der seit dem gescheiterten Putsch von 1975 nur noch fünf Personen umfaßte, d.h. trotz der institutionellen Veränderung des politischen Systems keine personelle Erweiterung erfuhr – ein Indiz für den (wie Omar El Fathaly vermutet) tiefen Skeptizismus der Militärs um Qaddafi gegenüber der politischen Aufrichtigkeit der Zivilisten in Führungspositionen, die überwiegend der libyschen Mittelklasse entstammten.

Das institutionelle Ende des RKR kam schließlich am 2.3.1977, als er sich *de facto* (nicht *de jure*) im Zusammenhang mit der Proklamation der Volksmacht und der Gründung der *Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya* als dem „ersten Volksmassenstaat der Welt“ selbst auflöste und seine Funktion dem neuen zivilen Führungsorgan, dem *Generalsekretariat der Allgemeinen Volkskonferenz* (AVK) übertrug, dessen personelle Besetzung indes mit dem ehemaligen (Rest-)RKR identisch war. Die AVK ihrerseits war das höchste nationale Organ, in das die lokalen legislativen Volkskonferenzen und die exekutiven Volkskomitees sowie Vertreter der Berufsverbände ihre Vertreter entsandten.

1.4. Die Revolutionskomitees

Das politische System Libyens erfuhr Mitte der 70er Jahre mit der Gründung der *Revolutionskomitees* (arab. *lajna thawriya*; Plural: *lijan thawriya*) eine institutionelle Neuerung, die wie kaum eine zweite in den vergangenen drei Dekaden einen Prozeß politischer Machtusurpation und Kontestation auslöste.

Der politische Aufstieg der Revolutionskomitees und – parallel dazu – die Zunahme ihres politischen Einflusses hängt eng mit der ideologischen Entwicklung Qaddafis zusammen, die im November 1977 mit der Veröffentlichung des zweiten Teils des Grünen Buches und den darin propagierten Zielen einer Produzentenrevolution (= Überführung von Privatbesitz in kollektives Eigentum), der Abschaffung des Privathandels und der Überführung von Mietwohnraum in Wohneigentum in eine neue und Opposition (seitens der von Enteignung betroffenen Personen) auslösende Etappe mündete.³⁵ Die Revolutionskomitees waren und sind einzig und allein der Revolutionsführung und der Durchsetzung ihrer Programmatik verpflichtet, sie unterliegen nicht dem normalen Gesetzgebungsverfahren, das Aufgabe der Volkskonferenzen bzw. der AVK ist. Die Revolutionskomitees sind deshalb keine Institution, über deren Gründung und interne Ordnung die AVK abstimmte, sondern sie sind entstanden kraft Entscheidung Qaddafis.

Entsprechend dem Diktum Qaddafis „*al-lijan fi kulli makan*“ („Komitees an jedem Ort“; nicht so sehr allerdings auf die Volkskomitees, als auf die Revolutionskomitees gemünzt) gründeten sich seit 1978/79 in allen Basisvolkskonferenzen, Berufsorganisationen, Bildungskonferenzen, Volkskomitees und staatlichen Institutionen Revolutionskomitees. Die interne Ordnung der Revolutionskomitees ist in einem von der 6. Jahrestagung der Revolutionskomitees (19.-31.8.1983)³⁶ verabschiedeten internen Statut geregelt, das neben

- dem Sitz von Hauptbüro (*mathabat* genannt),
- der Beschreibung der notwendigen Eigenschaften von Revolutionskomiteemitgliedern (u.a. Anhänger der Dritten Universalen Theorie; Teilnahmebereitschaft zu Fortbildungsseminaren; Bereitschaft zu Ausführung *jeder* übertragenen Aufgabe),
- der Regelung der Zusammenkünfte (mindestens einmal pro Monat eine ordentliche Sitzung),
- den Bedingungen der Mitgliedschaft,
- dem Inhalt des zu jedem Mitglied anzulegenden Personaldossiers (*al-milaff al-shakhsi*) mit Angabe zu Wohnungswechseln, Mitgliedschaften usw.,
- der Führung des „Dossiers zur revolutionären Kontrolle“ (*milaff al-riqaba al-thawriya*) mit Angaben zu konterrevolutionären Vorkommnissen in der Region,
- der Führung eines Tagesprotokolls (z.B. Registrierung der öffentlichen Meinung in der Basisvolkskonferenz/Institution, Verzeichnis des Eingangs von Erklärungen übergeordneter Revolutionskomitees),

besonders die Führung des „Grünen Registers“ (*al-sijill al-akhdar*) vorsieht, in dem zu jedem Mitglied dessen Aktivitäten und wichtige Verlautbarungen registriert werden und das in Durchschlägen weitergereicht wird (u.a. an das zentrale Verbindungsbüro für Revolutionskomitees in Tripolis).

Die lokalen Revolutionskomitees unterhalten laut Statut keine Kontakte untereinander, sondern stehen nur in vertikaler Weise mit dem zentralen *Verbindungsbüro der Revolutionskomitees* (*maktab al-ittisal bil-lijan al-thawriya*) in Tripolis, das Qaddafi direkt untersteht, in Kontakt.

Ausgestattet mit der Autorität des *Revolutionssektors* (s.u.) und als *pressure group* zur Durchsetzung der Qaddafischen Ideologie agierend, beeinflussten/bestimmten die Revolutions-

³⁵ Die sich verändernde Funktion der Revolutionskomitees zeigte sich an der Verschiebung ihrer Aufgabenstellung, die 1977 folgende 5 Punkte umfaßte:

- Mobilisierung/Anstachelung der Volksmassen zur Ausübung ihrer Herrschaft (Teilnahme an Basisvolkskonferenzen; Wahl der Volkskomitees),
- Verankerung der Volksherrschaft,
- Anleitung der Führungsgremien der Basisvolkskonferenzen und der Volkskomitees,
- Ausübung revolutionärer Überwachung,
- Schutz der Septemberrevolution.

Ab 1979 schoben sich die beiden letzten Aufgabenbereiche eindeutig in den Vordergrund. Vgl. Mattes 1992.

³⁶ Die 22. Jahrestagung der Revolutionskomitees fand vom 14.-15.4.2001 in Tripolis statt

komitees unter Umgehung der Hierarchien die Entscheidungsprozesse nahezu aller staatlichen Institutionen (mit Ausnahme des Erdölsektors) und brachten die revolutionär inspirierte informelle Politik zur Blüte. Wenn es auch ab 1987 (politischer Kontext: Höhepunkt der libysch-amerikanischen Konfrontation 1986; Niederlagen im Tschadkrieg; drastischer Verfall der Erdölpreise; Unmut über Exzesse der Revolutionskomitees) zu einer Rücknahme des revolutionären Profils und damit zu einer Abschwächung der Präsenz der Revolutionskomitees kam, so änderte dies nichts an der grundsätzlichen Stellung des Revolutionssektors im gesamten politischen System. Denn Umstände wie sporadische Gewaltaktionen islamistischer Untergrundgruppen in der Cyrenaika Anfang der 90er Jahre brachten schnell die Reaktivierung der Revolutionskomitees in ihrer Schutzfunktion der Revolution.

Seit Mitte der 90er Jahre waren die Revolutionskomitees Teil der staatlichen Bemühungen, die sich im Zusammenhang mit den UNO-Sanktionen (1992-1999) ausbreitenden Schwarzmarktgeschäfte, Warenspekulationen und den illegalen Devisenhandel unter Kontrolle zu bringen. Daß dabei die Revolutionskomitees (zusammen mit den 1994 neu gegründeten sog. Reinigungskomitees/Iijan al-tathir) zum Einsatz kamen, mag angesichts ihrer eigenen Verwicklung in Korruptionsaffären erstaunlich sein, erklärt sich aber aus der Konzentration von Entscheidungs- und Kontrollmechanismen in einem relativ kleinen Kreis eng miteinander verbundener Familien und Stammesfraktionen, die auf die Präsenz der Revolutionskomitees nicht verzichten können.

1.5. Der Bund der Gefährten Qaddafis

Der *Bund der Gefährten Qaddafis* (arab. rabitat rifaq al-Qaddafi) ist eine seit ungefähr 1996 bestehende Gruppe von Personen, die als nichtmilitärische Ergänzung des BFUO eingestuft werden kann. Der Bund der Gefährten Qaddafis unter Leitung von Generalsekretär Ibrahim Bijad, dem engsten zivilen Gefährten Qaddafis seit der Schulzeit im südlibyschen Sabha (1956-1961), hat nach libyschen Angaben „mehr als Hundert“ Mitglieder. Der Bund versammelt jene Personen, zu denen Qaddafi seit Jahren enge Beziehungen pflegt und die vor politischen Entscheidungen konsultiert werden oder das Reservoir darstellen, auf das bei der Besetzung von wichtigen zivilen Posten (Exekutive, Diplomatie, Universitäten, Forschungseinrichtungen usw.) zurückgegriffen wird. Mitglieder sind primär ehemalige Schulfreunde Qaddafis, Lehrer (sofern noch lebend) und sonstige Freunde, z.B.: Ibrahim Bijad, Muhammad Khalil, Muhammad Aqil aus der Zeit Qaddafis in Sabha; Ali Salim und andere „friends, who helped him gain admission to Masrata High School“ (Musa Kousa), aus der Zeit Qaddafis in Misurata (1961-1963), bevor Qaddafi selbst an die Militäarakademie in Banghazi (1963) überwechselte und dort Mitglieder für den BFUO um sich sammelte. Die „Gefährten Qaddafis“ sind – wie bereits der Name suggeriert – Personen, zu denen ein besonderes Vertrauensverhältnis besteht und die deshalb bevorzugt auf wichtige Posten gesetzt werden; z.B. war der aus dem Fazzan stammende Muhammad Aqil nach seiner Zeit als Sekretär des Volksbüros (Botschaft) in Bonn (1979-1981) de facto Leiter des Grünen-Buch-Zentrums, d.h. der im Februar 1981 gegründeten zentralen Institution zur weltweiten Diffusion der Qaddafischen Ideologie mit Sitz in Tripolis. Nachfolger von Aqil wurde 1987 (bis 1994) der bereits oben genannte Ibrahim Bijad.

Es sind damit die Mitglieder aus dem BFUO und dem Bund der Gefährten Qaddafis, die kraft Zugehörigkeit zu diesen informellen Institutionen Ämter übernehmen, die für die Stabilität und die Dominanz des Revolutionssektors (über den Herrschaftssektor) maßgeblich sind, wie dies auch für die Revolutionskomitees galt und gilt, die diese Funktion durch ihre Bewaffnung wahrnehmen.

1.6. Der Strukturwandel der Entscheidungsträger

In Libyen ist – wie Salaheddin Salem Hasan in seiner umfassenden Studie zur *Genesis of the political leadership of Libya 1952-1969* schreibt – die Ansicht weitverbreitet, daß wenige Großfamilien (1. Familien mit *religiösem Hintergrund* wie die Sanusi, Bishti, Bakir, Baruni, Bin Amir; 2. Familien mit *bürokratischer Tradition* wie die Ghirbi, Amir, Bakhbakhi; 3. *finanziell wohlgestellte* Familien wie die Bin Zikri, Mizran, Zaghallai, Ja'uda, Lenghi, Areghib und 4. *traditionelle Familien*, untergliedert in a) Kuloghli-Familien wie die Kikhya, Karamanli, Ka'abar, b) *traditionelle arabische Familien* wie die Muntasir³⁷ und c) *traditionelle berberische Familien* wie die Bin Sha'ban) zur Zeit der Sanusimonarchie das Land kontrollierten und sie es waren, die sich mit den italienischen Kolonialisten – oft zum eigenen Vorteil – arrangierten, mit den Briten kollaborierten und auch nach der Unabhängigkeit dem britischen und amerikanischen Imperialismus dienten. Diese Beurteilung führte nach der Machtübernahme durch den BFUO unter Führung Qaddafis dazu, das „traditional concept of family power“ (Hasan) zu verwerfen, Politik nicht als Monopol der *walad al-wujaha* (Söhne der einflußreichen Familien) zu verstehen, sondern durch neue Strukturen zu ersetzen, in denen sich die Volksmassen, die „Söhne der Beduinen, der Wüste, der Dörfer, des weiten Landes“ (Proklamation der Revolution am 1.9.1969) wiedererkennen und durch die sie die politische und sozioökonomische Entwicklung mitbestimmen sollten.

Die von Qaddafi in zahlreichen Reden Anfang der 70er Jahre angesprochene Zurückweisung familiär-gestützter Politik oder die Verurteilung der „bourgeoisen Lebensweise“ einiger Familien (z.B. Rede vom 15.11.1975: „Jede Stadt wurde von einer Familie oder einer Gruppe heuchlerischer Bourgeois beherrscht“) führte zu einer Umwälzung hinsichtlich der Träger des politischen Systems im revolutionären Libyen nach 1969. Dies betrifft nicht nur die altersmäßige Struktur (die Revolutionsratmitglieder waren zum Zeitpunkt der Machtübernahme durchschnittlich 27 Jahre alt; der Großteil der Volkskomiteemitglieder ist heute unter 40 Jahre alt), sondern auch die soziale Herkunft und das Bildungsniveau, wengleich dies für den ganzen Zeitraum seit der Revolution nicht verallgemeinert werden kann.

Abweichungen bestehen in bezug auf die Kernelite,³⁸ die allgemeine Elite³⁹ und jene technisch-administrative Elite auf Gemeinde-/Baladiya-Ebene, die erst im Verlauf des revolutionären Transformationsprozesses entstand und altermäßig zur Generation der 35-50jährigen zählt.

Das zeitlich jüngste Element, die seit 1977 von Qaddafi geformte Revolutionskomiteebewegung, ist zugleich jenes mit dem wohl jüngsten Durchschnittsalter, weil bis auf verschiedene Führungsmitglieder (häufig mit absolvierten Auslandsstudien) die Mehrzahl der Mitglieder sich aus Schülern, Studenten und anderen jüngeren militanten Anhängern Qaddafis zusammensetzt, wobei das Gros der Mitglieder zwischen 25 und 35 Jahre alt ist.

Abgelöst wurde mit der Revolution die politische Dominanz der in den Küstenstädten ansässigen Familien, denn die Revolutionsführung um Qaddafi – selbst aus saharischen Regionen (Sirt) stammend – betrieb bewußt die regionale Diversifizierung aus Gründen der Ausbalancierung politischer Partizipationsmöglichkeiten, wengleich sich seit einigen Jahren ein verstärkter Rekurs auf Stammes- bzw. Familienangehörige der Mitglieder der revolutionären Führung andeutet. Parallel zur regionalen Diversifizierung der Eliten ergab sich ein Wandel des sozialen Profils. Die Mehrzahl der Entscheidungsträger stammt aus einfachen Verhältnissen, aus ehemals

³⁷ Vgl. z.B. exemplarisch die Kurzbiographie von Omar al-Muntasser, in: Orient, Opladen, Nr. 4. 1992: 540-543.

³⁸ Die Kernelite entspricht dem Revolutionären Kommandorat, dessen Restmitglieder seit 1979 als Revolutionsführung fungieren und heute ein Durchschnittsalter von knapp unter 60 Jahren aufweisen und sich damit altermäßig der Führungselite zur Zeit der Sanusimonarchie annähern.

³⁹ Die allgemeine Elite umfaßt jene 60-80 Offiziere, die 1969 die Septemberrevolution mittrugen, und jene Zivilisten, die in den Kabinetten 1969-1977 bzw. im jährlich von der Allgemeinen Volkskonferenz neu gewählten Allgemeinen Volkskomitee politische Ämter übernahmen.

bäuerlichem oder seminomadischem Milieu, aus Familien, die erst während der erdölinduzierten Transformationsprozesse in den 60er Jahren in die Küstenstädte zuwanderten.

Stammten die politischen Entscheidungsträger vor der Revolution überwiegend aus Familien mit hoher literarisch-religiöser Bildungstradition (Sanusi, Baruni, Ghirbi, Sharif usw.), verfügen die heute amtierenden Eliten wie die revolutionäre Führung über eine militärische Ausbildung (Militärakademie in Banghazi mit teilweise absolvierten Fortbildungskursen in den USA und Großbritannien), sind Absolventen der bis 1972 bestehenden *University of Libya* bzw. den sich daraus entwickelnden Universitäten al-Fatih/Tripolis und Qar Yunis/Banghazi oder Absolventen eines Auslandsstudiums.

Exkurs: Stämme und Großfamilien als politische Einflußgrößen

In der libyschen Geschichte erlangten besonders die im 11. Jahrhundert in die Region eingewanderten ostarabischen Stämme, in erster Linie die Banu Sulaiman, große politische Bedeutung, weil ihre Stammesführer oder die Mitglieder einflußreicher Stammesfamilien höchste politische Ämter ausübten. Die Banu Sulaiman bzw. ihre Nachfolger, die sog. Sa'adi-Stämme, sind in zwei Hauptzweige gegliedert: die al-Ku'ub mit Siedlungsgebiet Tripolitanien von der tunesischen Grenze bis Sirt im Zentrallibyen sowie die Abu Llail mit Siedlungsgebiet Cyrenaika zwischen der Sirte und Sollum (ägyptische Grenze). Die cyrenaikischen Stämme ihrerseits sind in zwei Hauptzweige und vier Unterstämme mit neun Einzelstämmen gegliedert, darunter die bis heute für die Machtbalance wichtigen Stämme Magharba, Awaghir, Ubaidat und Bara'sa (Organigramm Salem 1973: 127).

In Tripolitanien spielt traditionell neben den Wana Farsha (Region von Aziziya) und den Tarhunis im Großraum Bani Walid der Warfalla-Stamm eine zentrale Rolle, während der mit dem Warfalla-Stamm liierte kleine und unbedeutende Qadadfa-Stamm, dessen Territorium sich östlich davon in der Region Sirt anschließt, sich erst durch die Machtergreifung Qaddafis 1969 zu einem politisch zentralen und dominanten Stamm aufschwang, diese Stellung seither aber nur durch eingegangene Stammesallianzen halten konnte.

Im Fazzan, der dritten libyschen Großregion, ist es in erster Linie der Stamm der Maqarha, der über Einfluß verfügt. Nach dem Machtwechsel 1969 war Abd al-Salam Jallud, Stellvertreter Qaddafis bis 1995, der prominenteste Vertreter des Stammes in der Revolutionsführung.

Politisch einflußreich waren und sind neben den traditionellen Stämmen darüber hinaus die in Tripolis (und den wenigen anderen großen Küstenstädten wie Banghazi, Misurata oder Zuwara) lebenden Klan- oder Großfamilien. Aus diesen rekrutierten sich gleichfalls während der Sanusimonarchie Ministerpräsidenten und zahlreiche Minister, eine Entwicklung, die sich nach 1969 – wenngleich eingeschränkt – fortsetzte (z.B. Außenminister Mansur Kikhya; Sekretär des Allgemeinen Volkskomitees/Ministerpräsident und Außenminister Umar al-Muntasir).

Welches ist nun der Einfluß der Stämme und Großfamilien auf die politische Entwicklung unter dem Revolutionsregime und ihr Anteil an der Praxis informeller Politik?⁴⁰ Zur Beantwortung dieser Frage muß das personelle Binnenverhältnis in den Stämmen („qabila“ bzw. ihren nachgeordneten Formationen „lahma“, „bait“ und „usra“) berücksichtigt werden, in denen die Stammesführer (Scheichs) und Familienältesten als Gegenleistung für die eingeforderte absolute Loyalität der Stammes-/Familienmitglieder gegenüber den Führungspersonlichkeiten materielle Leistungen (Beschaffung von Arbeitsplätzen; Akquisition von Entwicklungsprojekten aus dem staatlichen Entwicklungsplan) bereitstellen bzw. soziale Sicherheit gewährleisten. Dieses Binnenverhältnis hatte und hat zwei Folgen:

⁴⁰ Vgl. zur Definition informeller Politik: Betz, Joachim (u.a.): Informelle Politik im internationalen Vergleich, in: Nord-Süd aktuell, Hamburg, Nr. 2, 1999: 217-228.

1. Die Entscheidungsfindungsprozesse in der libyschen Gesellschaft sind – trotz partieller Modifizierungen durch die Revolutionsführung und der Einführung des Konferenzsystems – immer noch höchst autoritär.

„Heads or chiefs of social units, in consultation with some of the elders in those units, make the decision. Kinship and unit solidarity provide the support of the rest of the unit members necessary to carry out those decisions.“ (Fathaly 1977: 10)

Selbst wenn diese Funktionsweise seit Ende der 70er Jahre in Libyen durch die Formierung der Revolutionskomitees gestört wird, deren Entscheidungsprozesse anders verlaufen und deren Einfluß nicht ausschließlich durch tribale/familiäre Beziehungsmuster determiniert ist, sondern durch die Autorität des Revolutionssektors bestimmt wird, so kam es im Zuge der Retribalisierung der libyschen Gesellschaft seit Anfang der 90er Jahre wieder zu einer Stärkung der traditionellen Führungspersönlichkeiten (Stammesscheichs, Familienälteste). Diese Entwicklung erfuhr im Rahmen der von Qaddafi seit Juli 1994 betriebenen Formierung von *sozialen Volksführerschaftskomitees* (Iijan al-qiyada al-sha‘biya al-ijtima‘iya) eine Institutionalisierung, ohne daß allerdings von der AVK als nationaler Volksvertretung hierzu eine gesetzliche Regelung verabschiedet worden wäre. Die lokalen sozialen Volksführerschaftskomitees, gebildet aus Familienchefs und anderen Persönlichkeiten, sind de facto informelle Organe, mit denen das Revolutionsregime soziale Kontrolle ausübt und zu deren Aufgaben neben der Korruptionsbekämpfung die Verteilung der Devisenzuteilung aus den Erdöleinnahmen (1996 erstmals 500 US-\$ an bedürftige Familien) gehört.

2. Wo immer es in administrativen Gremien (z.B. in den Volkskomitees) um die Besetzung von Positionen oder in den politischen Gremien (den Führungskomitees der Basisvolkskonferenzen) um die Verabschiedung politischer Direktiven geht, werden Entscheidungen oft entlang tribaler Linien getroffen:

„The saying *weld qabeletna* ('the son of our tribe') will be the slogan of the supporters. *Weld bladna* ('the son of our village') will be the slogan when the range of competition is wider.“ (Fathaly 1977: 11)

Angesichts solcher traditioneller Entscheidungsrichtlinien treten bei personellen Besetzungen Kriterien wie Ausbildung, Fähigkeiten und Effizienz vollkommen in den Hintergrund.

Die Haltung des Revolutionsregimes gegenüber den Stämmen und Großfamilien und damit auch gegenüber deren Aktionen zur Entfaltung informeller Einflußnahme modifizierte sich in den letzten drei Jahrzehnten mehrfach bzw. paßte sich an gesellschaftliche Entwicklungen an. Nach dem Machtwechsel 1969 verfolgte der Revolutionsrat zunächst eine panarabische und am Nasserismus ausgerichtete Politik, in deren Mittelpunkt die in Form der ASU institutionalisierte „Allianz der aktiven Volkskräfte“ (Arbeiter, Bauern, Studenten, Militärs, Intellektuelle) stand und die sich von „reaktionären Elementen der Gesellschaft“ (wozu die Stämme gezählt wurden) distanzierte bzw. diese bekämpfte. Speziell während der Mobilisierungskampagne des RKR vom Frühsommer 1971 anläßlich der Gründung der ASU stellte Qaddafi den ausschließlich zugunsten eigener Interessen eingesetzten Einfluß von Familien an den Pranger. Der Politologe Hasan Salaheddine Salem schrieb mit Bezug auf entsprechende Zeitungsartikel (z.B. in *al-Ra'id*, 27.8.1971):

„In the heat of his campaign for his 'Socialist Union' and 'People's councils', Gaddafi stressed the end of family rule and family influence in Libyan politics. He enumerated as example several families, some of whom were of considerable importance, and declared them and their likes to be of no political value whatsoever.“ (Salem 1973: 192-193)

Drei Maßnahmen hatten vor diesem Hintergrund nach dem Machtwechsel die Einengung tribalen Einflusses zum Ziel:

1. Qaddafi rechtfertigte in al-Baida (einem Stammeszentrum der Cyrenaika) am 9.4.1970 die Abschaffung der bislang an Stammesführer gezahlten Subsidien und die Abschaffung staatlicher Funktionen wie derjenigen des Stammesscheichs (Verwaltungschef eines Stammesbezirkes) oder des *Mustashar* (Berater für Stammesfragen).

2. Die Neuordnung der Lokalverwaltung mit dem *Local Government Law* vom 30.6.1970, das anders als die Praxis zur Zeit der Sanusimonarchie die Verwaltungsgrenzen nicht an Stammesgrenzen Mahallat unter Leitung eines vom Innenministerium eingesetzten ausrichtete, sondern neue geographische Einheiten schuf (sog. Mukhtar statt eines Stammescheichs, der aufgrund sozialer Kriterien: Mut, Reichtum, Mannhaftigkeit usw. an die Spitze eines Stammes aufrückte).
3. Die Dekretierung eines neuen Landgesetzes 1970, das die Regierung ermächtigte, umstrittenes Land zu enteignen und ungenutztes Land als Staatsland zu deklarieren.

Das tribale Element reduzierte sich weiter im Zuge der administrativen Umgestaltungsprozesse und der Einführung des Volkskomitee-Volkskonferenzsystems seit 1973 bzw. seit 1975, wie Fathaly (u.a.) in ihrer Studie *Political democracy and bureaucracy in Libya* von 1977 belegten. Dennoch spielte das Stammeswesen sowohl unmittelbar nach dem Machtwechsel als auch später unterschwellig eine wichtige Rolle. Zunächst ging es darum, den Machtwechsel durch neue Stammesallianzen gegenüber den großen cyrenaikischen Stämmen, die die Sanusiya und damit die Monarchie stützten und die Revolution ablehnten, abzusichern. Dies umso mehr, als Qaddafi – Führungsfigur des BFUO und ab 1.9.1969 Revolutionsratsvorsitzender – aus einem unbedeutenden Stamm (dem Stamm der Qadadfa mit Siedlungsgebiet in der Region von Sirt) kam. Über die Mitglieder des Führungsgremiums des BFUO bzw. über die Mitgliedschaft im RKR waren so in einer Allianz besonders der einflußreiche Maqarha-Stamm mit Siedlungsgebiet Fazzan (Repräsentant Jallud) und der Warfalla-Stamm mit Siedlungsgebiet Westtripolitanien (Repräsentant Muhaishi) miteinander verbunden. Als bestehendes gesellschaftliches Phänomen konnte das Stammeswesen indes von Qaddafi auch in seiner politischen Ideologie nicht negiert werden. Im ersten Teil des Grünen Buches vom Mai 1975 werden zwar Stämme in ihrer Eigenschaft als *politische* Akteure wie Parteien, Klassen oder religiöse Sekten (ta'ifiyat) als diktatorische Herrschaftsinstrumente abgelehnt, im dritten Teil des Grünen Buches (veröffentlicht im Juni 1979) werden sie hingegen als soziales Netzwerk auf der Basis von Blutsbanden positiv eingestuft. Das heißt, die Stämme werden unter sozialen Gesichtspunkten gewürdigt, die politische Instrumentalisierung des Stammes für stammeseigene Vorteile wird jedoch abgelehnt:

„Wenn die Stämme einer Nation zerstritten sind und nur ihre eigenen Interessen im Auge haben, ist der Fortbestand der Nation (und damit des Staates) gefährdet.“ (Grünes Buch: 86)

Das ideologisch motivierte Handeln des Revolutionsrates, der die sukzessive Unterwerfung der Gesellschaft unter die Inhalte des Grünen Buches anstrebte, rief zusehends Opposition (und partiell Exilierung) hervor, so daß sich Revolutionsführer Qaddafi seit Beginn der 80er Jahre personell bei der Besetzung von Führungsstellen immer stärker auf Mitglieder des eigenen Qadadfa-Stammes stützte. Dies gilt insbesondere für den Sicherheitsbereich (Revolutionswache, Geheimdienst) und die führenden Mitglieder der Revolutionskomitees, deren Rekrutierung nicht auf der Basis von Stellenausschreibungen und Fähigkeiten erfolgte, sondern diese Resultat der bestehenden Verwandtschaftsbeziehungen und der damit verbundenen Loyalitätsbeziehungen war/ist. Die amerikanische Politologin Lisa Anderson stellt in diesem Kontext fest:

„Within a decade of coming to power, and as his regime faces increasing political opposition, Qaddafi himself had fallen back on reliance on his own kinsmen. He had entrusted a cousin with his personal security, and two brothers, also his cousins, not only served as his personal envoys in sensitive foreign missions but also held important positions in domestic intelligence. Still another cousin was commander of the armed forces of the central region, which included the oil terminals and the disputed Gulf of Sidra.“ (Anderson 1990: 297-298)

Hinzu kam die materielle Begünstigung des traditionellen Siedlungsgebietes des Qadadfa-Stammes, der Sirtregion (Einbeziehung in das Netz des Großen Künstlichen Flusses; wiederholte Versuche, Sirt zur Hauptstadt zu machen; zahlreiche Tagungen der AVK in Sirt; Auftragsvergabe im Oktober 1994 an eine italienische Firma zum Bau eines 1998 fertiggestellten Konferenzentrums für die AVK in Sirt usw.).

Besonders seit 1990 ist die Retribalisierung der libyschen Gesellschaft insofern erkennbar, als erstmals in der libyschen Presse berichtet wurde, daß Qaddafi Stammesführer bzw. Stammesdelegationen empfing, die ihm ihre Loyalität versicherten (d.h. Praktizierung des im arabischen Raum bekannten bai'a-Prinzips). Daß das von der libyschen Presse vermittelte Bild von der „umfassenden Solidarität der Stämme“ indes nicht ganz der Wirklichkeit entsprach, zeigte allerdings die Militärrevolte (mit Zentrum in Bani Walid) vom Oktober 1993, selbst wenn dies keine Revolte des ganzen Warfalla-Stammes gegen das Regime war, sondern nur die Aktion einer Gruppe unzufriedener Stammesmitglieder. Nach wie vor stellt der Warfalla-Stamm eine Stütze des Regimes dar. Bilanzierend läßt sich deshalb sagen, daß die ursprünglichen Versuche Qaddafis, informelles politisches Agieren auf der Basis tribaler Zugehörigkeit zu unterbinden und ideologische Loyalität zur grundlegenden Handlungsanleitung zu machen, innerhalb weniger Jahre durch die soziologische Kraft des Faktischen – nämlich den ungeminderten Fortbestand tribaler Verwandtschaftsbeziehungen – außer Kraft gesetzt wurden und an die Praxis informeller Politik, wie sie unter der Sanusimonarchie dominierte, angeknüpft wurde.

2. Die Ziele der Revolution in Reden Qaddafis

Als am 1.9.1969 der stark vom ägyptischen Präsidenten Nasser beeinflusste *Bund der freien unionistischen Offiziere* König Idris al-Sanusi stürzte und die von der Bevölkerung mit Demonstrationen begrüßte Septemberrevolution einleitete, ahnte niemand, welche tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen bevorstanden. Ein erster Hinweis war indes das Motto, das der neue RKR unter Führung von Mu‘ammar al-Qaddafi wählte. Dem paternalistischen Leitspruch der Sanusimonarchie „Allah-Malik-Watan“ (Gott-König-Vaterland) wurde die kollektiv, egalitär und panarabisch ausgerichtete Formel „al-hurriya wal-ishtirakiya wal-wahda (Freiheit-Sozialismus-Einheit) gegenübergestellt.

Die Ziele der Septemberrevolution, die sich in der Proklamation der *Libyschen Arabischen Republik* ankündigten, wo nicht nur die „Ära der Reaktion, Bestechung, Einmischung, Begünstigung und des Verrats“ angeprangert wurde und damit implizit solchen Praktiken der Kampf angesagt wurde, sondern auch den „Söhnen der Steppe, der Wüste, des aufrechten Hinterlandes“ Freiheit, Einheit und soziale Gerechtigkeit⁴¹ versprochen wurde, waren in den Folgemonaten Gegenstand zahlreicher Reden des Revolutionsratsvorsitzenden Qaddafi und flossen als Programmpunkte in die am 11.12.1969 vom RKR verabschiedete provisorische Verfassungserklärung⁴² ein.

⁴¹ Jeder dieser Programmpunkte erhielt noch 1969/1970 seinen spezifischen Inhalt (s.u.), wobei Qaddafi angesichts des starken britischen und amerikanischen Einflusses zur Zeit der Monarchie das Schwergewicht auf die notwendige Politik einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Selbstbefreiung legte. Dazu gehörte die Räumung der britischen und amerikanischen Militärstützpunkte 1970 genauso wie die Ausweisung der italienischen Kolonie, die Verstaatlichung ausländischer Unternehmen (1970) und seit 1973 des Erdölsektors oder die Wiederaufwertung des arabisch-islamischen Erbes durch eine rigorose Arabisierungspolitik und einer verstärkte Mission des Islam.

⁴² Vgl. den Text in Ansell/Arif 1972: 108-113; eine deutsche Übersetzung findet sich bei Funk 1971. Vgl. besonders Art. 3 (Soziale Sicherheit ist die Basis der nationalen Einheit und die Familie ist die Basis der Gesellschaft, deren Hauptstützen Religion, Moral und Nationalgefühl sind.), Art. 6 (Der Staat zielt auf die Realisierung des Sozialismus durch Anwendung sozialer Gerechtigkeit ab, die jegliche Form von Ausbeutung beseitigen soll. Der Staat arbeitet – durch Herstellung sozialistischer Verhältnisse in der Gesellschaft – auf die Erzielung ausreichender Produktion und ihre gerechte Verteilung hin mit dem Ziel einer friedlichen Überbrückung der Klassengegensätze und der Realisierung einer Wohlfahrtsgesellschaft. Die Anwendung des Sozialismus basiert auf dem arabischen-islamischen Erbe, den menschlichen Werten und den Bedingungen der libyschen Gesellschaft.), Art. 7 (Der Staat arbeitet auf die Befreiung der nationalen Wirtschaft von Abhängigkeiten und ausländischen Einflüssen und ihre Umwandlung in eine produktive nationale Wirtschaft, basierend auf dem öffentlichen Eigentum des libyschen Volkes und dem privaten Eigentum seiner Individuen hin.) und Art. 8 (Öffentliches Eigentum gehört dem Volk und ist das Fundament für die Entwicklung der Gesellschaft und ihres Wachstums wie für die Erzielung ausreichender Produktion, während das nichtausbeuterische Privateigentum geschützt ist und nur entsprechend den Gesetzen enteignet werden kann.)

Dokument : Text der Proklamation der Libyschen Arabischen Republik vom 1.9.1969

Quelle: First 1974: 119

„ In the name of God, the Compassionate, the Merciful, O great Libyan people: To execute your free will, to realize your precious aspirations, truly to answer your repeated call demanding change and purification, urging work and initiative, and eager for revolution and assault, your armed forces have destroyed the reactionary, backward, and decadent régime whose putrid odour assailed one's nose and the vision of whose attributes made one's eyes tremble. With one blow from your heroic army, the idols collapsed and the graven images shattered. In one terrible moment of fate, the darkness of ages – from the rule of the Turks to the tyranny of the Italians and the era of reaction, bribery, intercession, favouritism, treason, and treachery – was dispersed. Thus, from now on, Libya is deemed a free, sovereign republic under the name of the Libyan Arab Republic – ascending with God's help to exalted heights, proceeding in the path of freedom, unity and social justice, guaranteeing the right of equality to its citizens, and opening before them the doors of honourable work – with none terrorized, none cheated, none oppressed, no master and no servant, but free brothers in the shadow of a society over which flutters, God willing, the banner of prosperity and equality. Extend your hands, open your hearts, forget your rancours, and stand together against the enemy of the Arab nation, the enemy of Islam, the enemy of humanity, who burned our holy places and shattered our honour. Thus we will build glory, revive our heritage, and revenge an honour wounded and a right usurped. O you who witnessed the holy war of Omar al-Mukhtar for Libya, Arabism, and Islam, O you who fought the good fight with Ahmad al-Sharif, O sons of the steppe, O sons of the desert, o sons of the ancient cities, O sons of the upright countryside, O sons of the villages – our beloved and beautiful villages – the hour of work has come. Forward.“

Freiheit (al-hurriya)

Unter Freiheit wird von Qaddafi ein menschliches Grundbedürfnis verstanden, dessen Wurzeln bis in die Anfänge der Menschheitsgeschichte zurückreichen. Freiheit ist für Qaddafi auf individueller Ebene die Befreiung des Menschen von Unterdrückung, Sklaverei, Ungerechtigkeit, die Beseitigung von Ignoranz, Rücksichtslosigkeit und Krankheit:

„ Die Freiheit, die wir meinen, ist die Freiheit des Vaterlandes und der Bürger, sie ist die Freiheit des Individuums, sie ist die Freiheit des arabischen Menschen in Libyen: politisch, wirtschaftlich und sozial. Sie erlöst jeden Einzelnen in Libyen von den Fesseln, die ihn durch die Jahrhunderte hindurch niederhielten; sie erlöst den arabischen Menschen in Libyen von Erniedrigung, Unterdrückung, Unwissenheit und Sklaverei. Sie erlöst jeden Einzelnen in Libyen von der Herrschaft der Armut und der Rückständigkeit. Die Freiheit erlöst den arabischen Menschen in Libyen von dem Schreckgespenst der Tyrannei und Willkür, vom Schreckgespenst der Rückständigkeit; diese Freiheit verpflichtet uns gemeinsam, daß wir uns mit ihr verbinden.“ (Qaddafi am 16.9.1969).

Freiheit sei allerdings keine Selbstverständlichkeit, wie die Geschichte gezeigt habe, und noch immer zeige, sondern müsse erkämpft werden und erfordere ständige Wachsamkeit zu ihrer Verteidigung. Die Verwirklichung der Freiheit – nicht in Bruchstücken, sondern als unteilbares Ideal, als Recht jeden Individuums – erfordere auf individueller Ebene den Kampf gegen jede Form des Kolonialismus und des Imperialismus:

„Die bewaffneten Streitkräfte werden die Waffen nicht weglegen und den Finger nicht vom Abzug nehmen, bis das geraubte Land wiedergewonnen ist. Es ist die Pflicht dieser Volksmassen, sich von allen Hindernissen (Hemmnissen) zu befreien. Es ist die Pflicht des arabischen Menschen in Libyen, sich politisch und gesellschaftlich zu emanzipieren. Es ist notwendig sich von den Faktoren der Armut zu befreien. Es ist notwendig, sich von den ausländischen Streitkräften zu befreien. Es ist notwendig, sich von den Kräften der Reaktion zu befreien. Es ist notwendig, sich von den Ausbeutern zu befreien. Freiheit heißt, daß sich das arabische Individuum in Libyen und anderswo im großen arabischen Vaterland emanzipiert, daß es sich politisch, ökonomisch und sozial emanzipiert. Es darf nicht an Freiheit mangeln und die Revolution darf nicht unterbrochen und eingeschränkt werden. Es ist notwendig, daß wir die libysche Revolution mit in die umfassende arabische Revolution zur Emanzipation des arabischen Menschen an jedem Ort integrieren, um die Heimat vom Schmutz zu reinigen.“ (Qaddafi am 16.10.1969)

Der Kampf des libyschen Volkes gegen Türken, Italiener (mit seiner hohen Zahl an Opfern) und die Briten zeuge laut Qaddafi von der Richtigkeit der Aussage, daß Freiheit keine Selbstverständlichkeit sei.

„Freie Brüder! Was bedeutete Unabhängigkeit und Freiheit im Schatten ausländischer Militärbasen, der Basen Amerikas und Großbritannien, die dem Volk aufgezwungen wurden. Dies war Spott und eine der Komödien des reaktionären Regimes und der kolonialen Verschwörung. Dieses Volk verurteilte, entlarvte dies mit der Durchführung der Revolution vom 1. September als Farce und bestätigte der ganzen Welt, daß das libysche Volk kein Volk ist, dem man einfach solche Verschwörungen aufzwingen kann, und daß dies Volk die wahre Freiheit kennt und weiß, welche Richtung es auf dem Weg zur Freiheit einzuschlagen hat.

Brüder! Was bedeutete Unabhängigkeit und Freiheit im Schatten der Polizeiära, in der das Volk mit Füßen getreten und in Fesseln gelegt wurde, was bedeutete Unabhängigkeit und Freiheit im Schatten der Sicherheitskräfte, die sich bewaffnet mit Panzern und

Kanonen in den Städten bewegten, sich in Demonstrationen einmischten und die Schulen angriffen. Was bedeutete Unabhängigkeit und die Freiheit des Individuums in dieser schwarzen, verhaßten Epoche, als die Reichtümer des Volkes in den Vergnügungslokalen verschleudert und ins Ausland geschmuggelt wurden.“ (Qaddafi am 10.7.1972)

Die Freiheit in Libyen mußte erkämpft werden und erst die Septemberrevolution ermögliche ihre volle Verwirklichung. Freiheit hat zudem bei Qaddafi drei eng miteinander verknüpfte Aspekte, einen politischen, einen ökonomischen und einen sozialen.

– *Politische Freiheit*

„Die Errungenschaften der Revolution vom 1. September heben die Verwirklichung der politischen Freiheit hervor. Sie wurde durch die Beseitigung der zwei am meisten hindernden Mächte realisiert: die Zerstörung der politischen Macht der Reaktion in der Nacht zum 1. September, wodurch sich das Volk von der Diktatur der Reaktion, der Herrschaft der Vermittlung (Fürsprache), der Schmiergelder und der Herrschaft der verräterischen Agenten befreite. Danach machte sich die Revolution an die Vernichtung der kolonialistischen ausländischen Militärbasen auf libyschem Boden, weil wir mit deren Räumung sagen können: Wir verwirklichten die politische Freiheit.“ (Qaddafi am 4.9.1970 in Banghazi).

Die vollständige politische Freiheit sei damit aber noch nicht erreicht. Dazu sei auch die „Wiedereinsetzung des Volkes in seine Rechte“, d.h. erstens die Tilgung der letzten faschistischen Überreste auf libyschem Boden (Ausweisung der letzten italienischen Siedler) und zweitens die Verstaatlichung der ausländischen Unternehmen notwendig.

Der Begriff Freiheit wäre – so Qaddafi – zudem falsch verstanden, wenn er sich nur auf die außenpolitische Perspektive beschränken würde. Die Überwindung der politischen Reaktion und die Befreiung des libyschen Volkes von repressiver Innenpolitik sei nur der Ausgangspunkt für die politische Emanzipation im Innern und die Etablierung freiheitlicher Verhältnisse. Die Beteiligung der Volksmassen (jamahir) an der politischen Macht und die politische Selbstverwaltung solle über eine Volksorganisation geschaffen werden, die zugleich den Widerspruch zwischen „Herrscher und Beherrschten“ aufheben soll.

„Nach dem 1. September gibt es in Libyen eine neue Periode, ohne Günstlingswirtschaft, Unterdrückung und Willkür; nach dem 1. September gibt es keine Demütigung, Unterwerfung und keine Erniedrigung mehr, auf daß das Volk über alles herrscht. Die Revolution ist eine Volksrevolution. Wir sind Söhne des Volkes und die aktiven Kräfte sind die Träger der Revolution. Wir sehen nicht hier eine Regierung und dort einen Bürger, auf der einen Seite die Regierung und auf der anderen das Volk; das was in Libyen existiert, ist keine Regierung im traditionellen Sinne, das was jetzt in Libyen vorhanden ist, ist die Herrschaft des Volkes.“ (Qaddafi am 28.11.1969)

– *Ökonomische Freiheit*

„Die Revolution gibt sich auf keinen Fall damit zufrieden, daß Europa in den Genuß der Reichtümer Libyens kommt, während Libyen arm und rückständig lebt. Die Revolution wird die Bürger von der Herrschaft der Ausbeuter und der Herrschaft des ausländischen, ausbeuterischen Kapitals befreien. Die Revolution wird auf diesem Weg die libyschen Bürger durch die Anwendung des Sozialismus und der Einheit politisch, ökonomisch und sozial befreien. Auf daß alle arabischen Volksmassen ein festes Fundament bilden, auf daß die Volksmassen das unbebaute Land in landwirtschaftliche Erde umwandeln, auf daß die libyschen Bürger von ihrem Reichtum profitieren. Die Volksmassen werden Soldaten des Aufbaus und Soldaten des Fortschritts sein.“ (Qaddafi am 5.11.1969)

„Brüder, zur Realisierung der wirtschaftlichen und sozialen Freiheit für die arabischen Bürger Libyens – was für uns bedeutet, jedes Individuum von den Faktoren der Rückständigkeit zu befreien und die verhaßten Überbleibsel (des vergangenen Systems) zu beseitigen, die der Grund dafür waren, daß der Einzelne arm, krank, ohne ärztliche Behandlung, ohne Bildung und unglücklich mit seinem Leben war – obliegt es uns, daß wir mit Hilfe der Entwicklungshaushalte die Landwirtschaft ausdehnen und mit industriellen Errungenschaften die vollständige Freiheit auf wirtschaftlicher und sozialer Seite verwirklichen.“ (Qaddafi am 22.6.1970)

– *Soziale Freiheit*

„Nach der Verwirklichung der politischen Freiheit sind wir verpflichtet, die soziale Freiheit zu verwirklichen; die politische Freiheit ist ein Mittel zur Realisierung der sozialen Freiheit. Die soziale Freiheit meint Durchführung der Revolution in der Gesetzgebung, in den Gesetzen und in der fortwährenden Verankerung der sozialistischen Gesellschaft, bis Gleichheit und Gerechtigkeit verwirklicht sind, bis der Wohlstand für die Söhne des Landes verwirklicht ist, den Wohlstand, den sie seit vielen langen Jahren entbehren, denn ein Großteil des libyschen Volkes lebt immer noch in Zelten, Hütten und veralteten Wohnstätten.“ (Qaddafi am 4.9.1970)

„Die soziale Revolution, das ist Lohnerhöhung, Aufbau der Arabisch Sozialistischen Union, Aufbau der Gewerkschaften, der Unionen, der Gleichheit zwischen den Menschen und die Herstellung der sozialen Gerechtigkeit [...]; wir bauen Krankenhäuser, wir bauen Schulen, wir bauen Häuser, wir bauen Straßen, wir lösen die Probleme der Menschen, die in Hütten leben; Probleme dieser Art werden mit der sozialen Revolution gelöst.“ (Qaddafi am 7.10.1972)

„Die Befreiung der Gesellschaft von allen ihren Klassen ist ebenfalls eine der revolutionären Errungenschaften, die sich den Errungenschaften der Septemberrevolution hinzufügen; die Revolution setzt außerdem große Hoffnung in die Rolle der libyschen Frauen bei der Realisierung von Freiheit, Sozialismus und Einheit.“ (Qaddafi am 25.8.1971)

Die tatsächliche Verwirklichung dieser drei Aspekte der Freiheit erfordere auf der anderen Seite – als Kehrseite der Medaille – die aktive Mitarbeit des Volkes. Die Realisierung der Freiheit habe ihren Preis, der in der Übernahme von Verantwortung durch jedes Individuum bzw. durch die gesamte Nation bestehe. Qaddafi:

„Ich sage euch, daß, wenn ein Volk frei ist, daraus für das Volk eine große Verantwortung entsteht. Das geknechtete Volk, das unter Besatzung lebt und dessen Willen negiert wird, dessen Verantwortung derjenige übernimmt, der es versklavt, unterscheidet sich damit gänzlich von dem Volk, das in seinem Land frei ist und selbst Verantwortung übernimmt. Das libysche Volk, das seit mehr als 400 Jahren ohne Unterbrechung unter der Macht des Kolonialismus und ausländischer Herrschaft stand, die das Volk seiner Rechte beraubte, wurde nunmehr in seinem Land frei. Das libysche Volk nach der Revolution, d.h. nachdem es sich politisch emanzipierte, wurde beladen – Brüder, es ist notwendig, daß ihr diesen Sinn versteht – wurde mit Pflichten beladen, wurde mit schwerer Verantwortung beladen. Zählt nicht den Präsidenten des RKR, nicht die Mitglieder des RKR und nicht die bewaffneten Streitkräfte zu denen, die diese Verantwortung ausüben. Die Verantwortung, die ganze Verantwortung liegt jetzt bei dem libyschen Volk, bei jedem Einzelnen; die Verantwortung der Freiheit liegt bei jedem Einzelnen von euch, der in diesem Land frei wurde. Es ist notwendig, daß ihr wißt, daß ihr ein freies Volk wurdet; an euch liegt es, die Verantwortung für euer Land und für die Führung der Revolution auf allen Gebieten zu übernehmen.“ (Qaddafi am 7.10.1971 in Sabratah)

Sozialismus (al-ishtirakiya)

Das libysch-arabische Verständnis von Sozialismus – Inhalt vieler Reden Qaddafis in der Anfangsphase der Revolution und am 12.9.1972 in den „Grundzügen der Dritten Theorie“⁴³ zusammengefaßt – orientiert sich an den islamischen, im Koran verankerten Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit. Besonderes Gewicht wurde deshalb auf die Herleitung des Sozialismus aus dem arabischen Erbe und der Religion (Islam) gelegt. Qaddafi:

„Die kommende Etappe ist gekennzeichnet durch einen neuen Prozeß, der sich von der Etappe der politischen Emanzipation unterscheidet, denn in dieser Etappe werden die aktiven Volkskräfte zusammenwirken in einem heiligen Bündnis mit dem einzigen Ziel der Realisierung des arabischen islamischen Sozialismus, den wir proklamierten und der – wir versichern es – nicht von den Prinzipien Lenins und des Marxismus beeinflusst ist. Der arabische Sozialismus ist die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit gemäß dem Erbe der arabischen Nation und gemäß dem Islam, gemäß den Bedürfnissen des arabischen Volkes und gemäß seiner Geschichte, seiner Anfänge und den Gegebenheiten der Region [...]“ (Qaddafi am 22.9.1969)

„Der Sozialismus war diesem Volk nicht fremd, und er ist keine Erfindung der Septemberrevolution, denn die islamische rechtgläubige Religion [...] ist eine sozialistische Religion [...]“ (Qaddafi am 22.9.1969)

„Unser Sozialismus bedeutet, daß wir alle an der Produktion und der Arbeit teilhaben, genauso wie an seiner gerechten und gleichen Verteilung; unser Sozialismus ist der Sozialismus des Islam, er ist der Sozialismus der rechtgläubigen Religion, er ist der Sozialismus, der aus dem Erbe dieses Volkes, seiner Glaubenssätze und den Anfängen seiner großartigen Geschichte entspringt [...]“ (Qaddafi am 7.9.1969)

Zugleich gab Qaddafi immer wieder konkrete Hinweise, was der einzelne Bürger unter Sozialismus zu verstehen habe:

„Wir wissen, daß Sozialismus (soziale) Gerechtigkeit bedeutet. Warum entlohnen wir den Aktiven für seine Pflichterfüllung? Weil dies Sozialismus ist. Warum sagen wir, es ist verboten, daß der Arbeiter weniger als 100 Qirsh pro Tag erhält? Weil dies Sozialismus ist. Warum sagen wir, die existierenden Banken in der Republik müssen libysch werden und nicht italienisch oder britisch bleiben? Weil dies Sozialismus ist. Warum sagen wir, der Arbeiter bekommt einen Familienzuschuß wie der Beamte? Weil dies Sozialismus ist. Warum sagen wir: dies ist eine Notwendigkeit, erklären dies und führen es aus? Weil dies Sozialismus ist.“ (Qaddafi am 27.8.1971 in Bani Walid)

„Damit wir die soziale Freiheit verwirklichen können, ist es notwendig, den Sozialismus zu verkünden in seiner arabisch-islamischen Ausprägung: er schützt das Privateigentum, respektiert es und bekämpft es nur auf legalem Weg, wenn es das öffentliche Wohl erfordert; es ist notwendig, dem öffentlichen Sektor die Aufgabe des Wachstums und der Realisierung der Wohlfahrt zu übertragen und feste Verhältnisse auf der Basis des Sozialismus aufzubauen, zusammen mit dem privaten Sektor, der seine Rolle in der Gesellschaft des Sozialismus zu übernehmen hat [...]“. Deshalb wurde eine Gesetzgebung, wurden Gesetze und Dekrete geschaffen, die das Gesicht der (alten) konservativen Gesellschaft ändern.“ (Qaddafi am 4.9.1970 in Banghazi)

⁴³ Arab. malamih al-nazariya al-thalitha; diese wurden am 12.9.1972 erstmals auf einer Veranstaltung vorgelegt, die das Generalsekretariat der ASU am Institut Nasr al-Din al-Qammi/Tripolis veranstaltete.

Einheit (al-wahda)

Das Ideal der Verwirklichung politischer Einheit hat für Qaddafi zwei Komponenten: die der nationalen und die der arabischen Einheit. Die nationale Einheit wird von ihm als notwendige Bedingung und als Vorstufe zur arabischen Einheit angesehen und dementsprechend die nationalen Revolutionen in Ägypten am 23.7.1952, in Algerien am 1.11.1954, im Sudan am 25.5.1969 und in Libyen am 1.9.1969 als erster Schritt zur Konsolidierung der nationalen Einheit und den Aufbau der arabischen Einheit gewertet. In den Worten Qaddafis:

„Freie Bürger, dieses Volk setzt den Aufbau und den Schutz der Freiheit fort, dieses Volk fährt heute mit ganzer Kraft und mit tiefem Glauben fort in der Realisierung der Leitmotive der Septemberrevolution; es macht die Parole der umfassenden arabischen Einheit zur Pflicht, mit der Überzeugung, daß die arabische Einheit eine lebenswichtige und endgültige Notwendigkeit ist. Ohne sie werden die Errungenschaften des Volkes an jedem Ort der Zerstörung ausgesetzt, ohne sie würde die arabische Heimat der Verheerung preisgegeben: weil die umfassende arabische Einheit fehlte, ging Palästina verloren, konnte der Kolonialismus seine Füße hierhin und dorthin setzen. Deshalb stellt die Septemberrevolution mit ganzer Kraft das Leitmotiv der arabischen Einheit zur Diskussion und trifft sich mit den arabischen Völkern zum Meinungsaustausch.“ (Qaddafi am 1.9.1970, in Tripolis)

Die beiden Komponenten der Einheit erfordern zu ihrer Umsetzung nach Auffassung des RKR unterschiedliche Strategien. Im *nationalen* Rahmen dient dazu die Fortsetzung des seit 1952 bestehenden Verbots der politischen Parteien, weil diese sich in der Geschichte Libyens so oft als spalterisches Element erwiesen haben. Ziel ist vielmehr die Etablierung einer „Volksorganisation“ (ab 1971 in Form der Arabischen Sozialistischen Union umgesetzt), d.h. einer Organisation, in der alle repräsentativen Volkskräfte bzw. gesellschaftlichen Gruppen vereint sind: Arbeiter, Bauern, Soldaten, Intellektuelle, nichtausbeuterische Unternehmer. Der Interpretation der nationalen Einheit als Synonym für „Geschlossenheit“ steht die arabische Einheit als Ausdruck für das Ziel der Etablierung eines supranationalen, panarabischen Staatsgebietes zur Seite, wie es zu den Anfangszeiten des Islam im 1. Jahrhundert nach der Hijra existierte. Gerechtfertigt und untermauert wird die Forderung nach einem solchen Großstaat von Qaddafi mit dem geschichtlichen Beispiel der Schwäche der einzelnen arabischen Staaten gegenüber Kolonialismus und Imperialismus, besonders seit dem 19. Jahrhundert.

„Die arabische Nation gelangt ohne Einheit zu keiner Größe. Die arabische Nation hat ohne Einheit keine Stärke. Ohne Einheit gibt es keine Würde für die arabischen Länder und keine Möglichkeit für irgendein arabisches Land, den Zustand der Rückständigkeit abzuschütteln, der ihm durch lange dunkle Jahrhunderte aufgezwungen wurde, als keine Einheit bestand. Ohne Einheit gibt es keinen Sieg im Kampf. Die Einheit ist für die arabische Würde und Unverletzlichkeit unerlässlich...“ (Qaddafi am 9.12.1970)

Nur die fehlende Einheit sei daran schuld gewesen, daß z.B. Frankreich in Algerien, Marokko und Tunesien, Großbritannien in Ägypten und Irak und Italien in Libyen Fuß fassen konnte und es 1948 zur Gründung des „zionistischen Staates“ (=Israel)⁴⁴ kommen konnte. Gerade die Befreiung Palästinas werde deshalb zum Prüfstein für die arabische Einheit und diese gelte so lange als unrealisierbar wie Palästina nicht befreit sei. Qaddafi schrieb die Ursachen für das Scheitern der bisherigen Bemühungen, zu einer wenigstens ansatzweisen Verwirklichung der arabischen Einheit zu kommen, nicht ausschließlich der Existenz Israels und dessen Politik zu, sondern durchaus realistisch auch den innerarabischen unterschiedlichen politischen Auffassungen und den graduellen Unterschieden in der sozioökonomischen Entwicklung (so Qaddafi beispielhaft am 6.11.1969).

⁴⁴ In den libyschen Medien wird prinzipiell nicht von Israel gesprochen, sondern stets von der „zionistischen Existenz“ bzw. analog vom zionistischen Feind oder von der zionistischen Besetzung Palästinas.

3. Die ideologische Grundlage der Septemberrevolution

Die mit der Septemberrevolution in Libyen zur Anwendung gekommenen politischen Zielvorstellungen: Freiheit, Sozialismus, Einheit waren für die militärischen Führer der Revolution erster Ausdruck des in Zukunft zu steuernden Kurses, wobei es der Revolutionsratsvorsitzende Qaddafi als seine Aufgabe ansah, diese drei Ideale in eine umfassende Theorie bzw. ein umfassendes ideologisches Konzept einzufügen. Diese Theorie, wenn auch stark von den politischen Vorstellungen Qaddafis als Führer der Revolution geprägt, war keine am Schreibtisch entwickelte abstrakte Theorie,⁴⁵ sondern ihrem Inhalt nach eine quasi durch kollektive Entscheidungen entstandene, d.h. an den Realitäten der innenpolitischen Entwicklung und der politischen Aktionen gegenüber den arabischen Staaten, den USA und der UdSSR, den gesellschaftlichen Gruppen, den Erfordernissen der sozioökonomischen Transformation usw. ausgerichtete pragmatische Theorie, die durch „metaphysische, dialektische und intellektuelle Aspekte“ erweitert wurde, um ihr über den realen Bezug hinaus auch allgemeine, d.h. universale Gültigkeit zu verleihen. Von daher erklärt sich die Bezeichnung *Dritte Universale Theorie* (DUT; al-nazariya al-‘alamiya al-thalitha), teilweise auch *Third International Theory* genannt.⁴⁶

Die DUT ist darüber hinaus keine definitiv formulierte Theorie mit festgelegtem Text; die Bezeichnung wird vielmehr in erster Linie für einen (von Qaddafi am 16.9.1972 in Tripolis auf einer von der ASU organisierten Kulturveranstaltung) gehaltenen Vortrag über die „Grundzüge der Dritten Theorie“ angewandt, der als komprimierteste Darstellung der allgemeinen politischen Vorstellungen Qaddafis jener Zeit gilt.

Auf einem von der ASU abgehaltenen „intellektuellen Seminar“ am 26.10.1972 (Theater al-Kashshaf/Tripolis), gedacht als ein Treffen zwischen „dem Volk und seinen Führern“, fand zum Thema „Dritte Theorie“ ein Dialog statt, an dem Oberst Qaddafi, Bashir Hawadi (Generalsekretär der ASU), Major Jallud (Ministerpräsident), Oberstleutnant Yunis Jabir (Chef des Generalstabs), Ibrahim al-Ghawil, Ibrahim al-Bishari, Dr. Umar al-Shibani (Direktor der libyschen Universität) und einige Intellektuelle teilnahmen. Auf diesem Treffen, dessen Diskusstext ebenfalls als Kommentar und Vorläufer zur DUT offiziell verbreitet wird, wurden einige Punkte der „Grundzüge der Dritten Theorie“ korrigiert, ergänzt und detaillierter ausgeführt, so z.B. die Frage nach der Bildung der arabischen Persönlichkeit, dem kommunistischen System, dem philosophischen Aspekt der Theorie und der Bedeutung des Koran für die Theorie. Die philosophischen Aspekte und der Anspruch der Theorie auf universale Gültigkeit waren schließlich Hauptinhalte einer Rede Qaddafis am 14.5.1973 in Tripolis aus Anlaß der Tagung der *European Arab Youth Conference*.

Wichtiger als die teilweise langatmigen Ausführungen Qaddafis zu den einzelnen Aspekten der DUT (vgl. Mattes 1982: 193-230; Badry 1986: 117f.) wurden die seit Januar 1976 sukzessiv erscheinenden drei Teilbände des von Qaddafi verfaßten *Grünen Buches* (al-kitab al-akhdar):⁴⁷

⁴⁵ Eine Broschüre des libyschen Informationsministeriums betonte: „From the beginning, it should be said that the Third International Theory is not a theory in the literal sense of the word, not are its dimensions yet shaped in the Libyan Arab Republik to enable it to answer Man’s day-to-day questions.“ LAR, Ministry of Information. *The Third International Theory, The Divine Concept of Islam and the Popular Revolution in Libya*. Gen. Administration for Information, Tripolis. Mai 1973: 10.

⁴⁶ Die Bezeichnung „Dritte Theorie“ erfolgt analog zu „Dritte Welt“, d.h. 1. Theorie: die kapitalistische Theorie, 2. Theorie: die kommunistische Theorie; bzw. erste Welt: kapitalistische Länder, zweite Welt: kommunistische Länder. Aus dieser Analogie zieht Qaddafi den Schluß: Die Dritte Welt braucht die Dritte Theorie: „Der Dritten Welt fehlt eine Theorie, eine Doktrin, die sie leitet, bis sie nicht mehr zerrissen wird durch die Theorie des Ostens und die Theorie des Westens; und um dieses Sachverhaltes willen sagen wir, daß der Islam (als Teil der DUT, d.V.) die richtige Theorie ist.“ (Qaddafi: al-nazariya al-thalitha, Tripolis: ASU 1972: 95)

⁴⁷ Vgl. die vom *Internationalen Studien- und Forschungszentrum des Grünen Buches* herausgegebene deutsche Übersetzung: Muammar Al Qaddafi: *Das Grüne Buch*. Tripolis; 1985, S. 142.

- Teil I (erstmalig vorgestellt Mai 1975; veröffentlicht Januar 1976): Die Lösung des Problems der Demokratie: Die Volksherrschaft
[Umfang: 40 DIN A-6-Seiten; Die „politische Basis der DUT“ umfaßt vier Abschnitte: Das Regierungsinstrument (mit Abschnitten zu Vertretungskörperschaften, Partei, Klasse, Volksabstimmung); Volkskonferenzen und Volkskomitees; Gesetzgebung der Gesellschaft; Presse]
- Teil II (veröffentlicht November 1977): Die Lösung des ökonomischen Problems: Der Sozialismus
[Umfang: 30 DIN A-6-Seiten; die „ökonomische Basis der DUT“ behandelt nach allgemeinen Ausführungen die Aspekte Bedürfnis (Wohnen, Einkommen, Transport, Boden), Lohnarbeit, sozialistische Gesellschaft und Hausdiener/Sklaven/ Lohnarbeiter]
- Teil III (veröffentlicht Juni 1979): Die soziale Basis der DUT
[Umfang: 50 DIN A-6-Seiten; die „soziale Basis der DUT“ umfaßt in drei Kategorien die Abschnitte Familie, Stamm, Nation; Frau, Minderheiten, Schwarze; Musik und Künste sowie Sport, Reiten und Veranstaltungen]

Das *Grüne Buch* ist eine auf den politischen, ökonomischen und sozialen Bereich konzentrierte Darstellung der DUT in komprimierter Form und neuer Formulierung mit dem Charakter einer *Handlungsanleitung*, die es ermöglicht, die dargebotenen theoretischen Ausführungen direkt in die politische Aktion umzusetzen.

Eine Handlungsanleitung ist es jedoch nicht in dem Sinne, daß bestimmte durchzuführende Aktionen oder Gesetzesinitiativen explizit erwähnt oder gar detailliert vorgezeichnet werden; eine Ausnahme davon bildet lediglich Teil I, wo beschrieben wird, wie das neue revolutionäre Herrschaftssystem der *Volksherrschaft* (sultat al-sha‘b) konzipiert ist.

Trotz einer inhaltlichen Identität von DUT und Grünem Buch ist zwischen beiden Werken zu differenzieren. So stellt zwar Teil I des Grünen Buches den „politischen Pfeiler der DUT“, Teil II den „ökonomischen Pfeiler der DUT“, und Teil III den „sozialen Pfeiler der DUT“ dar, wodurch das Grüne Buch in der Tat als akzentuierte Kurzfassung der DUT erscheint, doch sind Differenzen hinsichtlich der politischen Bedeutung zu beobachten. Die DUT ist aus der praktischen Politik des RKR mit historischen Wurzeln in der nasseristischen *Philosophie der Revolution* und der *Charta der nationalen Aktion* entstanden. Die DUT war folglich anfangs keine fertig ausformulierte Theorie, sondern entwickelte sich sukzessiv, was sich am deutlichsten beim politischen und ökonomischen Aspekt verfolgen läßt, wo in Form einer inhaltlichen Weiterentwicklung der DUT eine zunehmende Loslösung vom Erbe Nassers zu beobachten war. Diesen Prozeß der politischen Profilierung Qaddafis arbeitete Fu‘ad Matar⁴⁸ in seiner Studie *Die zweite Revolution in Libyen* heraus. Insbesondere zeigt er auf, daß das Grüne Buch trotz der zitierten historischen Wurzeln weder mit Nassers *Philosophie der Revolution* noch mit der Charta gleichgesetzt werden kann, genauso wie ein bei verschiedenen Anlässen gezogener Vergleich mit Mao Tse Tungs *Rotem Buch* nur aus einer Unkenntnis des Grünen Buches resultieren kann.

Zwar behandelt auch Nassers *Charta der nationalen Aktion* das „Problem der Demokratie“, doch bleibt Nasser mit seinem revolutionären Konzept noch innerhalb des traditionellen parlamentarischen Rahmens, da er die Verfassungsinstitutionen, wie z.B. die Volksversammlung, respektiert und beibehält. Das Grüne Buch dagegen, geschaffen für die speziellen Bedürfnisse der innenpolitischen Entwicklung nach dem 1975 eingestandenen Scheitern der Einheitspartei ASU, verwirft die traditionellen parlamentarischen Institutionen in „definitiver und endgültiger“ Weise. Das Grüne Buch geht also weit über Nassers Reformkonzept des parlamentarischen Systems hinaus und ersetzt es durch die Volkskonferenzen und die ihnen direkt verantwortlichen Volkskomitees.

⁴⁸ Fu‘ad Matar: *al-thawra al-thaniya fi Libiya*. Beirut: Dar al-Qadaya 1976, 140 S.

Die in Libyen gehandhabte Kombination von DUT als allgemeiner Theorie der Septemberrevolution und Grünem Buch als Handlungsanleitung für die Volksrevolution führte zu einem ausschließlichen öffentlichen Rückgriff auf das Grüne Buch, der sich auch äußerlich manifestiert. Die Tagesnachrichten in Radio und Fernsehen werden mit Passagen des Grünen Buches eingeleitet und Zitate aus dem Grünen Buch hängen an jedem Ort als Poster oder Leuchtreklame. Das Zitat „Keine Demokratie ohne Volkskonferenzen (la dimuqratiya biduni mu'tamarat sha'biya) dient sowohl Zeitungen als auch offiziellen Schreiben als Briefkopf.⁴⁹

Der Messianismus, der sui generis der DUT immanent ist, hat sich zwangsläufig auch auf die libyschen Außen- und Kulturpolitik ausgewirkt. Der von Qaddafi propagierten Stärkung der neuen nationalen Identität liefen Maßnahmen zur weltweiten Verbreitung der DUT bzw. ab 1976 des Grünen Buches parallel, deren Ziel es war, andere Staaten und Völker zur Übernahme des Qaddafischen Gedankenguts zu bewegen, das als „Konzept zur endgültigen Lösung (al-hall al-niha'i) aller gesellschaftlichen Probleme der Menschheit“ gepriesen wurde.

Träger der seit 1973 betriebenen Informationspolitik zur DUT waren neben dem zuständigen Ministerium für Information und Kultur die 1971 gegründete Arabische Sozialistische Union, insbesondere das von Ahmad al-Shahhati geleitete *Sekretariat für arabische Angelegenheiten und auswärtige Beziehungen* und das von Jum'a al-Fazzani geleitete *Sekretariat für Theorie und Kultur* innerhalb des Generalsekretariats der ASU. Nach der Veröffentlichung des dritten und letzten Teils des Grünen Buches 1979 trat der ideologische Führungsanspruch Qaddafis politisch noch stärker in den Vordergrund, was insbesondere in der Gründung des *Weltzentrums zum Studium des Grünen Buches* (Dekret Nr. 1485 vom 9.12.1981 des Allgemeinen Volkskomitees) zum Ausdruck kam. Dieses neue Zentrum mit Sitz in Tripolis monopolisiert seither alle ideologisch ausgerichtete Informationstätigkeit und wurde zur zentralen Trägerinstitution für die Ideologiediffusion im In- und Ausland. Hauptaufgabe ist neben der Gründung von Zweigstellen (u.a. in Accra/Ghana; Neu Delhi) und der Organisation von Regional- und Weltkonferenzen (zuletzt 4. Weltsymposium zum Grünen Buch in Tripolis 29.11.-2.12.1999) die Übersetzung und weltweite Verbreitung des Grünen Buches (bislang Übersetzung in rund 50 Sprachen, zuletzt Übersetzung in mehrere zentralasiatische und weitere schwarzafrikanische Sprachen).

4. Die Phasen der Revolution und die Herausbildung des politischen Systems der Jamahiriya

Der Sturz der Sanusimonarchie am 1.9.1969 durch den RKR unter Führung von Mu'ammad al-Qaddafi leitete eine bis heute anhaltende Phase institutionellen Wandels ein, die allerdings mehrere Grundkonstanten aufweist. Zu diesen Konstanten zählen:

1. die revolutionäre Legitimität der Revolutionsführung (d.h. die Revolutionsführung ist nicht gewählt und nicht abwählbar);
2. die Ablehnung von Parteien (mit Ausnahme der panarabisch ausgerichteten Einheitspartei Arabische Sozialistische Union als „Allianz der Volkskräfte“ in der Periode von Juni 1971 bis Dezember 1975) und Parteienpluralismus;
3. die Ablehnung von Wahlen im klassischen Sinne; stattdessen die Befürwortung eines Auswahlprinzips von Vertretern (mit imperativem Mandat) per Abstimmung (arab. tas'id) in den direktdemokratischen Partizipationsstrukturen der „Volksmassen“ (arab. jamahir), dem Schlüsselbegriff der politischen Ideologie Qaddafis.

⁴⁹ Diese öffentliche Publizierung und „Vermarktung“ des Grünen Buches führte anfänglich im Ausland zu Fehlinterpretationen seines politischen Stellenwertes in Libyen. Das Grüne Buch ist weder wie einige meinten, die neue Verfassung Libyens, noch ersetzt es das libysche Recht.

Die institutionelle Entwicklung des Revolutionsregimes läßt sich folglich in zwei Hauptphasen untergliedern: eine erste Phase, in der die am 11.12.1969 vom RKR verabschiedete provisorische Verfassungsproklamation gültig war, und eine am 2.3.1977 mit der *Proklamation der Volksherrschaft* einsetzende zweite Hauptphase, in der die seit 1975 sukzessive aufgebauten direktdemokratischen Institutionen (legislative Volkskonferenzen; Entsendung von Vertretern in die Allgemeine Volkskonferenz auf nationaler Ebene; lokale exekutive Volkskomitees bzw. ein Allgemeines Volkskomitee auf nationaler Ebene) quasi konstitutionell verankert wurden. Damit ging die Umbenennung der *Libyschen Arabischen Republik* in *Sozialistische Libysche Arabische Volksjamahiriya* (Jamahiriya = Staat der Volksmassen) einher.

4.1. Die politisch- institutionelle Entwicklung 1969-1977

Die politisch-institutionelle Entwicklung Libyens bewegte sich zunächst trotz des angekündigten revolutionären Transformationsprozesses in herkömmlichen konstitutionellen Bahnen, schuf doch der RKR am 11.12.1969 mit der Verabschiedung der provisorischen Verfassung eine am ägyptischen Verfassungsmodell (Büren 1972) orientierte neue konstitutionelle Grundlage, die in 32 Artikeln die „Staatskonzeption“ (Kapitel I) und das „System der Regierung“ (Kapitel II) definierte (Funk 1971; Bryde 1970). War der Text hinsichtlich der Kompetenzen des RKR als höchste Machtinstanz klar⁵⁰ und auch die Funktionen des in Art. 19 vom RKR eingesetzten Ministerrates⁵¹ definiert, sagte die Verfassungserklärung wenig darüber aus, wie die Bevölkerung in den politischen Entscheidungsprozeß einbezogen werden sollte. Gemessen am Anspruch der Proklamation vom 1. September konnte das Handeln des RKR „in Vertretung des Volkes“ tatsächlich nur provisorisch sein und zwar solange, bis eine definitive Regelung gefunden war. Der RKR war hierbei anfangs durchaus offen, doch bedingte der gescheiterte Putschversuch mehrerer höherer Offiziere – darunter Verteidigungsminister Hawaz – am 7.12.1969 bereits eine Verstärkung des Kontrollreflexes, der sich parallel zur Verfassungsproklamation in der Verabschiedung eines (bis heute gültigen) Gesetzes zum Schutz der Revolution (qarar li-himayat al-thawra) manifestierte. Letzteres definierte diejenigen Aktivitäten,⁵² die vom RKR als nicht tolerierbar bzw. als konterrevolutionär eingestuft wurden.

Dokument : Gesetz zum Schutz der Revolution vom 11.12.1969

Quelle: Ansell/Arif 1972: 113 (eigene Übersetzung)

Art. 1: Jeder, der mit Waffengewalt gegen das republikanische System der Septemberrevolution vorgeht oder bewaffnete Gruppen zu diesem Zweck bildet, wird zum Tode verurteilt.

Art. 2: Jeder, der einen Akt der Aggression gegen das republikanische System begeht, wird mit Gefängnis bestraft. Als aggressiver Akt gilt:

1. öffentliche Propaganda gegen das bestehende Regierungssystem;
2. Aktionen zur Spaltung der Einheit des Volkes;
3. Verbreitung von Gerüchten und Unwahrheiten über die politische und wirtschaftliche Situation Libyens und

⁵⁰ Laut Art. 18 übt der RKR „die oberste Souveränität aus, erläßt Gesetze und legt die allgemeine Politik des Staates in Vertretung des Volkes fest. Er kann in dieser Eigenschaft alle Maßnahmen ergreifen, die er zum Schutz der Revolution und der sich auf sie gründenden Ordnung für notwendig erachtet.“

⁵¹ Laut Verfassungstext führt der Ministerrat „die allgemeine Politik des Staates in Übereinstimmung mit den Richtlinien des RKR aus. Er ist für seine Handlungen dem RKR verantwortlich“; gemäß Art. 20 studiert und bereitet der Ministerrat alle Gesetzesvorlagen in Übereinstimmung mit der vom RKR vorgezeichneten Politik.

⁵² Die unpräzise Wortwahl in Artikel 2 ließ dabei dem RKR genügend Interpretationsspielraum für ein Eingreifen.

4. Teilnahme an Demonstrationen und Streiks, die gegen das Regierungssystem gerichtet sind.

Art. 3: Die in diesem Gesetz beschriebenen Straftaten werden an das Volksgericht, das durch Dekret des RKR gebildet wird, oder an jedes andere durch den RKR näher bestimmte Gericht überwiesen. Der Generalstaatsanwalt kann an diese Gerichte auch andere Straftaten überweisen. Der Generalstaatsanwalt muß sich bei der Untersuchung dieser Straftaten und ihrer Überweisung nicht an die im Strafgesetz vorgeschriebenen Verfahren und Auflagen halten. Die von diesen Gerichten erlassenen Dekrete (Urteile, d.V.) unterliegen der Bestätigung durch den RKR, der das Recht zur Annullierung der Entscheidung hat, die Strafe mindern oder die Anklage an ein anderes Gericht überweisen kann.

Der Kontrollreflex war auch dafür verantwortlich, daß Qaddafi in Personalunion zu seiner Eigenschaft als Vorsitzender des RKR am 16.1.1970 bei der Neubildung des Ministerrates nach dem gescheiterten Experiment mit Dr. Mahmud Sulaiman al-Maghribi als ziviler Ministerpräsident (7.9.-7.12.1969)⁵³ den Vorsitz im Ministerrat und das Verteidigungsministerium selbst übernahm und die wichtigsten Ministerposten (Inneres; Erziehung und nationale Führung; Wirtschaft/Industrie; Lokalverwaltung) diesmal mit Mitgliedern des RKR besetzt wurden.

Innerhalb dieser sicherheitsrelevanten Koordinaten, ergänzt durch die in diversen Reden Qaddafis zum Ausdruck gebrachte Ablehnung „spalterischer Parteienpolitik“, fanden in Tripolis zwischen dem 6.5 und 17.5.1970 insgesamt neun vom Rundfunk übertragene *Revolutionäre intellektuelle Seminare* statt, denen es oblag, sowohl die institutionelle Form politischer Mitbestimmung als auch die „gesellschaftlichen Kategorien“, die in den Mitbestimmungsprozeß einbezogen werden sollten, zu definieren.⁵⁴ Dieser vom RKR initiierte und in Form der Seminare institutionalisierte Dialog zur „Erforschung der Volksmeinung“ wurde indes von vielen Gruppen kritisiert: Von solchen, die von der Teilnahme an den Seminaren ausgeschlossen waren wie Ba‘thisten oder Gewerkschafter, aber auch solchen, die teilnahmen (wie Studenten, Intellektuellen, Journalisten), denen die Diskussionen zu kanalisiert und die angestrebte Zielrichtung von vornherein zu festgelegt schienen.

Die Opposition entsprang mehreren, gruppenspezifisch leicht voneinander divergierenden Standpunkten, war sich jedoch in dem Hauptpunkt der Kritik einig, nämlich der Zurückweisung der Intention des RKR, die traditionellen Mittler zwischen dem Volk und seinen Führern durch neue Partizipationsmechanismen zu umgehen.

Die Ablehnung herkömmlicher Parteien, Gewerkschaften (niqabat) und sonstiger Organisationen (einschließlich der sozialen Institution des Stammes), vom RKR als eine der Maßnahmen zur Überwindung der „ungerechten Ordnung“, wie sie vor der Septemberrevolution bestand, angesehen, wurde mit der historisch belegten Gefährlichkeit solcher Gruppierungen für die Revolution begründet, da von ihnen Spaltungstendenzen ausgingen, die die Einheit Libyens gefährden würden und ihre Gruppeninteressen nicht die Gesamtwohlfahrt Libyens zum Ziel hätten.

⁵³ Im technokratischen Kabinett al-Maghribi, einem verdienten Nationalistenführer (Details Cooley 1982: 17f.), waren keine Mitglieder des RKR vertreten; von den insgesamt acht Ministern waren zwei Offiziere (Verteidigungsminister Oberst Adam al-Hawaz; Innenminister Musa Ahmad), die durch ihre Unterstützung des Bundes der freien unionistischen Offiziere das Vertrauen des RKR hatten. Gerade diese beiden Offiziere waren jedoch die Anführer einer 25 Offiziere umfassenden Verschwörung, deren Hintergründe bis heute nicht ganz geklärt sind und die dank amerikanischer Hinweise aufgedeckt worden sein soll (First 1974: 108; zur These von „Qaddafi’s Western Protectors“ Cooley 1982: 80-100).

⁵⁴ Die Gesprächsabfolgen dieser höchst interessanten Diskussionsrunden sind ausführlich dokumentiert in: Ansell/Arif 1972: 252-300; vgl. auch den Kommentar bei First 1974: 124-129; Teilnehmer der Diskussionsrunden waren neben Qaddafi weitere Mitglieder des RKR, Offiziere, diverse Minister, der Mufti, der Rektor der Libyschen Universität, Frauenvertreterinnen, Intellektuelle, Studenten, Arbeiter, Bauern. Einige Personen sind heute noch aktiv (Jum’a al-Fazzani; Ali Mustafa al-Misrati; Abu Zaid Durda; Ibrahim al-Ghuwail, z.Z. libyscher Verteidiger im Lockerbieprozeß).

Deshalb lautete der Wahlspruch des RKR von Beginn der Revolution an „man tahazzaba khana“ (Wer eine Partei bildet oder wer sich einer Partei anschließt, verrät die Revolution.).

Ergebnis der *Revolutionären intellektuellen Seminare* war die Übereinstimmung der Teilnehmer, daß sich die „aktiven Volkskräfte“ in zwei Teile aufgliedern: In solche, die ein Interesse an der Revolution haben, also Arbeiter, Bauern, revolutionäre Intellektuelle, nicht ausbeutende Kapitalisten und Soldaten, und in solche, die antirevolutionär eingestellt sind, d.h. residual alle diejenigen, die nicht unter die erste Gruppe fallen, speziell: Kapitalisten, Kooperateure mit dem Ausland, „faule und korrupte Personen“. Diesen „Schädlingen der Gesellschaft“, besondere Zielscheibe Qaddafis in seiner 1973 die Volksrevolution einleitenden Rede von Zuwara (s.u.), sollte jeglicher gesellschaftliche Einfluß durch die Verweigerung der Mitgliedschaft in der gründenden Volksorganisation entzogen werden. Die Volksorganisation war einzig den revolutionären Volkskräften vorbehalten. Nur dadurch könne Demokratie bzw. soziale Gerechtigkeit, die „Herrschaft des Volkes durch das Volk um des Volkes Willen“ garantiert werden.

Aus diesem Verständnis heraus, daß das Volk die einzige Quelle der Staatsautorität ist, wurde die Etablierung einer Volksorganisation mittels der gezielten politischen Organisation des Volkes zur definitiven Notwendigkeit. Diese Volksorganisation sollte das Instrument sein, um die revolutionäre Führung mit der gesellschaftlichen Basis zu verbinden und die aktiven Volkskräfte zu einigen. Die Volksorganisation war die Verkörperung der angestrebten Volksherrschaft, war der Rahmen in dem – auf den verschiedenen vorgesehenen Stufen der Volksorganisation, (Basiseinheit; Verwaltungsbezirk; Muhafaza- bzw. Gouvernoratsebene; nationale Ebene) – die Forderung der Volksmassen und ihre Bedürfnisse artikuliert werden sollten.⁵⁵

Dieser institutionelle Anlauf mündete unter dem Druck der panarabisch geprägten außenpolitischen Entwicklung (Treffen Qaddafis, Nassers und Numairis ab 25.12.1969 in Tripolis, Proklamation der *Charta von Tripolis* am 27.12.1969; 4.-8.11.1970 Treffen von Qaddafi, Sadat und Numairi; Einigung zur Bildung der Föderation Arabischer Republiken, begründet in Banghazi am 17.4.1971) in der Übernahme der von Nasser entwickelten Konzeption einer panarabisch ausgerichteten Einheitspartei, der *Arabischen Sozialistischen Union* (ASU; al-ittihad al-‘arabi al-ishtiraki), die sich als *Allianz der aktiven Volkskräfte*⁵⁶ verstand und die Strukturen der inzwischen aufgebauten (namenlosen) „Volksorganisation“ absorbierte.

Gemäß Statut der am 11.6.1971⁵⁷ offiziell konstituierten ASU waren die Organisationsstrukturen zur Mitbestimmung für alle Libyer/Libyerinnen über 18 Jahre offen; die ASU verfügte über Parteizellen in gesetzlich festgelegten geographischen Einheiten und Unternehmen und war, dem Aufbau der Lokalverwaltung folgend, hierarchisch strukturiert, wobei das höchste Organ unterhalb der von Qaddafi selbst wahrgenommenen ASU-Präsidentschaft ein Generalsekretariat (Generalsekretär war das RKR-Mitglied Bashir al-Hawadi) war, das laut Statut vom Nationalkongress der ASU (1. Tagung 28.3.-8.4.1972; 2. Tagung 4.-9.11.1974) zu wählen war (Mattes 1982:107-175; Bleuchot/Monastiri 1978: 152-154).

Die mit der ASU verknüpften Hoffnungen auf eine stärkere Partizipation der Bevölkerung an politischen Entscheidungen und ihre Mobilisierung zur Durchführung der „Entwicklungsrevolution“ vor allem in den Sektoren Landwirtschaft, Bildung, Gesundheitswesen, wie sie Qad-

⁵⁵ Diese im Sommer 1970 anlaufende Organisation der aktiven Volkskräfte in Form der Institution „Volksorganisation“ ist beschrieben bei Abd al-Hafiz al-Mayyar: al-nizam al-sha‘bi fil-jumhuriya al-‘arabiya al-libiya. Tripolis: Dar maktabat al-fikr 1971, 180 S.

⁵⁶ Die Definition der Allianzkräfte gab Qaddafi in seinen Reden zwischen dem 21.8. und 28.8.1971. Vgl. Thawrat al-sha‘b al-‘arabi al-libi 1972 Teil 1, S. 264-274.

⁵⁷ Dieser Tag war bewußt gewählt worden; es war der erste Jahrestag der Räumung von Wheelus Airbase. 1988 erfolgte aus diesem Anlaß die Verabschiedung der Großen Grünen Menschenrechtsdeklaration. Weitere (Feier-)Tage mit Bedeutung und entsprechenden Veranstaltungen sind abgesehen vom 1. September der 28. März (1970 Räumung der britischen Basen), der 2. März (1977 Proklamation der Volksherrschaft, 1979 Proklamation der Trennung von Revolution und Herrschaft, 1988 Freilassung politischer Gefangener), der 7. April (1976 Studentenrevolution), der 15. April (1973 Rede von Zuwara), der 23. Juli (Erinnerung an die ägyptische Revolution von 1952), der 7. Oktober (1970 Ausweisung der „letzten italienischen Faschisten“).

dafi mehrfach formulierte⁵⁸, hatten sich jedoch trotz einer Verwaltungsreform im Mai 1972⁵⁹ nicht erfüllt, weil sich *erstens* die ASU schnell zu einer Parallelbürokratie neben den regulären Verwaltungsinstitutionen entwickelte, und *zweitens* die zur Mobilisierung aufgeforderten sozialen und gesellschaftlichen Gruppen (Vertreter der Mittelschicht, Intellektuelle bzw. Funktionäre, Kader, Händler usw.) sich einer aktiven Mitarbeit enthielten, ja im Gegenteil der bislang vom RKR praktizierten autoritären innen- und außenpolitischen Entscheidungsfindung zunehmend kritisch gegenüberstanden.

Diese sich 1972/73 manifestierenden Spannungen führten zu politisch-administrativen Eingriffen des RKR, die de facto die innenpolitische Situation verschärften, weil sich gegen die von Qaddafi militant betriebene Ideologisierung der politischen Aktion entsprechend der seit 1972 ausformulierten Dritten Theorie zunehmend Widerstand formierte, der selbst innerhalb des RKR Unterstützer fand und in den (gescheiterten) Staatsstreich von RKR-Mitglied Umar al-Muhaishi am 5.8.1975 mündete.

Eine Folge dieser eskalierenden Entwicklung war das Ausscheiden Qaddafis aus dem Amt des Ministerpräsidenten am 10.7.1972 (neuer Ministerpräsident wurde bis 2.3.1977 der Stellvertreter Qaddafis, Abd al-Salam Jallud, bereits seit Januar 1970 Vizeministerpräsident), um sich verstärkt außerhalb der administrativen Alltagsgeschäfte der Ausgestaltung des zukünftigen Kurses widmen zu können. Dieser nahm mit der programmatischen Rede Qaddafis vom 15.4.1973, gehalten in der westlibyschen Stadt Zuwara, eine neue und das politische System bis heute bestimmende Neuausrichtung an. Ausgangspunkt der Rede war eine Bilanz der innenpolitischen Lage. Qaddafi im Wortlaut:

„Die Revision der Blickrichtung in den nationalen Angelegenheiten ist das nächste Thema, über das ich reden möchte.

Wenn ihr die arabische Einheit, Freiheit und Sozialismus wollt, wenn ihr Frieden wollt und positiven Neutralismus, dann ist es notwendig, daß ihr selbst eure Einstellung im Innern ändert; wenn ihr 20.000 Häuser wollt, die Umwandlung der Sahara in landwirtschaftliche Nutzfläche, Selbstversorgung bei Nahrungsmitteln, wenn ihr Hunderte von Schulen für eure Kinder bauen wollt, Krankenhäuser und Straßen bauen wollt, wenn ihr euch daran anschließend selbst schützen wollt und moderne bewaffnete Streitkräfte zum Schutz dieser Errungenschaften wollt, dann erfordert all dies eine ernsthafte Neuorientierung im Innern. Ich habe dazu Vorschläge, aber ich bin nicht verpflichtet sie anzuwenden und ich lasse euch die freie Wahl. Wenn ihr die Befreiung von Rückständigkeit, Armut, Unwissenheit (Ignoranz) und Krankheit wollt, dann erfordert dies von euch Neues bei den kommenden Angelegenheiten und die Einnahme einer klaren Haltung zu ihnen.

Ich sage euch, daß die revolutionären Errungenschaften, deren Verwirklichung wir wollen, bedroht sind, wenn ihr weiter so handelt wie bisher. Die bewaffneten Streitkräfte: ihr kauft Waffen und dann bittet ihr um die (zur Bedienung notwendigen) Ingenieure, Techniker und Mechaniker (aus dem Ausland), obwohl ihr Universitäten habt und Leute, die zumindestens einen oder zwei Basen unterhalten können. Wir haben keine Soldaten und dies trotz der Aufrufe, die wir veröffentlichten und all das warum? Weil wir die Wehrpflicht nicht einführen; vorgestern war ich in Ghadamis; der einzige Arzt, den ich dort vorfand, war ein palästinensischer Arzt, weil die libyschen (Ärzte) nicht in Ghadamis arbeiten wollten, weil Ghadamis angeblich „hinter dem Mond liegt“ und sie unfähig sind, dorthin zu gehen. Die Arbeiter im landwirtschaftlichen Projekt in Kufra sind aus Tunesien und Ägypten, weil die Bewohner dieses Landes nicht dort in der Landwirtschaft arbeiten wollen; sie wollen Regierungsfunktionen und kein einziger Bewohner der Region arbeitet im Projekt; in die fernen Regionen gehen nur die Palästinenser und Ägypter zur Arbeit; was die libyschen Ingenieure, Techniker und Lehrer betrifft, so weigern sie sich dorthin zu gehen.

Die Verbrechen nahmen nach der Revolution zu. Warum? Weil ich persönlich verbot, daß es nach der Revolution einen Polizisten gibt, der einen Revolver trägt, er trägt nur ein Notizbuch und einen Bleistift mit sich und erleichtert den Leuten ihre Aufgaben und unterstützt sie.

Die Diebstähle nehmen zu! All dies warum? Ich sagte bereits, daß dieses Volk, das vier Jahrhunderte unter Peitschenhieben und Schlägen lebte, nicht mehr unter diesen Bedingungen leben soll, sondern frei leben soll, ohne daß es Polizisten mit Stöcken und Revolvern gibt. Alle diese Sachen passieren im Namen der Freiheit, bis es (jetzt) chaotisch wurde.

⁵⁸ Vgl. z.B. Qaddafis Rede aus Anlaß des 28.3.1972 kurz vor der Tagung des ersten Nationalkongresses der ASU: „Nachdem wir 2 ½ Jahre (nach der Revolution) frei geworden sind, beginnen wir mit der Organisation des libyschen Volkes und wollen, daß es sich selbst durch sich selbst regiert. Und indem wir die ASU schufen, ließen wir das libysche Volk wählen, durch wen es in der ASU – von den Basiseinheiten, Bezirken, Gouvernoraten bis zur höchsten Ebene der Republik – vertreten sein will und der Sinn all dessen war unser Wunsch, daß sich das Volk selbst regiert; und wir – die Mitglieder des RKR oder die Offiziere oder die bewaffneten Streitkräfte, welche die Revolution durchführten – wir sind Söhne dieses Volkes und Individuen des libyschen Volkes; deshalb können wir nicht alleine regieren und es ist notwendig, daß das ganze libysche Volk eine Organisation bildet und an der Regierung des Landes partizipiert – unabhängig von Mu’ammār, dem RKR, den freien Offizieren, das einzige was interessiert ist, daß das libysche Volk fähig ist, sich selbst zu regieren und daß sein Weg in die Zukunft strahlend ist.“ (SQ 1971/1972).

⁵⁹ Das Lokalverwaltungsreformgesetz Nr. 130 vom 25.5.1972 reduzierte die Hierarchieebenen und schränkte Kompetenzen teilweise wieder ein, die 1970 im ersten Lokalverwaltungsgesetz gewährt worden waren. Details vgl. Bleuchot/Monastiri 1978: 155; Habib 1975: 315-328.

Dann gibt es noch eine andere Krankheit. Jeder will nach Amerika gehen und dort seine Studien fortsetzen. Wir ernennen ihn an einem Ort, wo wir ihn brauchen, aber er entzieht sich mit dem Argument, seine Studien in Amerika fortsetzen zu müssen. Gut. Wir boten diese Gelegenheit und nach Jahren, nachdem sie Amerikanerinnen geheiratet haben, kehren sie zurück. Sie wollen immer die Studien fortsetzen, meiden aber hier die Arbeit.

Ich sage euch, es gibt zwei Möglichkeiten: entweder wir beginnen mit etwas Neuem, oder wir beenden die ganze Sache (Revolution), rufen den immer noch lebenden König Idris und den Kronprinzen zurück und begnadigen ihn.

All diese genannten Punkte erfordern, daß wir unsere Methoden ändern und von Neuem beginnen, denn das (Landwirtschafts-)Projekt Tawargha'ü ist nicht das Projekt des Mu'ammar (al-Qaddafi), es ist euer Projekt, und wenn der Ingenieur nicht fühlt, daß es sein Projekt ist, und es nicht aufsucht, dann entspringt daraus kein Nutzen. Der Sinn dessen ist, daß die Revolution bedroht ist; und ich kann (will) keine Verantwortung übernehmen für eine Revolution, die durch Angelegenheiten bedroht ist, die außerhalb meiner Macht stehen. Entweder es gibt eine Revolution oder ihr verlaßt mich und ich lebe als Individuum wie ihr und ihr lebt wie ihr wollt und es gibt keine Revolution.

Alle zwei Monate überlege ich mir den Rücktritt und der Grund dafür sind diese Probleme.

Wenn ihr jedoch die Fortsetzung der Revolution wollt, und die Worte, die ich hier sage, richten sich an das ganze libysche Volk, wenn wir wollen, daß die Revolution fortschreitet, müssen wir von vorne beginnen.

Wie beginnen wir von Neuem?“ (eigene Übersetzung, in: Mattes 1982: 353-354)

Die im Anschluß daran von Qaddafi angekündigten Maßnahmen, die den Inhalt der kommenden Volksrevolution (thawra sha'biya) ausmachten, waren (Details Mattes 1982: 356-371):

1. Die Aufhebung aller Gesetze, die dem Geist der Revolution widersprechen (gemeint war damit die Revision/Neufassung der zahlreichen Gesetze, die noch aus der Zeit der italienischen Kolonialherrschaft bzw. der Sanusimonarchie stammten). Die Ausarbeitung neuer Gesetze sollte unter Aufsicht des am 10.9.1972 per Dekret gegründeten *Höchsten Rates für nationale Führung* (dem auch die ideologische Weiterbildung innerhalb der ASU zufiel) und unter Einbeziehung des bereits 1971 gegründeten *Obersten Komitees zur Revision der positiven Gesetzgebung* (s.u.) erfolgen.
2. Die „Säuberung des Landes von (politisch) Kranken“; hierzu Qaddafi im Wortlaut:

„Es ist notwendig, das Land von allen Kranken zu säubern; seit drei Jahren verhindere ich die Verhaftung jeder Person, die gegen das Volk eingestellt ist und versuchte mit allen Mitteln die kranken Leute zu beeinflussen und behandelte sie normal; ich verhinderte die Verhaftung der Leute, die gegen das Volk konspirierten, die den revolutionären Wandel sabotierten und die anderen revolutionären Angelegenheiten auf diese oder jene Weise Widerstand entgegengesetzten. Dazu zählten auch diejenigen, die sich zu Hause ausruhten und nicht zur Arbeit kamen oder diejenigen, die wir zu einem Projekt verpflichteten und die dies verweigerten, denn auch dies ist eine Art von Sabotage und eine Art von Widerstand gegen den revolutionären Wandel und Verrat am Volk.“

Ich glaube, daß die Freiheit für das libysche Volk notwendig ist, aber sie nicht den Feinden des Volkes eingeräumt werden darf. Nehmen wir 10 Personen; ist eine davon nicht mit den anderen einverstanden, so ist es unmöglich, dem einen seine Freiheit auf Kosten der anderen neun zuzugestehen. Es ist notwendig, daß den neun Personen Freiheit zuteil wird auf Kosten des einen; das ist die richtige Regel, dies ist die Scharia und es ist das Fundament der Demokratie, so wie es heute in der Welt anerkannt ist, daß nämlich die Minderheit dem Willen der Mehrheit untergeordnet ist; ich akzeptiere es nicht, daß einer von euch die Gedanken der Leute vergiftet; ich sage euch, jeden einzelnen, den wir über Kommunismus oder den Marxismus reden hören, wird ins Gefängnis geworfen. Ich werde den Befehl dazu an den Innenminister herausgeben, jede Gruppe von solchen kranken Leuten zu säubern. Findet sich ein Anhänger der Muslimbrüder oder der „Islamischen Befreiungspartei“, der geheime Aktivitäten ausübt, so wird er als Person betrachtet, die schädliche Aktionen gegen die Revolution verübt, die um des Volkes willen durchgeführt wurde, und wir werden ihn in das Gefängnis werfen. Jede Person, die das westliche Denken oder den Kapitalismus propagiert, ist krank, begeht zerstörerische Aktivitäten und kommt folglich ins Gefängnis. Es gibt Leute, die ich kenne, über die ich schwieg und denen ich verzieh, aber es ist unmöglich über den heutigen Tag hinaus, ihnen auch weiterhin aufgrund der von ihnen verübten Vergiftung der Gedanken des Volkes zu verzeihen. Das bedeutet, es gibt Leute, die sich lieber von jetzt an darauf vorbereiten sollten, daß ich sie ins Gefängnis werfe.“

Der von Qaddafi gebrauchte Ausdruck „Krank“ (al-marid) spielte nach dem 15.4.1973 eine bedeutende Rolle, entschied diese nach Bedarf angewandte Definition immerhin darüber, wer zu verhaften war und wer nicht; als „krank“ galten u.a. Parteigänger, Abweichler, Heuchler, Verfälscher, Reaktionäre, Separatisten, Ausbeuter (zu den Definitionen vgl. Mattes 1982: 360-362).

3. „Die Freiheit für das Volk und nicht für dessen Feinde, d.h. Bewaffnung der Volksmassen, die an die Revolution glauben.“
(Dieser Aspekt führte zur Volksbewaffnung und allgemeinen Militärausbildung zu Lasten der klassischen Armee; s.u.)
4. Die Umsetzung einer „Verwaltungsrevolution“.

(Die geforderte Verwaltungsrevolution/thawra idariya stellte wegen ihrer weitreichenden Konsequenzen hinsichtlich der institutionellen Reorganisation den zentralen Komplex des Fünfpunkteprogrammes dar.)

Qaddafi kritisierte nicht in erster Linie den entwicklungsgeschichtlich bedingten Kadermangel, sondern die Unfähigkeit des Verwaltungsapparates, seinen Beitrag zur Mobilisierung der Bevölkerung zu leisten und das besonders aus dem Grund, weil auf den unteren und damit personell am stärksten besetzten Verwaltungsebenen die traditionelle Beamtenmentalität mit ihrem Verzögerungsmechanismus („Morgen, übermorgen, so Gott will.“) und ihrem hohen Aufwand an Registratur (alles schriftlich, mit Stempel, von Vorgesetzten abgesichert) einen effektiven Verwaltungsablauf verhinderte. Diese Schicht von Bürokraten (maktabiyyun) wurde nach 1969 – im Gegensatz zu der traditionellen Stammeselite – nicht aus dem Herrschaftsapparat entfernt, da im Verlauf der ersten drei Jahre andere Prioritäten den politischen Kurs bestimmten. Dieses Problem gewann jedoch an Gewicht, nachdem sich die revolutionäre Führung verstärkt der innenpolitischen Transformation auf sozioökonomischem und kulturellem Gebiet zuwandte. Das Dilemma eines nicht auf die Bedürfnisse der Revolution zugeschnittenen Verwaltungsapparates sollte durch die Etablierung von Volkskomitees (lajna sha'biya) in regionalen und funktionalen Verwaltungseinheiten gelöst werden. Die Volkskomitees sollten die Barrieren zwischen der Revolution und den Massen überwinden, simultan die bourgeoise Klasse der Bürokraten (nicht der Technokraten) eliminieren und als quasi neuer Typ von „community leadership“ die Träger der Volksrevolution sein.

5. Die Durchführung einer „Kulturrevolution“.

(Gemeint war von Qaddafi zum Schutz der arabischen und islamischen Wurzeln der Septemberrevolution die Rückbesinnung auf die eigenen ursprünglichen kulturellen Werte durch bewußten Kampf gegen die von außen eindringende „kulturelle Verfälschung“.)

Die Rede von Zuwara leitete nicht nur die Abkehr von Nassers Staatsmodell ein, sondern markierte den Beginn einer grundlegend neuen Staatskonzeption, deren Kernelement (bis heute) die „Jamahir“, die Volksmassen, sind. Wie diese Staatskonzeption auf der Basis der existierenden ASU und der neu lancierten Volkskomitees institutionell im Detail umzusetzen sei, darüber schwieg sich Qaddafi zu diesem Zeitpunkt noch aus, auch darüber, wie die zwischen Mai und November 1973 nach Qaddafis spontanem Aufruf entstandenen 1.200 Volkskomitees politisch zu kontrollieren seien.⁶⁰

Zur Klärung dieser offenen institutionellen Fragen zog sich Qaddafi deshalb vom 2.4.1974 bis Anfang 1975 aus dem politischen Alltagsgeschäft zurück⁶¹ und erarbeitete die im ersten Teil des Grünen Buches niedergelegten Grundstrukturen des zukünftigen libyschen Staatsmodells, das die Staatsform der Republik (arab. jumhuriya, abgeleitet von arab. jumhur/ Republikaner) überwinden und zum „Staat der Volksmassen“ (arab. jamahiriya) weiterentwickeln sollte. Konkretes Ergebnis der Überlegungen Qaddafis, diskutiert und vorbereitet u.a.

- auf dem 2. Nationalkongress der ASU in Tripolis vom 4.-9.11.1974 (Kongreßbeschuß zur Restrukturierung der ASU entsprechend den eingetretenen Entwicklungen, d.h. Überwindung der Parteistruktur; Umbenennung des Nationalkongresses in Allgemeine Volkskonferenz; Verabschiedung des modifizierten ASU-Statuts am 3.4.1975; Beschuß zur erneuten Reform der Lokalverwaltung; Mattes 1982: 161-175, 405-416),
- durch die erneute Reorganisation der Lokalverwaltung mit Gesetz Nr. 16 vom 9.2.1975 (Auflösung der Gouvernorate; Einrichtung von landesweit 46 verwaltungsrechtlichen Ge-

⁶⁰ Die Konstituierung und die Festlegung der Kompetenzen der Volkskomitees erfolgte nach der halbjährigen Experimentierphase mit Gesetz Nr. 78 vom 15.10.1973 bezüglich der „Verwaltungsverantwortlichkeiten der Volkskomitees“ (Text in deutscher Übersetzung in: Mattes 1982: 393-396; zur Gründungsgeschichte und politischen Bewertung der Volkskomitees ebenda: 384-404).

⁶¹ Wieder war es sein Stellvertreter, Abd al-Salam Jallud, der das Vakuum füllte bzw. entsprechende Termine wahrnahm.

meinden/baladiyat, untergliedert in 187 Stadtteile/furu‘ al-baladiyat und 674 Lokalbezirke/mahallat, denen die neu zu bildenden politischen Gremien der Volkskonferenzen zugeordnet sind),

war das von Qaddafi am 27.4.1975 in einer vom Rundfunk übertragenen Rede (Details Bleuchot/Monastiri 1978: 164-167; Mattes 1982: 417-438: Die Präsentation des Modells direkter Demokratie durch Qaddafi) erstmals der libyschen Bevölkerung vorgestellte Volkskonferenzen-Volkskomitee-Staatsmodell. Wichtigstes Element dieser systemischen Transformation war die Auflösung der ASU durch Überwindung ihres Parteicharakters, d.h. die Öffnung der Basiszellen der Partei für alle Libyer und Libyerinnen innerhalb einer geographischen Einheit und ihre Umgestaltung in legislative sogenannte *Basisvolkskonferenzen* (mu‘tamarat sha‘biya asasiya), in der theoretisch alle politischen Entscheidungen diskutiert werden sollen. Ihnen sollten die Volkskomitees als kollektive exekutive Organe verantwortlich sein, ihre Mitglieder sollten alle drei Jahre gewählt werden. Daneben sollten sich alle Arbeitnehmer (z.B. Lehrer, Ingenieure, Ärzte, Bauern, aber auch Studenten) in entscheidungsbefugten Berufskonferenzen zusammenschließen und gleichfalls mehrmals jährlich zu nationalen und internationalen Entwicklungsfragen Stellung nehmen. Entsprechend nominierte Vertreter der lokalen Basisvolkskonferenzen, Volkskomitees und Berufsorganisationen als den drei Säulen des neuen Systems sollten dann mit *imperativem* Mandat versehen im nationalen Gremium, der *Allgemeinen Volkskonferenz* (AVK; mu‘tamar al sha‘b al-amm) jährlich zusammentreten und die jeweils lokalen Beschlüsse in nationale Beschlüsse (Gesetze) fassen bzw. das nationale *Allgemeine Volkskomitee* (al-lajna al-sha‘biya al-amma, vergleichbar einem Ministerrat) bestellen. Dessen Mitglieder werden nicht wie üblich Minister (wazir), sondern um den Charakter der Auftragserfüllung deutlicher zu machen, Sekretär (amin) genannt. (Vgl. Dokument 4)

Dieses formale System direkter Demokratie, das nach Durchführung der notwendigen organisatorischen Maßnahmen im Dezember 1975 funktionsbereit war, so daß die rund 1.000 Mitglieder der AVK vom 5.-18.1.1976⁶² zu ihrer ersten ordentlichen Sitzung⁶³ zusammentreten konnten, war von Qaddafi indes nicht ohne Widerstand zu realisieren. Die religiösen Autoritäten, die in den Moscheen die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung kommentierten – durchaus nicht immer im Sinne des RKR – wurden als erste Gruppe Zielscheibe von Gegenmaßnahmen, denn Qaddafi erlies am 2.5.1975 ein politisches Redeverbot für religiöse Autoritäten (Details Mattes 1982a: 64-65) und leitete damit die von Qaddafi sog. „religiöse Revolution“ (thawra diniya) ein, die den religiösen Bereich in die allgemeine revolutionäre Entwicklung integrierte (s.u.).

Weitaus gefährlicher war die Opposition, die sich innerhalb des RKR artikuliert und formierte. Diese Opposition war in ihrem Kern auf die klassenmäßige Verankerung der RKR-Mitglieder zurückzuführen, wobei sich über die Frage des einzuschlagenden Entwicklungsweges zwei Fraktionen herausbildeten: Jene fünfköpfige Fraktion um Qaddafi, deren Mitglieder (Jallud, Jabir, al-Kharrubi, al-Humaydi) aus ärmsten Verhältnissen stammten, und eine stark etatistische Staatskonzeption auf der Basis eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges vertraten, und daneben jene Fraktion um Umar al-Muhaishi und Abd al-Mun‘im al-Huni, deren Mitglieder (Qirwi, Hawadi, Najm) überwiegend aus städtischem Milieu stammten und Vertreter der Mittelschicht waren.

Dokument: Das politische System gemäß der Beschreibung im Grünen Buch (Teil I: Die Lösung des Problems der Demokratie)

⁶² Rechtzeitig vor Tagungsbeginn wurde in großer Auflage der fertiggestellte erste Teil des Grünen Buches zur „Lösung des Demokratieproblems“, der die Grundrisse des institutionalisierten Modells direkter Demokratie enthielt, verteilt.

⁶³ Die 25. ordentliche Jahrestagung der AVK fand im März 2001 statt; sie endete am 22.3.2001 mit der Neubestellung des Allgemeinen Volkskomitees.

Zuerst organisiert sich das Volk in Basisvolkskonferenzen. Jede dieser Konferenzen wählt ihr Sekretariat. Aus der Gesamtheit der Sekretariate dieser Konferenzen werden die übergeordneten Volkskonferenzen gebildet. Sodann wählen die Massen der Basisvolkskonferenzen Verwaltungsvolkskomitees, die an Stelle des Regierungsapparates fungieren. Und so werden alle öffentlichen Einrichtungen der Gesellschaft durch Volkskomitees geleitet. Die Volkskomitees, die die öffentlichen Einrichtungen leiten, sind dann den Basisvolkskonferenzen verantwortlich, diese wiederum schreiben ihnen die Politik vor und kontrollieren sie bei der Ausführung dieser Politik. So werden die Verwaltung und die Kontrolle vom Volk wahrgenommen, und die überholte Auffassung von Demokratie, die da lautet: „Demokratie ist die Kontrolle der Regierung durch das Volk“, findet ihr Ende. An ihre Stelle tritt die richtige Definition, und die heißt: „Demokratie ist die Kontrolle des Volkes über sich selbst“.

Alle Bürger, die Mitglieder dieser Volkskonferenzen sind, gehören gemäß ihrem Beruf oder ihrer Stellung zu verschiedenen Schichten. Deswegen müssen sie eigene Berufsvolkskomitees bilden, zusätzlich dazu, daß sie als Bürger Mitglieder der Basisvolkskonferenzen oder der Volkskomitees sind. Die in den Volkskomitees behandelten Themen erhalten ihre endgültige Form in der Allgemeinen Volkskonferenz, in dem die Sekretariate der Volkskonferenzen und der Volkskomitees zusammentreffen. Das, was die Allgemeine Volkskonferenz, die sich periodisch oder jährlich versammelt, beschließt, wird dann an die Volkskonferenzen und die Volkskomitees weitergeleitet, damit es durch die den Basisvolkskonferenzen verantwortlichen Volkskomitees verwirklicht wird.

Die Allgemeine Volkskonferenz ist kein Gremium aus Mitgliedern oder Einzelpersonen wie im Falle der Vertretungskörperschaften, sie ist die Versammlung der Volkskonferenzen und der Volkskomitees.

Auf diese Weise ist das Problem des Herrschaftsinstrumentes wirklich gelöst, und die diktatorischen Instrumente verschwinden. Das Volk selbst wird zum Herrschaftsinstrument, und das Problem der Demokratie in der Welt ist gelöst.

Die Einengung des kapitalistischen Sektors, beginnend mit den drei Jahresentwicklungsplänen ab 1970, intensiviert mit dem 1. Dreijahresplan 1973-1975, die Qaddafi parallel zur Umsetzung des Modells direkter Demokratie forcieren wollte, führte nach der Entmachtung zahlreicher Vertreter der Mittelschicht in der ASU im Zuge der 1974/75 laufenden Restrukturierung und der Stärkung des voluntaristischen Elements innerhalb der Volkskomiteebewegung zum offenen Bruch innerhalb des RKR: Am 5.8.1975 sollte ein von al-Muhaishi (dilettantisch) geplanter Staatsstreich die Entmachtung Qaddafis herbeiführen und nach ägyptischem Vorbild einer „Korrektivrevolution“ die Übernahme der von Präsident Sadat seit 1974 praktizierten wirtschaftlichen Infitah-/Liberalisierungspolitik sicherstellen. Das Scheitern des Putschversuches durch schnelles Eingreifen qaddafiloyalere Sicherheitskräfte führte de facto zum Verlust der Vertreter der Mittelschicht im RKR und bewirkte, daß umgehend ab Herbst 1975 der auf fünf Mitglieder geschrumpfte (Rest-) RKR – vom Zwang zum kompromißhaften Agieren befreit – einen Teil des lukrativen Außenhandels verstaatlichte und mit den Sozialisierungsgesetzen Nummer 85, 86, 87 und 88 vom September 1975 die Wirtschaftsaktivitäten einiger Branchen bei (neuen) staatlichen Unternehmen monopolisierte. Noch weitreichendere Schritte folgten dann ab 1978 im Rahmen der im zweiten Teil des Grünen Buches propagierten Produzentenrevolution.

4.2. Die politisch-institutionelle Entwicklung seit 1977

Die erste Tagung der AVK im Januar 1976 hatte die Funktionsweise des neuen politischen Systems der *Volksherrschaft* (sultat al-sha‘b) unter Beweis gestellt, ohne daß diese bis dahin gesetzlich verankert worden wäre. Qaddafi forderte deshalb in mehreren Reden (darunter als wichtigste jene zum Revolutionsjahrestag am 1.9.1976), eine solche gesetzliche Kodifizierung in Angriff zu nehmen und dabei auch über die Zukunft des RKR (und dessen Vorsitzenden) zu befinden, der im System der Volksherrschaft ein Anachronismus sei. Qaddafi z.B. am 1.9.1976:

„Nach der Rede von Zuwara haben wir die Volksrevolution durchgeführt, die Basisvolkskonferenzen und Volkskomitees an jedem Ort etabliert und die AVK errichtet. Alle diese Phasen führten am Ende dazu, daß das Volk der wahre Souverän ist. Bei uns gibt es keine Führer, keine Führung, keine Präsidenten, keine Idole. Bei uns gibt es kein Volk, das in Schlangen steht, um einem Präsidenten seine Stimme zu geben. Wir geben niemandem eine Stimme, wir als libysches Volk vollziehen die Volksherrschaft durch uns selbst. Mu‘ammar al-Qaddafi ist nicht unser Präsident, wir als libysche Bürger geben ihm keine Stimmen.“

Wir, das libysche Volk, haben die Phase durchschritten, in der wir jemandem eine Stimme geben, damit er uns beherrscht, in der wir einer Gruppe unsere Stimmen geben, damit sie uns repräsentiert; uns durch wen repräsentiert und vor wem? Wir, das libysche Volk als Ganzes, sind die Volksherrschaft.“ (SQ 1976/77, S. 180)

Dieser zentrale Aspekt und weitere Punkte wie auftretende Kompetenzprobleme und Spannungen zwischen Volkskonferenzen und Volkskomitees⁶⁴ wurden von den Teilnehmern der AVK auf ihrer zweiten ordentlichen Tagung vom 13.-23.11.1976 diskutiert, ohne indes vollkommene Übereinstimmung über den Inhalt der geplanten Proklamation der Volksherrschaft zu finden. Diese wurde nach weiteren Konsultationen erst auf einer Sondersitzung der AVK am 2.3.1977 im historischen Sabha (al-sharara al-ula) in feierlicher Form verabschiedet und zugleich die *Libysche Arabische Republik* nach libyscher Auffassung in die erste Jamahiriya, den ersten Volksmassenstaat der Weltgeschichte, übergeführt.

Neben dem Hinweis auf die obligatorische Volksverteidigung und die Benennung des Koran als Gesetz der Gesellschaft (s.u.) war die offensichtlichste Neuregelung (im Unterschied zur provisorischen Verfassungserklärung vom Dezember 1969) das Fehlen eines Hinweises auf den RKR, der seit dem 2.3.1977 offiziell als aufgelöst galt und dessen Kompetenzen teils an die AVK, teils an das Allgemeine Volkskomitee, größtenteils jedoch an das (formal von der AVK zu wählende) *Generalsekretariat* der AVK überging. Letzteres war mit dem RKR identisch und verfügte de facto über dieselben Einflußmöglichkeiten wie vorher, wenn auch rhetorisch verkündet das Gegenteil behauptet wurde. Qaddafi z.B. aus seiner als historisch bezeichneten Rede vom 8.3.1977 auf dem *Grünen Platz* (bis dahin: Märtyrer-Platz) in Tripolis:

„Der RKR, der bislang die Revolution leitete, hat sich jetzt in das ganze libysch-arabische Volk verwandelt, denn der RKR ist aufgelöst, ist jetzt an seinem richtigen Ort, d.h. er ist mit den Volksmassen in der Mitte der Volksmassen und bis zum Ende mit den Volksmassen; der Platz der wirklichen Führer der Revolution ist nicht dort, wo man Herrschaft ausübt, ihr Platz ist nicht im Ministerrat [...]. Ihre Existenz im Zentrum der Macht war eine provisorische Angelegenheit, die von den Bedingungen aufgezwungen war, aber nach der Etablierung der Volksherrschaft ist ihr Platz derjenige einer Führung inmitten und mit den Volksmassen.“ (SQ 1976/77)

Nach der Proklamation der Volksherrschaft gab es bis heute mit Ausnahme der *Proklamation der Trennung von Revolution und Herrschaft* im März 1979 keine Veränderungen an den Grundstrukturen des politischen Systems des Jamahiriya-Staatsmodells mehr, sondern nur noch Veränderungen innerhalb des vorgegebenen Systemrahmens primär im Bereich der Verwaltungsstruktur und der allgemeinen Policies.

Nach der in den ersten Jahren der Revolution vorrangig betriebenen Absicherung des revolutionären Herrschaftssystems, gefolgt von den im Grünen Buch skizzierten politischen und sozioökonomischen Transformationsprozessen, rückte bei Qaddafi nach der Etablierung der Volksherrschaft die Kontinuität und Sicherung der Revolution in den Vordergrund der politischen Aktivitäten. Diese Verschiebung in der politischen Konzeption fand in der im November 1977 beginnenden Institutionalisierung sog. Revolutionskomitees als Aktionszellen der revolutionären Kräfte ihren Niederschlag; diese Entwicklung wurde von einer psychologischen Vorbereitung der Bevölkerung und ihrer Aufklärung über die von Qaddafi gemäß seinem Leitsatz: „Authority is one thing, and Revolution is another“ (Jamahiriya Mail) angestrebte Trennung von Revolution und Herrschaft (Amtsgewalt) begleitet. Zum offiziellen Beschluß dieser Trennung (fasl al-sulta ‘an al-thawra) hatte Qaddafi für den 2.3.1979 (den 2. Jahrestag der Proklamation der Volksherrschaft) die AVK zu ihrer 2. außerordentlichen Tagung einberufen. (Details: Mattes 1982: 697-709).

Kurz zuvor, am 12.2.1979, erläuterte Qaddafi in einem vom Fernsehen übertragenen Gespräch die Notwendigkeit einer solchen Trennung und warum „die Revolution ausschließlich Sache der Revolutionäre“ sei:

⁶⁴ Diese Probleme waren in einem Bericht Abd al-Salam Jalluds zusammengefaßt; vgl. Mattes 1982: 567-574; Bleuchot/Monastiri 1978: 180.

Dokument : Die Proklamation der Volksherrschaft, Sabha, 2.3.1977

Quelle: Falk, R./Wahl, P.: Befreiungsbewegungen in Afrika. Politische Programme. Köln 1980: 256-258; arab. Original: al-Jarida al-rasmiya, Tripolis, Nr. 1, 15.3.1977: 65-67 (Proklamation), 68f. (Dekrete)

Im Namen Gottes,

Das libysch arabische Volk findet sich bei den allgemeinen Versammlungen der Volkskonferenzen, der Volkskomitees, der Gewerkschaften, der Vereinigungen und Berufsorganisationen zusammen.

Die Allgemeine Volkskonferenz

bezieht sich auf das erste Kommuniqué der Revolution und die historische Rede von Zuwara und wird durch den Inhalt des Grünen Buches geleitet,

hat die Vorschläge der Volkskonferenzen, die Verfassungserklärung vom 2. Shawal des Jahres 1396 n. d. Hijra (11. Dezember 1969), die Resolutionen und Empfehlungen der 1. Allgemeinen Volkskonferenz vom 4. bis 17. Muharram 1396 H. (5.-18. Januar 1976) und der 2. allgemeinen Volkskonferenz vom 21. Zul Qida bis zum 2. Zul Hijra (12.-24. November 1976) geprüft,

glaubt daran, was die Große Revolution vom 1. September verkündet hat, die vom revolutionären Denker und Lehrer-Führer Oberst Muammar al-Kadhafi – dem Oberhaupt der Unitären Freien Offiziersbewegung – ausgelöst wurde und die den Kampf der Väter und Vorväter für die Errichtung der direkten Demokratie krönt, die sie als die letzte und entscheidende Lösung des Problems der Demokratie betrachtet,

verkörpert die Volksherrschaft über das Territorium der Großen Revolution vom ersten September, indem sie die Autorität des Volkes, das allein über die Autorität verfügen sollte, errichtet und

erklärt ihre Verbundenheit mit der Freiheit und ihre Bereitschaft, diese auf ihrem Territorium und überall in der Welt zu verteidigen und die verfolgten Freiheitskämpfer zu schützen,

erklärt ihre Verbundenheit mit dem Sozialismus als Mittel, das Eigentum in die Hände des Volkes zu legen, und ihre Verpflichtung gegenüber der allumfassenden Arabischen Einheit,

erklärt ihre Verbundenheit mit den geistigen Werten, um Moral und menschliches Verhalten zu wahren, so wie sie auch den Vormarsch der Revolution unter der Führung des revolutionären Denkers und Lehrer-Führers Oberst Muammar al-Kadhafi in Richtung auf die ganze Volksherrschaft und die Stabilisierung der Gesellschaft, in der das Volk der Führer ist und Herr, in dessen Händen die Herrschaft, der Reichtum und die Waffen liegen – die Gesellschaft der Freiheit – bejaht,

mit dem Ziel, allen Arten traditioneller Regierungsinstrumentarien, seien sie das Individuum, die Familie, der Stamm, die Sekte, die Klasse, das Parlament, die Partei oder einer Parteiengruppierung, den Weg zu versperren.

Sie erklärt gleichermaßen ihre Bereitschaft, ein für allemal jede Verschwörung gegen die Herrschaft des Volkes zu zerschlagen.

Das libysch arabische Volk, das durch die Revolution seine Kontrolle über sein gegenwärtiges und zukünftiges Schicksal wiedererlangt hat und das die Hilfe Gottes sucht und fest zu seinem Heiligen Buch als ewige Quelle der Führung und des Gesetzes der Gesellschaft steht, gibt diese Erklärung heraus, die die Errichtung der Herrschaft des Volkes verkündet und verkündet den Völkern der Welt die Morgenröte der Ära der Volksmassen:

Erstens: Der offizielle Name Libyens ist: Sozialistische Libysche Arabische Volksjamahiriya.

Zweitens: Der heilige Koran ist das Gesetz der Gesellschaft in der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya.

Drittens: Die direkte Volksherrschaft ist die Grundlage des politischen Systems in der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya.

Das Volk übt seine Herrschaft durch die Volkskonferenzen, die Volkskomitees, die Gewerkschaften, die Vereinigungen, die Berufsorganisationen und die Allgemeine Volkskonferenz aus. Ihre Funktion wird vom Gesetz festgelegt.

Viertens: Die Verteidigung der Heimat liegt in der Verantwortlichkeit eines jeden männlichen und weiblichen Staatsbürgers. Durch die allgemeine Wehrpflicht wird das Volk ausgebildet und bewaffnet. Das Gesetz legt die Methode der Ausbildung militärischer Kader und der allgemeinen Wehrpflicht fest.

Herausgegeben bei Gahera in Sebha am 12. Rabi' Awal d. J.1397 H. (2. März 1977)

„Die Aufgabe der revolutionären Führung ist die Führung.⁶⁵ Sie verläßt deshalb das Generalsekretariat der AVK, wie sie vor einiger Zeit den Ministerrat verlassen hat, d.h. sie gibt alle Verwaltungsarbeit auf. Das heißt jedoch nicht, daß sie die Revolution aufgibt, und das heißt nicht, daß die revolutionäre Führung keine Arbeit mehr hat. Die Leute glauben immer, Aufgabe der Führung sei die Verwaltungsarbeit oder die Exekutive, aber in Wirklichkeit ist das nicht die Aufgabe der revolutionären Führung. Ihre grundsätzliche Aufgabe ist die Angelegenheit: Revolution. Ich möchte, daß die Konfusion bei den Leuten ausgeräumt wird, die sagen: 'Wenn die Führung das Generalsekretariat der AVK verläßt, was wird dann aus ihr?' Ich stelle klar: bevor sie irgendeine administrative oder exekutive Aufgabe übernimmt oder zur Führung der AVK wird, ist sie die Führung der Revolution. Denn die Revolution war es, die die ganzen Veränderungen herbeigeführt hat, in deren Rahmen die Basisvolkskonferenzen und die Volkskomitees, das Generalsekretariat der AVK und das Allgemeine Volkskomitee einschließlich aller anderen Institutionen geschaffen wurden. Das alles ist Ergebnis revolutionärer Tätigkeit. D.h. die Revolution ist wichtiger als das Generalsekretariat der AVK, das Allgemeine Volkskomitee und die anderen Strukturen, die die Revolution im Zuge der Verwirklichung der Volksherrschaft geschaffen hat, ist wichtiger als die Einengung der revolutionären Führung durch administrative und exekutive Aufgaben, wie z.B. im Generalsekretariat der AVK. Diese Beschränkung der Führung ist ungesund.“ (al-Usubu' al-siyasi, Tripolis, Nr. 392, 16.2.1979: 3)

⁶⁵ An anderer Stelle seiner Rede meinte Qaddafi, Revolutionäre hätten kein Recht, irgendeine administrative oder exekutive Arbeit auszuführen.

Durch das Ausscheiden von Qaddafi, Jallud, Kharrubi, al-Humaydi und Yunis Jabir aus dem Generalsekretariat der AVK wurde gleichzeitig dessen vollständige Neubesetzung notwendig. Als Nachfolger in das kollektive fünfköpfige Führungsorgan des Herrschaftssektors wurden von den Mitgliedern der AVK bis heute ausschließlich Zivilisten gewählt; zum ersten Generalsekretär wurde am 2.3.1979 Abd al-Ati al-Ubaidi (gegenwärtig Zannati Muhammad al-Zannati)⁶⁶ bestimmt.

Im Gegensatz dazu war/ist die kollektive Führung des „Revolutionssektors“, die sogenannte Revolutionsführung (qiyadat al-thawra) ein rein „militärisches“ Organ, denn in ihm sammeln sich bis heute die Restmitglieder des RKR: Oberst Qaddafi (damaliger und heutiger Oberster Befehlshaber der bewaffneten Streitkräfte), Major des Generalstabes Abd al-Salam Jallud (ausgeschieden im Sommer 1995), Oberstleutnant Yunis Jabir (1979 Oberkommandierender der bewaffneten Streitkräfte), Oberstleutnant Mustafa al-Kharrubi (1979 Chef des Generalstabes der bewaffneten Streitkräfte) und Major al-Humaydi (1979 Beauftragter für die Durchsetzung der Konzeption des bewaffneten Volkes, d.h. Organisator des „Volkswiderstandes“)

Die Revolutionsführung, de facto höchstes Revolutionskomitee im pyramidenförmig aufgebauten und ganz Libyen abdeckenden System von lokalen Revolutionskomitees, wurde durch diese Trennung beider Sektoren in eine Position manövriert, die es der AVK, dem Generalsekretariat der AVK oder dem Allgemeinen Volkskomitee aufgrund fehlender Kompetenzen unmöglich macht, Veränderungen in der (über dem „Herrschaftssektor“ stehenden) Revolutionsführung vorzunehmen oder gar Einfluß auf den Revolutionssektor auszuüben. Damit wurde die Position der revolutionären Führung noch unantastbarer als diejenige, die 1977 in der Proklamation der Volksherrschaft für das damals noch von Qaddafi dominierte Generalsekretariat der AVK festgeschrieben worden war.

Festzuhalten bleibt: Am 2.3.1979 wurde keine (neue) revolutionäre Führung gewählt, sondern mit der Annahme der Trennung von Revolution und Herrschaft lediglich ein bereits konstituiertes Komitee (nämlich das Generalsekretariat der AVK in der Besetzung vom 2.3.1977-2.3.1979) als selbstlegitimierte revolutionäre Führung etabliert, die mittels der inzwischen dezentralisiert entstandenen Revolutionskomitees über ein effektives Instrument zur Massenmobilisierung und zur politischen Einflußnahme besaß/besitzt.

Diese Einflußnahme schwankte indes in den letzten beiden Dekaden in Abhängigkeit von der gesamtpolitischen Entwicklung beträchtlich. Waren parallel zum Anstieg der Deviseneinnahmen besonders Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre die ideologisch motivierten und koerziv gestalteten Wirtschaftseingriffe massiv und folglich die Revolutionskomitees zentrale Akteure im politischen System bzw. bei der Durchsetzung von „Revolutionsbeschlüssen“, brachte die Legitimitätskrise ab 1986 einen signifikanten Politikwechsel im Sinne einer drastischen Beschneidung der militanten Rolle der Revolutionskomitees.

Ohne der US-Argumentation folgen zu wollen, die die nachfolgend einsetzende Mäßigung in der libyschen Politik ihrer „Strafaktion“, das heißt dem US-Luftangriff auf Tripolis und Banghazi am 15.4.1986 als Vergeltung für die Verwicklung Libyens in den internationalen Terrorismus (u.a. La Belle-Anschlag in Berlin am 5.4.1986) zuschreibt, begann bei der libyschen Führung ein Überdenken zahlreicher Positionen Ende 1986, wobei zu diesem Zeitpunkt wirtschaftliche Aspekte eindeutig im Vordergrund standen. Die durch den drastischen Rückgang der Erdöleinnahmen erzwungenen Austeritätsmaßnahmen verschärften die durch die ideologisch motivierten Wirtschaftseingriffe bereits angeschlagene wirtschaftliche Lage. In realistischer Perzeption der daraus resultierenden Legitimitätskrise kündigte Revolutionsführer Qaddafi deshalb im Frühjahr 1987 in zwei Reden⁶⁷ ein wirtschaftliches Restrukturierungsprogramm an, dessen Liberalisierungsintention neben einer generellen Verbesserung der Versorgungslage

⁶⁶ Vgl. zur jeweils gültigen Besetzung die Liste in der Libyen-Rubrik des Nahost-Jahrbuches 1987ff., Opladen 1988ff.

⁶⁷ Vgl. zum Kontext meinen Beitrag: Libyen, in: Nahost-Jahrbuch 1987, Opladen 1988: 112-116.

dazu führte, daß sich „der alte Souk von Tripolis, seit 1981 mehr oder weniger eine Geisterstadt, wiederbelebte.“ (L’Orient-le Jour, 22.6.1988)

Dieser wirtschaftlichen Kurskorrektur kam umso größere Bedeutung zu, als seit Dezember 1986 bis zum Waffenstillstand vom 11.9.1987 die libyschen Streitkräfte im Nordtschad mehrere schwere Niederlagen (hohe Verluste an Soldaten und Material) hinnehmen mußten, deren negative Rückwirkungen angesichts der Unpopularität des Tschadkrieges bei der libyschen Bevölkerung beachtlich waren und den Fortbestand des politischen Systems als solches gefährdeten.

Die weitreichendsten positiven Effekte hatte aber die innenpolitische Liberalisierung, wie sie sich seit Herbst 1987 in Antwort auf die Systemgefährdung ankündigte. Ausgehend von der Rede Qaddafis zum 18. Jahrestag der Septemberrevolution (1.9.1987), der einberufenen Sondersitzung der AVK (November 1987) und der Verabschiedung eines neuen, moderaten Wehrpflichtgesetzes im Dezember 1987 deutete sich – akzentuiert durch die zahlreichen Reden Qaddafis im Frühjahr 1988 – eine Entwicklung an, die in arabischen Zeitungen mit nichts geringere als der „dritten Revolution“ Libyens (noch jener 1969 und 1973) bezeichnet wurde.⁶⁸

Ursache für diese Entwicklung war die Unzufriedenheit der Revolutionsführung mit den Revolutionskomitees, die 1977 ursprünglich als Organe zur Implementierung der Volksherrschaft eingeführt, sich zunehmend (und tatsächlich eigendynamisch) zu autoritären Herrschaftsorganen entwickelten und deren Machtmißbrauch besonders seit etwa 1984 mit dem anfänglichen Rollenverständnis, das Qaddafi den Revolutionskomitees zuordnete, und seinem eigenen Revolutionsverständnis konfligierten.

Die Rede Qaddafis auf der Sondersitzung der AVK am 22.11.1987 drückte dieses Unbehagen deutlich aus, wies jedoch zugleich mit der Ankündigung eines „Freiheitsdokuments“ den Weg zur Aufhebung der Widersprüche:

„The revolutionary force which assumed control of society and seized its leadership by force (1969, d.V.) had the power to steer it as a dictatorship if it so wished. But the ideology of the revolutionary force which staged the revolution decided that the transformation from under-development to progress should take place democratically and through the people. This confirms the point which I would like to rise at the beginning and which has been raised before, namely that the revolution is a proclamation of freedom. What I would like to emphasize is that the declaration of freedom should be studied, because it is essential to state that if a people become free but do not discharge their responsibilities, their future is in danger. I believe that you have paid the price in a number of fields as a result of your indifference. I am standing before you today to stress the declaration of freedom.“ (SWB, 24.11.1987)

Nachdem vom Generalsekretariat der Allgemeinen Volkskonferenz ein vorläufiger, 26 Punkte umfassender „Entwurf zur Diskussion und Vorbereitung eines Menschenrechtsdokuments in der Jamahiriya-Gesellschaft“ erarbeitet wurde, begann mit der Rede Qaddafis in Ras Lanuf am 2.3.1988 (Eröffnungssitzung der 14. ordentlichen Tagung der AVK) die eigentliche inhaltliche Auseinandersetzung über Form und Umfang der gesetzlichen Verankerung von politischen Freiheiten und Menschenrechten. In dieser Rede kündigte Qaddafi die kurz danach erfolgte Freilassung politischer Gefangener (rund 600) „mit Ausnahme jener wenigen, die für ausländische Mächte spionierten“, Pressefreiheit und die Öffnung der Grenzen (volle Freizügigkeit bezüglich Reisen) an, um am 3.3.1988 in einer symbolischen Aktion das Zentralgefängnis in Tripolis und in einer weiteren Aktion den libysch-tunesischen Grenzposten bei Ras Jadir zu demolieren. Darüber hinaus stellte er in seiner Rede vom 9.7.1988 die Todesstrafe zur Diskussion. Die von den Libyern am aufmerksamsten registrierte Maßnahme war jedoch die den Revolutionskomitees verordnete straffere Kontrolle und der Entzug ihrer bis dahin via Revolutionsgerichte ausgeübten und vollstreckten Gerichtsbarkeit (Todesurteile). Auf ihre eigentliche Rolle als Aufklärungsorgane (durch Überzeugung und nicht durch revolutionäre Gewalt) neu beschränkt, wurden bis auf ein zentrales, in Tripolis amtierendes Revolutionsgericht, alle übrigen abgeschafft, und die politisch-ideologische Kontrolle der Komitees durch die Gründung eines neuen und bis heute bestehenden *Sekretariats (Ministerium) für Massenmobilisierung und revolutionäre Führung* am 9.3.1988 institutionalisiert.

Die schließlich nach landesweiten Diskussionen von der AVK auf einer Sondersitzung in al-Baida am 12.6.1988 verabschiedete *Große Grüne Menschenrechtscharta in der Volksmassen-*

⁶⁸ Vgl. z.B. al-Mawqif al-‘arabi, Nikosia, 15.5.1988: 12-13 (al-thawra al-thalitha).

*ära*⁶⁹ kodifizierte zwar erstmals die Rechte der libyschen Bürger, allerdings stets unter dem Vorbehalt revolutionärer Notwendigkeiten.⁷⁰ Solche ergaben sich bereits Anfang der 90er Jahre, als parallel zur ökonomischen „Restauration“ im Zusammenhang mit den am 31.3.1992 verhängten und am 15.4.1992 in Kraft getretenen UNO-Sanktionen die Aktionen militanter Islamisten zum Sturz des aus ihrer Sicht „ketzerischen Qaddafi-Regimes“ einsetzten.

Diese Entwicklung würgte nicht nur die gerade erst in Ansätzen eingeleitete politische Liberalisierung ab, sondern stärkte erneut die Revolutionskomitees und ihre dominante Funktion (gegenüber der Armee) als interne Sicherungskräfte zum Schutz der Revolution. Bleibt die Frage offen, ob die Suspendierung der UNO-Sanktionen am 5.4.1999, die bereits ansatzweise zur wirtschaftlichen Neuorientierung und zur Anknüpfung an die Wirtschaftsreformen von 1987/88 führte, auch neue politische Liberalisierungsschritte begünstigt, zumal die islamistische Bedrohung nach der Zerschlagung der wichtigsten Gruppen 1995/96 gegenwärtig entfällt. Indizien für eine solche Entwicklung sind indes selbst im 1. Halbjahr 2001 nicht zu erkennen.

Exkurs: Die Entwicklung der politisch-administrativen Organisationsstruktur Libyens

Die Lokalverwaltung in Libyen war zwischen 1951 und 1963 Angelegenheit der drei Provinzen Tripolitanien, Cyrenaika und Fazzan, bevor die Verfassungsreform von 1963 das zentralisierte Königreich schuf und mit einem neuen Lokalverwaltungsgesetz Libyen in zehn Muhafazat (Gouvernorate) – ihrerseits untergliedert in Mutasarrifiyate und Mudiriyate – entlang geographischer und tribaler Grenzen gegliedert wurde. Diese Verwaltungsstruktur wurde nach dem Machtwechsel vom 1.9.1969 mit Gesetz Nr. 62/30.6.1970 modifiziert, indem die Verwaltungsgliederung entlang der Bevölkerungsdichte und zusätzlicher neuer Untergliederungen strukturiert und erstmals auf Muhafaza- und Mutasarrifiya-Ebene „local councils“ eingeführt wurden. Defizite dieses Systems wurden mit Gesetz Nr. 130/15.11.1972 beseitigt, das die Aufgaben des Leiters (Muhafiz) jedes der zehn Muhafazat und der neu eingeführten Gemeinden (Baladiyat), untergliedert in Stadtteile (Far‘ al-baladiya) und Lokalbezirke (Mahallat), festlegte. Die am 15.4.1973 von Qaddafi initiierte Volksrevolution brachte allerdings bereits ein halbes Jahr später neuerliche Turbulenzen, weil die neugebildeten Volkskomitees die Funktionen von Muhafiz und Bürgermeister als kollektive Entscheidungsträger übernahmen.

Die bislang fehlende Volksbeteiligung an Legislative und Exekutive, ansatzweise seit Juni 1971 mit Gründung der ASU etabliert, führte ab April 1975 schließlich zu der von Qaddafi propagierten und vorangetriebenen Gründung von Basisvolkskonferenzen als den zentralen Organen der politischen Willensbildung.

Die Verknüpfung von politischen Entscheidungsgremien (Legislative) und Administration (exekutive Volkskomitees) machte neuerliche Verwaltungseingriffe notwendig, durchgeführt mit Gesetz Nr. 39/6.4.1975, durch das Libyen in (ausschließlich) 46 Gemeinden/Baladiyat verwaltungstechnisch gegliedert wurde (die Muhafazat wurden abgeschafft); die 46 Baladiyat ihrerseits waren unterteilt in 187 Gemeindesektoren (Far‘ al-baladiya) und diese in zusammen 674 Lokalbezirke (Mahallat). An der Spitze der Verwaltung einer jeden dieser Verwaltungseinheiten stand jeweils ein Volkskomitee, das den entsprechenden politischen/legislativen Entscheidungsgremien, nämlich der Basisvolkskonferenz⁷¹ auf der Ebene der Far‘ al-baladiya bzw. der Volkskonferenz auf Baladiya-Ebene, verantwortlich war. Auf nationaler Ebene war das Allgemeine Volkskomitee der (jährlich tagenden) AVK rechenschaftspflichtig.

⁶⁹ Vgl. Entstehungsgeschichte und Text in: Orient, Opladen, Nr. 3, 1988: 368-385 bzw. 476-479 (Dokumente).

⁷⁰ Dies gilt auch für das von der AVK am 1.9.1991 verabschiedete Gesetz Nr. 20 zur Konsolidierung der Freiheit, das de jure die Rechtsgrundlage für die juristische Durchsetzung politischer Freiheit stärkt, de facto aber wenig Fortschritte brachte. Vgl. zum Kontext: Libyen, in: Nahost-Jahrbuch 1991, Opladen 1992: 111-116; Text des Gesetzes in: Baumann/Ebert 1995: 447-451.

⁷¹ Sind die Bewohner einer geographisch definierten Basisvolkskonferenz automatisch Mitglied in dieser Institution (sofern sie 18 Jahre alt sind), werden die Vertreter für das zugeordnete lokale Volkskomitee für einen bestimmten Zeitraum (der in den letzten 20 Jahren zwischen zwei und drei Jahren variierte) bestimmt. Die Mitglieder der Regierung (d.h. des Allgemeinen Volkskomitees) werden von den Mitgliedern der Allgemeinen Volkskonferenz per Akklamation ausgewählt bzw. bestätigt, wobei Vorschlägen Qaddafis bislang stets nachgekommen wurde. Die Arbeit der Volkskonferenzen und Volkskomitees wurde in den 80er Jahren durch mehrere (teilweise später modifizierte) Gesetze und Statuten im Detail geregelt. Einen Überblick gibt Ebert, Hans-Georg: Staatstheorie und -praxis in Libyen, in: Asien. Afrika. Lateinamerika, Berlin 1986: 1021-1033, hier: 1025.

Zwischen 1975 und 1992, dem Zeitpunkt der Dezentralisierungsreform, wurde in Libyen nicht mehr die Struktur des politisch-administrativen Volkskonferenzen-Volkskomitee-Systems an sich modifiziert, sondern nur noch die Anzahl der administrativen Baladiyat bzw. Far‘ al-baladiya und damit die Anzahl der politisch-legislativen Volkskonferenzen auf Baladiya-Ebene und der Basisvolkskonferenzen auf der Far‘-al-baladiya-Ebene. So ist z.B. die Anzahl der Baladiyat 1979 auf 44 Baladiyat, 1986 auf nur noch 13 Baladiyat (mit 52 Far‘ al-baladiya) und am 11.11.1990 auf 7 Baladiyat (mit 40 Far‘ al-baladiya) verkleinert worden.

Im Oktober 1992 wurde nach vorhergehenden Diskussionen in den Basisvolkskonferenzen zur Optimierung der Administration und Selbstverwaltung eine administrative Restrukturierung beschlossen, basierend auf rund 1.500 kleinen Kommunen (Mahallat). Diese

„communes will be self-managed as administrative units and will hold full powers to reach decisions about administering their local and administrative affairs and services through a people’s congress and a people’s committee. Each commune will have its own special budget and will be able to exercise its people’s authority in terms of making and implementing decision within the context of a Jamahiri system.“ (Radio Tripolis, nach: SWB, 1.10.1992)

Diese Regelungen sind als Gesetz Nr. 16/1992 bezüglich der Verwaltungsstruktur am 7.10.1992 von der AVK verabschiedet worden. Demgemäß existierte ab 1992 auf dezentraler Ebene der Mahallat (Qaddafi und die Presse gebrauchten zeitweise auch alternativ den arabisierten Begriff „Kumunat“, abgeleitet von Kommune) je eine Basisvolkskonferenz mit einem Führungssekretariat aus fünf Personen und ein Volkskomitee, das aus 13 Personen besteht (Beschluss der AVK vom 24.10.1992).

Neuerliche Modifikationen brachte das Gesetz Nr. 3 vom 29.1.1994, das zwischen Basis (Mahallat) und nationaler Ebene erneut im exekutiven Bereich wegen auftretender Probleme eine Koordinierungsebene (sog. Regionen, arab. mintaq) schuf; so wurde in jeder der 13 Regionen ein *Allgemeines sektorales Volkskomitee*, gebildet aus Mitgliedern der nachgeordneten Volkskomitees der Mahallat, geschaffen. Der nach wie vor bestehende Kompetenzenwirrwarr um die im Oktober 1994 eingeführten 13 Verwaltungsregionen und ihre formale Aussparung im Regulationsgesetz für die Arbeit der Volkskonferenzen und Volkskomitees (Gesetz Nr. 1/1425 = 1996) vom Januar 1996 führte zur neuerlichen Überarbeitung der Verwaltungsstruktur. Die AVK verabschiedete auf einer Sondersitzung am 1.10.1998 die neue Struktur, die als Gesetz Nr. 2/1428 (= 1998) im *Jarida al-rasmiya* (Nr. 14, 1998: 455-457) veröffentlicht wurde und unter der Bezeichnung *Sha‘biya* neue regionale Verwaltungseinheiten schuf. Das neue Gesetz ist sowohl Resultat von juristischen Lücken, als auch Folge der de facto mit der Dezentralisierung bzw. der Stärkung der 1.500 Kommunen (Mahallat) eingetretenen Probleme, weil *regionale* planerische Aspekte vernachlässigt wurden, wie sie 1975-1992 die Baladiyat wahrnahmen. Die insgesamt 26 neuen Sha‘biyat – kompetenzmäßig durch die Beschlüsse der AVK vom 1.3.2000 gestärkt – sind eher als administrative denn als politische Zwischenstufe zwischen Basis und nationaler Ebene zu verstehen.⁷²

Das im Gesetz vorgesehene Prozedere zur Besetzung der Sha‘biya-Führungspositionen (Sekretär der Sha‘biya-Volkskonferenz; Sekretär des Sha‘biya-Volkskomitees) weicht erstmals von der sonst im gesamten Volkskonferenzen-Volkskomitee-System stringent beachteten Regel einer Wahl der jeweiligen Führungsperson durch die Mitglieder des entsprechenden Gremiums ab. Zwar wird der Sekretär der Sha‘biya-Volkskonferenz von den Mitgliedern der entsprechenden Sha‘biya-Volkskonferenz gewählt (Art. 2), nicht jedoch der Sekretär des Sha‘biya-Volkskomitees. Hier erfolgt erstmalig eine Amtsbesetzung durch die höchste nationale Ebene (in diesem Fall die AVK). Nur dieses Verfahren stellte sicher, daß die von Qaddafi gewünschten (und gefällten) Personalentscheidungen formal und ohne große Debatte umgesetzt werden konnten. Von den im Oktober 1998 ernannten 26 Sekretären sind 16 aktive Militärs (= 61,5 %), davon haben allein 13 den Rang eines Brigadegenerals (‘amid). Diese Häufung hochrangiger Militärs auf zivilen Verwaltungsposten ist außergewöhnlich, weil mit dieser Personalentscheidung⁷³

⁷² Die AVK hat auf ihrer Tagung im März 2001 die Anzahl der Sha‘biyat von 26 auf 32 erhöht, indem sie mehrere große Sha‘biyat (z. B. Ghadamis, al-Wahat, Murzuq) teilte.

⁷³ Vgl. die Liste der mit Dekret 2/1398 (=Jahr 1998) ernannten 26 Sekretäre, in: al-Jarida al-rasmiya, Tripolis, Nr. 14, 1998: 458-460.

erstmalig aktive Militärs Verwaltungsposten im Herrschaftssektor übernahmen; in den über 20 Jahren, in denen das Volkskonferenzen-Volkskomitee-System funktioniert, ist dies ein Novum.

Eine partielle Erklärung hierfür sind sicherlich Sicherheitsüberlegungen (z.B. Kontrolle der sensiblen Sha‘biyat Darna, al-Qubba, al-Jabal al-akhdar, Sirt, Sabha, Bani Walid, Gharian durch Offiziere).

Tabelle : Liste der Sha‘biyat (1998)

Quelle: al-Jarida al-rasmiya, Tripolis 1998: 455-457

Name der Sha‘biya	Anzahl BVK	Wichtigste BVK
1. Batnan (Grenzregion zu Ägypten)	20	Tubruq, Marsa Dafna, Imsa‘d
2. Darna	9	Darna, Darna al-bilad, Ras Hilal
3. al-Qubba (westl. Darna)	9	Qubba al-Madina, al-Abraq
4. al-Jabal al-Akhdar	17	Shahhat, Susa, Umar al-Mukhtar, Madinat al-Baida‘
5. al-Marj	20	Madinat al-Marj, Takanis, al-Abiar
6. Banghazi	28	Banghazi, Banghazi al-jadida, Qar Yunis
7. al-Wahat (südl. Banghazi)	15	Marada, Ujila, Jadu, Madinat Ajidabiya, Sultan
8. al-Kufra	2	Kufra, Tazirbu
9. Sirt	21	Ras Lanuf, Sirt al-Madina, Khalij Sirt, Qasr Abu Hadi
10. Al-Jufra	5	Waddan, Sukna, Hun
11. Murzuq	8	Madinat Murzuq, Zuwila, Umm al-Aranib, al-Qatrun
12. Sabha	8	Sabha al-Markaz, Dar Mu‘ammar
13. Wadi al-Hayat	9	Madinat Ubari, Ghat, al-Gharifa, al-Uwainat
14. Wadi al-Shati‘	12	Brak, Iqar, Bargan, Adri
15. Misrata	8	Misrata al-Madina, al-Zaruq, Tawurgha‘
16. al-Muraqqab (Osttripolitaniern)	13	Zlitan al-Madina, al-Khums al-Madina, Ka‘am
17. Bani Walid	4	Al-Mardum, al-Nahr al-Sina‘i, al-‘azim
18. Tarhuna/Mislata	19	Madinat Tarhuna, Suq al-Jum‘a, Sidi al-Said al-Dawuun
19. Tripolis	33	Tajura‘, Tripolis al-Madina, Bab al-Aziziya, Abu Salim, Bab bin Ghasir, Hayy al-Andalus, Qarqarish
20. al-Jaffara (südl. Tripolis)	21	al-Aziziya, al-Suwani, Janzur
21. al-Zawiya	19	al-Zawiya al-Qadima, al-Zawiya al-Madina, al-Zawiya al-Jadida, al-Harsha, al-Mutarrad
22. Sabratah/Surman	9	Sabratah, Abu ‘isa, Surman, Surman al-Janubi
23. al-Nuqat al-Khamis (Zuwara)	8	Zlitan, Zuwara, al-‘Ajila
24. Gharian	19	Gharian al-Madina, Mizda, Kikla
25. Yafran	8	Yafran, al-Riyaniya, Jadu, Shakshuk
26. Nalut	21	Nalut, Badir, al-Hush, Wazan, Ghadamis
26	365	

Verwendete Abkürzungen: BVK = Basisvolkskonferenz/en

4.3. Die Auswirkungen der Ideologie auf den religiösen und militärischen Sektor

Das in drei Etappen erschienene Grüne Buch (s.o.) hatte nachhaltige Auswirkungen auf die Politik und Wirtschaft Libyens. Die im Grünen Buch (Teil I) deutlich zum Ausdruck gebrachte Ablehnung einer parlamentarischen Demokratie und generell jeder Form von „Repräsentation“ führte gemäß dem Motto „Repräsentieren ist Verneinung der Partizipation“ vor allem in drei Bereichen zu massiven Eingriffen. Im religiösen Bereich legte Qaddafi z.B. noch 1975 den Religionsgelehrten ein Redeverbot zu politischen Angelegenheiten auf, und betrieb den Abbau ihrer gesellschaftlichen Stellung mit dem Argument, der Koran sei in arabischer Sprache verfaßt, so daß von daher keine Repräsentanten bzw. Mittler zwischen Gott und Mensch benötigt würden. Das gleiche Argument folgte 1976 mit Bezug auf die Armee. Qaddafi lehnte die klassische Armee ab und befürwortete gemäß der beduinischen Überzeugung, daß jeder für die Verteidigung seines Stammes einzutreten habe, die allgemeine Militärausbildung des gesamten libyschen Volkes. Der dritte Bereich, in dem es starke ideologisch motivierte Eingriffe gab, war die Diplomatie. Auch hier wurde der diplomatische Apparat als nicht mit dem Prinzip des Volksmassenstaates vereinbar erklärt und nach Aufrufen Qaddafis Anfang der 80er Jahre zur Tat geschritten. Die im Ausland lebenden Libyer sollten jeweils ihre Botschaft besetzen und ein Volkskomitee bilden, das zukünftig die Geschicke des „Volksbüros“ leiten sollte. Aufgrund der internationalen Verwicklungen mußte von dieser Idee zwar vieles zurückgenommen werden, andererseits ist die Terminologie erhalten geblieben. Die Besetzung der Volkskomitees in den ausländischen Volksbüros durch regional und berufsmäßig breit gestreute Delegierte lokaler libyscher Basisvolkskonferenzen stellt bis heute einen Bruch mit klassischen Rekrutierungsprinzipien dar.

Nicht minder gravierende Eingriffe (und Opposition dagegen) gab es nach der Veröffentlichung des zweiten Teils des Grünen Buches im Wirtschaftsbereich (vgl. Kapitel II), wo Qaddafi u.a. gegen ausbeuterisches Unternehmertum, ausbeuterischen Handel und Mietwohneigentum votiert sowie für eine staatlich garantierte Sicherung menschlicher Existenz (Essen, Wohnung, Kleidung) plädiert. Die 1979 anlaufende Sozialisierung von Mietwohnungen zugunsten ihrer Mieter, die Einführung von Volkskomitees im Produktionsbereich und die Verstaatlichung des Handels durch Aufbau von profitfrei arbeitenden sog. Volkssupermärkten unter Kontrolle der Basisvolkskonferenzen waren Maßnahmen, die dank hoher Erdöleinnahmen Anfang der 80er Jahre noch finanziert werden konnten. Als die Erdöleinnahmen jedoch drastisch zurückgingen und Verteilungsmängel zu großem Unmut in der Bevölkerung führten, wurden die ideologisch motivierten Wirtschaftseingriffe genauso pragmatisch ab 1987 wieder rückgängig gemacht. Dies belegt, daß die DUT wie auch das Grüne Buch zum einen keine umfassend ausgearbeitete ideologische Vorlage ist, sondern Raum für Interpretation läßt, und zum anderen kein Dogma darstellt, an dem nicht gerüttelt werden darf.⁷⁴

Die religiöse Revolution

Die libysche Revolution verstand sich von Anfang an als islamische Revolution. Der RKR dekretierte deshalb umgehend im Rahmen der Wiederherstellung der arabisch-islamischen Identität zahlreiche mit religiösen Vorschriften begründete Maßnahmen – Alkoholverbot, Schließung von Nachtlokalen, Verbot lateinischer Schrift, ausschließlicher Gebrauch des Hijra-Kalenders, Umwandlung von Kirchen in Moscheen, intensiver Moscheenneubau, Verbot von Zins, Glücksspiel und Prostitution⁷⁵ –, die die unter der Sanusimonarchie eingetretene Verwestlichung ausmerzen sollten.

⁷⁴ Eine solche Einsicht und Selbstkritik bis hin zum Kurswechsel, dies muß allerdings einschränkend hinzugefügt werden, kann nur von Revolutionsführer Qaddafi selbst kommen, für alle anderen Libyer und Libyerinnen ist die Marge zur Äußerung von Kritik schmal bzw. die Gefahr, als „Feind der Revolution“ politisch verfolgt zu werden, groß.

⁷⁵ Die entsprechenden Dekrete sind größtenteils in Ansell/Arif 1972 abgedruckt.

Bedeuteten diese Maßnahmen zunächst keine Aufwertung des Islam als politikbestimmendes Element, so folgte eine solche Entwicklung mit Verabschiedung des Gesetzes vom 28.10.1971, mit dem der RKR ein *Oberstes Komitee zur Revision der positiven Gesetzgebung (im Lichte der Scharia)* ins Leben rief (Mattes 1986: 46-50).⁷⁶

Die Arbeit des Komitees, die 1972/73 u.a. zur Einführung der Zakat (Almosensteuer) und zur Verabschiedung verschiedener Islamisierungsgesetze (Gesetz bzgl. Diebstahls vom 11.10.1972; Gesetz bzgl. Ehebruchs vom 20.10.1973; Details Mayer 1977; Atallah 1975) unter Androhung der im Koran für solche Delikte vorgesehenen Strafen (Auspeitschung, Amputationen) führte und mitverantwortlich dafür war, daß Libyen sich nicht nur in der europäischen Presse fälschlicherweise den Ruf eines „fundamentalistischen Staates“ erwarb, konfligierte indes bald mit den eigentlichen Intentionen Qaddafis.⁷⁷ Dieser wollte keinen Staat, in dem Religionsgelehrte nach Auffassung Qaddafis der Gesellschaft rückwärtsgewandte Sichtweisen verordneten und unflexibel an Traditionen festhielten. Qaddafi wollte vielmehr den Anspruch der Revolution (Entwicklungsrevolution, Industrialisierung, Volkspartizipation usw.) einlösen, ohne dabei auf die konservativen Religionsgelehrten und auf die einengenden Vorschriften der Scharia Rücksicht nehmen zu müssen.⁷⁸

Der erste Konflikt zwischen Qaddafi und den religiösen Autoritäten brach Ende 1974 aus. Anlaß dafür war das Wehrdienstgesetz vom 19.12.1974, das festlegte, daß in die angeordnete *Allgemeine Militärausbildung* (ab 1.1.1975) auch die weiblichen Staatsbediensteten und die Studentinnen einbezogen werden sollen. Gegen diese Absicht protestierte Großmufti al-Zawi.

Diese Einmischung war zwar nicht die erste Stellungnahme einer religiösen Autorität zu aktuellen Angelegenheiten, doch hatte sich der politische Kontext geändert. Qaddafi bereitete das System der direkten Demokratie vor, das persönliche bzw. gruppenspezifische Äußerungen zur politischen und sozioökonomischen Entwicklung nur noch in den Basisvolkskonferenzen bzw. den Berufsverbänden vorsah.

Erste Maßnahme der von Qaddafi am 2.5.1975 angekündigten „religiösen Revolution“ (thawra diniya) war das Redeverbot zu politischen Angelegenheiten für Religionsgelehrte und Imame. Indem Qaddafi den Rechtsgelehrten und Imamen das Recht absprach, über alle den staatlichen Bereich betreffenden Angelegenheiten zu sprechen, reduzierte er die religiösen Autoritäten zu Exegeten des Koran ohne direkten Bezug zu den Ereignissen der Gegenwart. Durch die Aufhebung der Mittlerfunktion der Religionsgelehrten zwischen Mensch und Gott entzog er die Bevölkerung der direkten Beeinflussung der überwiegend konservativen Imame und erleichterte der revolutionären Führung die Instruktion (Indoktrinierung) der zukünftigen Mitglieder der Basisvolkskonferenzen.

Der Konflikt mit den Religionsgelehrten war damit aber noch nicht erschöpft. Als Qaddafi zunehmend einzig den Koran (nicht jedoch die festgefügte Scharia) in den Vordergrund der religiösen Legitimierung staatlichen Handelns schob und einzig den Koran als Gesetz der Ge-

⁷⁶ Qaddafi äußerte zum Motiv der Komiteegründung u.a. in einer Rede am 15.3.1972: „Revision der Gesetzgebung heißt Zurückführung der Angelegenheiten in ihren natürlichen Lauf, Ausmerzung der Verfälschung, die der Westen uns durch seinen Kolonialismus aufgezwungen hat; deshalb beschlossen wir die Revision der ganzen Gesetzgebung, der Gesetze, die während der Kolonialzeit erlassen wurden, die aus der christlichen bzw nichtislamischen Gesetzgebung stammen; deshalb beschloß der Revolutionsrat die Bildung eines Komitees, dem zahlreiche Unterkomitees angehören werden, und das Gelehrte und Juristen umfassen wird, um die gesamte positive Gesetzgebung zu revidieren, damit die islamische Scharia die in diesem Land angewendete Gesetzgebung wird.“ (Thawrat al-sha'b al-'arabi al-libi, 1973, Band 2: 253)

⁷⁷ Die Anwendung des Gesetzes bzw. der koranischen Strafen ist deshalb nie erfolgt. Vgl. hierzu Ciammaichella 1978; Mattes 1982: 55-63.

⁷⁸ Diese Intention Qaddafis kündigte sich bereits 1970 an, als er auf der ersten Konferenz der islamischen Mission äußerte: „Es ist notwendig, daß wir den Islam und den Koran richtig interpretieren. Ich sage nicht, daß wir mit etwas Neuem kommen sollen, sondern ich sage, wir sollen das interpretieren, was in ihm ist. Interpretieren wir den Islam und interpretieren wir den Koran neu. Selbst hier in unserem Land galt (bis 1969): die Interpretation des Koran ist verboten. Heute ist die Nichtinterpretation des Koran verboten; es ist notwendig, daß wir den Koran, Vers für Vers, neu erörtern. Wenn wir dies tun, werden wir finden, daß der Koran – von dem seine Gegner sagen, daß er rückständig sei, daß der Kern dieser Religion fortschrittlicher ist als der Kommunismus.“

sellschaft anerkannt wissen wollte⁷⁹, auf dessen Basis die Mitglieder der Volkskonferenzen mittels des Ijtihad (eigener Geistesanstrengung) selbständig Neuregelungen aller gesellschaftlichen Belange vornehmen sollen, war eine Eskalation der Konfrontation vorprogrammiert.

Eine Verschärfung des Konflikts zwischen Qaddafi und den Religionsgelehrten folgte 1978. In einer Predigt in der Mulay-Muhammad-Moschee (Tripolis) aus Anlaß des Geburtstages des Propheten (19.2.1978) und erneut am 3.7.1978 anläßlich einer Versammlung von religiösen Würdenträgern in derselben Moschee attackierte er nicht nur die Imame persönlich („Der Koran ist in arabischer Sprache, wir können ihn folglich alle verstehen, ohne daß wir einen Imam brauchen, der ihn uns erläutert.“), sondern griff durchaus mit stichhaltigen Argumenten massiv das gesamte Gebäude sunnitischer Lehre und Rechtsprechung an (Details Mattes 1982: 66-99).

Einzig der Koran sei – so Qaddafi – kein positives Recht und nur durch die zeitgemäße Neuinterpretation dieses göttlichen Textes könne auf die Fragen der Gegenwart eine Antwort gegeben und die Spaltung der Muslime sowie die Existenz verschiedener Rechtsschulen überwunden werden.

Damit der Neuerungen aber nicht genug. In der Rede vom Februar 1978 diffamierte Qaddafi auch die praktizierte Heiligenverehrung und das Pilgern zu den Marabutgräbern als „präislamischen Brauch“. Zudem stellte er erstmals einen expliziten Bezug zwischen dem Jamahiriya-Staatsmodell und dem Islam her, indem er auf die Koransure 42, Vers 38 („wa amruhum shura bainahum“/„und ihre Angelegenheiten in Beratung untereinander erledigen“) verwies und betonte, daß das Grüne Buch (Teil I) den Weg zur staatsrechtlichen Umsetzung des Koran aufzeige.⁸⁰ Im Dezember 1978 schließlich veranlaßte Qaddafi, daß der in muslimischen Ländern übliche Hijra-Kalender in Libyen durch den auf den Todestag des Propheten bezogenen Kalender ersetzt wurde, sei dieser Tag wegen des damit einhergehenden Endes jeglicher Prophetie doch ungleich wichtiger als die Hijra des Propheten von Mekka nach Medina.

Der sich formierenden Opposition der Religionsgelehrten gegen die religiöse Revolution wurde mit einer großangelegten Kampagne im Mai/Juni 1978 (Verhaftung zahlreicher Imame) begegnet, der bis Mitte der 80er Jahre weitere Kampagnen gegen „Obskurantismus“ und Maßnahmen „zur Reinigung der Häuser Gottes“ folgten.

Mit Saudi-Arabien und der *Islamischen Weltliga* kam es über diese von saudischer Seite als „Ketzerie“ und „Häresie“ bezeichneten Qaddafischen Neuerungen 1979/80 sogar zu einer außenpolitischen Kontroverse (Details Mattes 1986: 78-81). Qaddafi hielt allerdings trotz solcher Anfeindungen und trotz der islamistischen Aktionen seit Beginn der 90er Jahre bis heute an seiner antiklerikalen und auf Erneuerung ausgerichteten Islampolitik fest.

Das Militär in der Jamahiriya-Gesellschaft

Entsprechend dem Mitte der 70er Jahre aufkommenden Diktum „Herrschaft, Reichtümer und Waffen in die Hände des Volkes“ (al-sulta wal-tharwa wal-silah fi yad al-sha‘b) unterlagen auch die bewaffneten Streitkräfte (al-quwwat al-musallaha) einer Neukonzeption, insofern die klassi-

⁷⁹ Wie es dann auch in der Proklamation der Volksherrschaft am 2.3.1977 (Punkt 3) geschah; Text s.o.

⁸⁰ Qaddafi diesbezüglich am 19.2.1978 im Wortlaut: „Das Grüne Buch beabsichtigt in Wirklichkeit die Erläuterung nur eines einzigen Koranverses, nämlich in Sure: Die Beratung (42/38): „wa ‘amruhum shura baynahum“ („und ihre Angelegenheiten in Beratung untereinander erledigen“) [...]. Es gibt keine andere Deutung dieses Koranverses außer der Etablierung von Basisvolkskonferenzen, Volkskomitees, Berufsverbänden, damit diese Umma ihre Angelegenheiten miteinander berät und ihre Angelegenheiten tatsächlich durch Beratung regeln [...]. Nur diesen einzigen Koranvers will dieses Buch erklären.“ Qaddafi bezog damit – die politische und sozioökonomische Ideologie vom Islam trennend (Grünes Buch für weltliche – Koran für religiöse Fragen) – eine zunehmend säkulare Position. Allerdings bedeutet Säkularismus für ihn nicht Areligiosität (la-diniya) oder die Herbeiführung atheistischer Verhältnisse. Dies hat Qaddafi u.a. in seiner Rede vom 2.2.1976 anläßlich des Christlich-Islamischen Dialogs in Tripolis formuliert:

„Es ist also klar, daß die Menschheit die Religion braucht; wir brauchen sie als Quelle, um unsere Rechte und Pflichten zu erfahren, um das Richtige und Falsche, das Gute und Böse zu unterscheiden.“

sche Armee durch das von Qaddafi propagierte Konzept des „bewaffneten Volkes“ (al-sha‘b al-musallah) überwunden werden sollte.⁸¹

Wie die meisten der nach der Septemberrevolution eingeleiteten Maßnahmen wurde auch das Konzept des bewaffneten Volkes – wenngleich verschlüsselt – bereits in den ersten Wochen nach dem Sturz des Sanusiregimes angekündigt. Am 22.9.1969 führte Qaddafi in einer wichtigen Rede, die er in der westlibyschen Stadt Sabratah hielt, aus: „Das Volk ist der Lehrer, das inspirierende Element und der Pionier, während die bewaffneten Streitkräfte weder sich über das Volk erheben noch die Herrschaft des Landes monopolisieren wollen. Das Volk ist und bleibt der Herrscher und der Meister.“

In dieser Rede sprach Qaddafi auch von der Notwendigkeit einer Militarisierung des Volkes und einer Demokratisierung der Streitkräfte, damit Volk und Streitkräfte zu einer Einheit verschmelzen. Dieser Punkt stellte auch innerhalb der programmatischen Rede von Zuwara am 15.4.1973, mit der die libysche Volksrevolution eingeleitet wurde (s.o.), einen zentralen Aspekt dar und war einer der von Qaddafi für wichtig erachteten Punkte, sollte die Septemberrevolution nicht auf halbem Weg stehenbleiben. Qaddafi im Originaltext:

„Die Freiheit, die ganze Freiheit gebührt den werktätigen Massen des Volkes und nicht denjenigen, die sich über die Massen des Volkes erheben dünken. Es obliegt uns deshalb, daß wir an weite Kreise des Volkes zusätzlich zu den bewaffneten Streitkräften und der Volksmiliz Waffen verteilen, Waffen an diejenigen Volksmassen verteilen, für die wir die [September-]Revolution durchführten und die vier Jahrhunderte lang ihrer Freiheit beraubt waren. An diese – an die Septemberrevolution glaubenden – Volksmassen werden wir Waffen verteilen. Das wird ein neues Experiment. Ich sage Euch, ich werde die an die Septemberrevolution glaubenden Volksmassen bewaffnen. Was diejenigen betrifft, die gegen die Revolution des Volkes sind, so werden ihnen keine Waffen ausgehändigt werden, vielmehr wird ihnen die Waffe auf die Brust gesetzt. Das Volk als Ganzes wandelt sich als Folge der Bewaffnung in eine Volksmiliz und ich sage Euch, stützt Euch nicht auf die bewaffneten Streitkräfte [allein], sondern schützt den libyschen Boden dadurch, daß sich Hunderttausende von Libyern in Waffenträger verwandeln, die sich gegen jeden Staat wenden, der Libyen herausfordern möchte.“⁸²

Diese Ausführungen Qaddafis wurden in der libyschen Presse ausführlich kommentiert und in Publikationen aufgegriffen. Der Tenor: So wie sich jedes Volk gegen äußere Feinde mit einer Armee schütze, müsse sich auch die Revolution im Innern gegen seine Feinde schützen. Das beste Mittel dazu sei die Bewaffnung der revolutionären Massen und ihre Organisation in Form einer Volksmiliz (wörtlich: Volkswiderstand/al-muqawama al-sha‘biya). Durch die Volksmiliz werde gleichzeitig die Distanz zwischen Armee und Volk überwunden. Die Popularisierung der Armee, verbunden mit der Militarisierung des Volkes (takun al-jaish sha‘biyan wal-sha‘b ‘askariyan) wurde nach der Zuwara-Rede Qaddafis verstärkt in Angriff genommen.

Mittel dazu war die von Qaddafi seit 1975 propagierte sog. *Allgemeine Militärausbildung*, die für ihn die einzige Möglichkeit darstellte, die Landesverteidigung mit dem Modell der direkten Demokratie in Einklang zu bringen, ohne auf eine Armee zurückgreifen zu müssen, die in einem „Stellvertreterkrieg“ für das ganze Volk (was im Grünen Buch kategorisch abgelehnt wird) die Landesverteidigung übernimmt.⁸³

⁸¹ Diese Konzeption war nicht originär, schrieb doch schon Karl Marx in seiner Schrift *Der Bürgerkrieg in Frankreich* hinsichtlich der Organisationsprinzipien der Pariser Kommune 1871: „Das erste Dekret der Kommune war [...] die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.“ Auch die Forderung zur „Zerschlagung der Pfaffenmacht“ haben die Kommunarden 1871 bereits vorexerziert.

⁸² Inspiriert wurde das von Qaddafi seit 1973 propagierte Konzept der Volksbewaffnung durch die Rolle der libyschen Stämme im Kampf gegen die italienische Okkupationsarmee. Diesen historischen Bezug hat Qaddafi allein 1976 zweimal hervorgehoben.

„Ich sage euch jetzt: Jeder Stamm muß sein Gebiet allein verteidigen, seine Ehre verteidigen und sich in eine Volksmiliz verwandeln. Wenn ich, beginnend mit diesem Augenblick, die Stämme für die Volksmiliz organisiere und ihre Bewaffnung vorbereite, so obliegt es ihnen, ihren Besitz, ihre Erde zu verteidigen, genauso wie sie gegen die Italiener gekämpft haben.“ (Rede Qaddafis am 5.4.1976 zur Erinnerung an die Schlacht von Suluq)

„Im Jahr 1911 entschied der faschistische italienische Staat, Libyen innerhalb von zwanzig Stunden nach der Ankunft der regulären, klassischen italienischen Armee in Libyen an Italien anzuschließen. Aus den zwanzig Stunden wurden jedoch zwanzig Jahre heftigen Kampfes und die reguläre italienische Armee vermochte 1911 nicht eine Handbreit Boden zu besetzen, sondern blieb hilflos an den libyschen Stränden stecken und konnte nicht vorrücken. Warum? Weil ihnen ein ganzes Volk Widerstand entgegengesetzte. Jeder libysche Bürger fühlte sich im Jahr 1911 für die Verteidigung verantwortlich, fühlte, daß die Verteidigung seine Pflicht war.“ (Qaddafi am 1.9.1976)

⁸³ Qaddafi hat diesen Aspekt in zahlreichen Reden wiederholt, insbesondere nach der Proklamation der Volksherrschaft:

Die Umsetzung dieser Konzeption spiegelt sich inhaltlich deutlich in den beiden Verfassungsproklamationen wider, die die innenpolitische Entwicklung prägten. Während in der Verfassungserklärung vom 11.12.1969 Artikel 26 noch von den bewaffneten Streitkräften im Sinne einer klassischen Armee ausgegangen wurde, und die Präambel explizit auf ihre Rolle beim Sturz des Sanusiregimes hinwies, verzichtete die Proklamation zur Errichtung der Volksherrschaft vom 2.3.1977 auf die traditionellen Formulierungen (Schutz des Landes und Garantie seiner Sicherheit; Schutz der territorialen Integrität, des republikanischen Systems und der nationalen Einheit) und stellte lapidar im vierten Hauptpunkt fest:

„Die Verteidigung der Heimat ist die Pflicht jedes Bürgers und jeder Bürgerin. Die Ausbildung des Volkes und seine Bewaffnung vollzieht sich durch die „Allgemeine Militärausbildung“. Das Gesetz regelt die Form und die Ausbildung der militärischen Kader und die Allgemeine Militärausbildung.“

Besonders deutlich insistierte Qaddafi auf der Notwendigkeit des Konzeptes des „bewaffneten Volkes“ nach der Proklamation der Volksherrschaft im März 1977,⁸⁴ nicht ohne dabei auf zwei Haupthindernisse zu stoßen. Das erste Haupthindernis war die fehlende Motivation der Volksmassen, an der *Allgemeinen Militärausbildung* auf freiwilliger Basis teilzunehmen, was dazu führte, daß Qaddafi – der noch 1977 die Zwangsrekrutierung im Rahmen einer allgemeinen Wehrpflicht als „Angelegenheit für Sklaven“ bezeichnete – nunmehr die Verabschiedung eines Wehrpflichtgesetzes durch die Basisvolkskonferenzen betrieb. Diese standen dem unpopulären Anliegen jedoch sehr reserviert gegenüber und erst die militärische Eskalation mit Ägypten (Grenzkrieg Juli 1977) bewirkte einen Stimmungsumschwung, so daß mit Gesetz Nr. 3 vom 6.5.1978 für eine gewisse Zeit ein obligatorischer Militärdienst (Details Mattes 1985: 542) eingeführt wurde:

„Es geht kein Weg an der Militärflicht vorbei, um eine Million Libyer zu mobilisieren (ta'bi'a malyun libi). Wir können dies nur durch die Militärflicht erreichen und die allgemeine Militärausbildung wird solange fortgesetzt, bis jeder Libyer ausgebildet ist und wir das höchste Ausbildungsniveau erreicht haben. In diesem Falle endet die Militärflicht und wir verkünden die Verwirklichung des 'bewaffneten Volkes'.“ (Qaddafi am 19.3.1978)

Das zweite Haupthindernis war der Widerstand innerhalb des Offizierskorps der „klassischen Armee“, das sich durch die Proliferation der Militärausbildung zurückgestellt fühlte. Einer der Hauptexponenten jener Gruppe, die sowohl die ideologisch-motivierte „Entwertung“ der bewaffneten Streitkräfte als auch den (in keiner Basisvolkskonferenz diskutierten und befürworteten) Tschadeinsatz kritisierten, war Qaddafis in der Armee über großen Einfluß verfügender Vetter Oberst Hassan Ishkal, der am 24.11.1985 in Tripolis (wahrscheinlich von einem Mitglied der Leibwache Qaddafis) gezielt in seiner Funktion als ernstzunehmender Rivale Qaddafis ermordet wurde.

Qaddafis Konzeption des bewaffneten Volkes hatte zudem eine kostspielige materielle Komponente. Parallel zur militärischen Erfassung aller Libyer lief seit 1979 – begünstigt durch die hohen Deviseneinnahmen aus dem Erdöllexport – ein Rüstungsprogramm an, das zum einen den dezentralisierten Bedarf an Waffen außerhalb der bewaffneten Streitkräfte, zum anderen aber auch den Bedarf der durch die Wehrpflicht personell expandierenden Armee decken sollte. Hauptlieferanten der Rüstungsgüter waren im Zeitraum 1979-1985 neben der Sowjetunion (rund 50 % der wertmäßigen Importe) vor allem Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei.

„Bei der Verantwortung für die Verteidigung gibt es keine Repräsentation, ebensowenig wie bei der Ausübung der Herrschaft durch das Volk (mas'uliya al-difa'... la niyaba fiha).“ (Qaddafi am 8.3.1977 in Tripolis)

„Die Armee zählt jetzt nicht mehr zu den traditionellen Armeen. Sie ist keine traditionelle Armee (jaish taqlidi) mehr; ihre neue Aufgabe ist vielmehr die Ausbildung der Volksmassen zur Etablierung des bewaffneten Volkes.“ (Qaddafi am 6.4.1977 in Banghazi)

84 Qaddafi z.B. am 3.6.1978:

„[Nach der Etablierung der Volksherrschaft] bleibt die [Transformation der] Armee übrig. Das Ziel ist die Etablierung des bewaffneten Volkes, bei der das Volk als Ganzes sich in eine Armee verwandelt, so daß die Herrschaft, die Waffen und die Reichtümer in der Hand des Volkes liegen (al-sulta wal-tharwa was-silah fi yad ash-sha'b). Die Waffen werden zu einem diktatorischen Instrument und zwingen dem Volk eine Diktatur auf, wenn sie nur von einem Teil des Volkes monopolisiert werden. Folglich ist es unumgänglich, die Bürger in den Besitz dieser Waffen zu setzen; in diesem Falle erfüllt sich der Traum von der Schaffung eines souveränen Volkes, eines freien Volkes, eines Volkes, das sich selbst führt.“ (SQ 1977/1978: 791)

In der Presse und in militärwissenschaftlichen Abhandlungen wurde diese Importpolitik – in weitgehender Unkenntnis des dahinter wirkenden Konzeptes des bewaffneten Volkes – mit Erstaunen registriert, weil der Bestand an rund 3.000 Panzern, 900 Panzerfahrzeugen und riesigen Mengen Munition, Schnellfeuergewehren usw.⁸⁵ bei weitem die Absorptionskapazität der regulären bewaffneten Streitkräfte (1979: 37.000, 1985: 75.000 Soldaten) überstieg. Bezogen auf die bewaffneten Streitkräfte allein ist dies sicher richtig, selbst wenn ein bestimmter Prozentsatz der Waffen für panarabische Ziele (d.h. als panarabische Reserve für einen Kriegsgang mit Israel) reserviert gewesen wäre.

Der eigentliche Anlaß für die Waffenimporte (und die zeitliche Parallelität mit der Umsetzung der Qaddafischen militärpolitischen Konzeption) war jedoch das Bestreben der libyschen Revolutionsführung, die „Waffendisposition“ in Libyen zu dezentralisieren (Städte, Militärgymnasien), mit allen negativen Konsequenzen für die technische Unterhaltung der Waffen und Waffensysteme bei einer solchen geographischen Streuung und oftmals unsachgemäßen Lagerung. Die numerisch tatsächlich einsatzfähigen Waffen waren denn auch drastisch geringer und die Niederlagen der libyschen Streitkräfte im Nordtschad im ersten Halbjahr 1987 demonstrieren in blamierender Weise den niedrigen Ausbildungsgrad der Streitkräfte und die geringen operativen Fähigkeiten der Militärführung insbesondere im Ernst-/Kriegsfall (vgl. hierzu auch das Libyenkapitel in Cordesmann 1993: 130-156, bes. 133-134).

5. Politische Opposition und Menschenrechte

Revolutionen, deren Genese eng mit der beabsichtigten Beseitigung von Mißständen verknüpft ist und die sich dem Aufbau einer neuen Gesellschaft entsprechend ihrem Weltbild verschrieben haben und diesen Anspruch mit zuviel Saint-Just durchzusetzen versuchen, gehen zwangsläufig gegen all jene Bevölkerungsgruppen vor, die als konterrevolutionär eingestuft werden, oder provozieren Widerstand bei jenen Bevölkerungsgruppen, die Opfer von ergriffenen, ideologisch gerechtfertigten politischen und wirtschaftlichen Gestaltungseingriffen werden. Die libysche Revolution macht hierbei keine Ausnahme.

Die politische Entwicklung seit der Machtübernahme vom September 1969 ist folglich von sukzessiven Konflikten zwischen der Revolutionsführung um Qaddafi und jenen sozialen Schichten, Berufskategorien und von der Monarchie übernommenen administrativen Kadern, die sich dem Prozeß der Ideologisierung der libyschen Gesellschaft, d.h. den Imperativen der 1973 einsetzenden Volksrevolution und der Implementierung der *Dritten Universalen Theorie* bzw. des *Grünen Buches* widersetzen, gekennzeichnet.⁸⁶ Zwar gab es auch bereits im Zeitraum September 1969 bis April 1973 oppositionelles Agieren, doch war dieses angesichts der noch diffusen Konzeptionen des RKR punktuell und hatte hinsichtlich seiner Genese andere Ursachen. Dies betrifft sowohl die beiden konterrevolutionären militärischen Komplote vom Dezember 1969 (s.o) und vom Juli 1970⁸⁷ als auch das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Muslimbrüder, denen insbesondere Untergrundarbeit und Kollaboration mit westlichen Mächten vorgeworfen wurde (Details Mattes 1986: 72-78).

⁸⁵ Zur Zusammensetzung des libyschen Waffenarsenals Ende der 70er Jahre/Anfang der 80er Jahre vgl. die Liste in Heller, Mark/Tamari, Dov/Eytan, Zeer: *The Middle East Military Balance* 1983. Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv University 1983: 155-163 (Libya), sowie 164-168 eine kurze Beschreibung der Libyan Armed Forces. Die jährlich fortgeschriebene Zustandsbeschreibung der libyschen Streitkräfte ist der *Military Balance des International Institute for Strategic Studies* (London) zu entnehmen.

⁸⁶ Vgl. zur politischen Opposition in Nordafrika allgemein den Themenband von Wuqûf, Hamburg, Nr. 12, Dezember 1999, 272 S., darin besonders der einführende Beitrag Mattes 1999 (vgl. Tabelle: 32-33).

⁸⁷ Zum sog. monarchischen Fazzan-Komplott um die Organisatoren Abdallah Abid Sanusi, Umar Shalhi und Mitglieder der königsloyalen Saif al-Nasir-Familie vgl. First 1974: 118.

Die ersten beiden gesellschaftlichen Gruppen, die bewußt gegen politische Maßnahmen des RKR Unmut äußerten, waren die Studenten und jene Intellektuelle, die sich nicht kooptieren ließen und sich für das (konterrevolutionäre) Prinzip der Politikformulierung von *unten* über Berufsorganisationen, Gewerkschaften und Parteien aussprachen.⁸⁸ Solche Forderungen wurden mit Herausbildung des ideologischen Profils des RKR zunehmend mit Repression beantwortet oder zogen die Exilierung der betreffenden Personen (u.a. nach Großbritannien, USA, Ägypten) nach sich.

Die libysche Studentenunion, bereits unter der Sanusimonarchie Vorreiter bei der Artikulation gesellschaftlicher Proteste, unterstützte wie die Intellektuellen den Machtwechsel an sich, opponierte aber gegen den mit dem Aufbau der Volksorganisation bzw. der ASU einhergehenden Verlust der studentischen Autonomie; studentische Proteste gab es in Tripolis insbesondere während der ersten Tagung des ASU-Nationalkongresses im April 1972, weil die Delegierten in der „Phase revolutionärer Transformation“ Streiks bei der Arbeit, im Handel und beim Studium verboten (Mattes 1982: 157). Die Studentenschaft polarisierte sich im Gefolge immer stärker in teils aktive, größtenteils jedoch passive Regime- bzw. Systemgegener und die zweifellos minoritäre Gruppe revolutionsloyaler Studenten, die dank der Protektion Qaddafis nicht nur ab Mai 1973 die Gründung von Volkskomitees an beiden Universitäten und Absetzungen mißliebiger Professoren und Dekane durchsetzte, sondern auch Einfluß auf die in Angriff genommene Modifizierung der Curricula nahm.

Wegen der 1974 für Studenten anberaumten allgemeinen Militärausbildung, der Restrukturierung der Studentenvereinigung (=Abschaffung der freien Wahl der Studentenvertreter) und der Universitäten gemäß den Resolutionen der zweiten Tagung des ASU-Nationalkongresses und den Direktiven Qaddafis (Rede vom 27.4.1975) eskalierten die Auseinandersetzungen ab Juni 1975 besonders an der Qar Yunis Universität in Banghazi, wo bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften am 6./7.1.1976 zehn Studenten getötet wurden.⁸⁹ Die eigentliche Konfrontation erfolgte indes am 7.4.1976, als Qaddafi-loyale Studenten im Zuge ihrer *Studentenrevolution* (thawrat al-tullab)⁹⁰ militant „die verfaulten (studentischen) Vertreter der Bourgeoisie“ aus der Universität vertrieben⁹¹ und mit der Gründung der allgemeinen *Studentenkonferenz* gemäß den Richtlinien des Grünen Buches den Hochschulsektor ideologisch-institutionell gleichschalteten. Dennoch ist es vor allem bis Ende der 80er Jahre immer wieder zu studentischen Protesten gegen die wachsende Unfreiheit an den Universitäten gekommen (1977, 1980, 1984, 1986),⁹² für den die Urheber einen hohen Preis (Verhaftung; Folter; teilweise Hinrichtung) zahlten.

Eine weitere Kategorie von Opposition und Konfrontation mit dem RKR kristallisierte sich ab 1973 heraus, als sich immer deutlicher zeigte, daß die Administration (Beamte) und die ASU

⁸⁸ Bereits fünf Tage nach dem Machtwechsel richtete eine Gruppe von neun Intellektuellen aus Banghazi ein Memorandum an den RKR, in dem sie zwar den Machtwechsel an sich begrüßten, jedoch zugleich betonten, daß die Bevölkerung über die Gewerkschaften und ihre sonstigen Organisationen die Gelegenheit erhalten müsse, das neu zu konstituierende politische System mitzugestalten. Der RKR reagierte auf dieses wie auch spätere Gesuche nicht. Vgl. First 1974: 120; Davis 1987: 79-80.

⁸⁹ Die Folgen waren Proteste libyscher Studenten in Ägypten (Kairo, Alexandria) und London; vgl. ACR 1975/1976: B 62. Weitere Proteste im Ausland folgten im April 1976 (Demonstrationen vor den libyschen Botschaften in Washington, London, Bonn, Kairo). Diese wurden durch die hohe Anzahl libyscher Studenten im Ausland (zeitweise bis zu 20.000) begünstigt; ein Großteil der regimekritischen Studenten kehrte nicht mehr nach Libyen zurück, sondern schloß sich den sich formierenden libyschen Exilorganisationen an. Die oppositionelle libysche Studentenorganisation im Ausland ist die *Generalunion libyscher Studenten* (GULS).

⁹⁰ Der 7.4.1976 wird seither als staatlicher Feiertag begangen; vgl. aus Anlaß der im April 1999 zahlreich erschienenen Zeitungsbeiträge zum Jahrestag die Reportage: al-sabi' min abril fi 'uyun al-tullab (Der 7. April in den Augen der Studenten) in: al-Fajr al-jadid. Tripolis, 24.4.1429 (=1999): 5-6.

⁹¹ Für eine solche „Operation“ wurde in der Revolutionsterminologie der Begriff *zahf* (arab. Vormarsch; Vorrücken von Heeresteilen) gebraucht. Aus diesem Grunde heißt die Zeitung der Revolutionskomitees *al-Zahf al-akhdar* (Der grüne Vormarsch), wobei grün für die prosperierende Revolutionsideologie steht, die in die Gesellschaft getragen werden soll. Seit November 1977 ist folglich die Staatsflagge der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya ein einheitlich grünes Tuch.

⁹² Dabei hat sich die Struktur und Zielsetzung der protestierenden Studenten verändert; die ursprünglich demokratisch orientierten Studentenproteste wichen Ende der 80er Jahre zunehmend islamistischen (studentischen) Protesten.

unfähig waren, die vom RKR postulierte Entwicklungsrevolution durchzuführen, und aus der Sicht des RKR bei der notwendigen Massenmobilisierung versagten.

Antwort auf dieses Defizit war die bereits beschriebene *Verwaltungsrevolution*, d.h. die Gründung der Volkskomiteebewegung, integriert in den umfassenderen Kontext der von Qaddafi am 15.4.1973 lancierten *Volksrevolution*.

Dieser Prozeß führte im Zusammenhang mit außenpolitischen Entwicklungen, insbesondere dem Bruch mit Ägypten Ende 1973, dazu, daß jene Fraktion innerhalb des RKR, die aus dem städtischen Milieu stammte und die dort präsenste Handelsbourgeoisie verkörperte, deren Interessen durch die Etablierung der Volkskomitees und die damit einhergehende Entmachtung der ASU gefährdet waren, eher einer wirtschaftlichen Öffnung zuneigte, wie sie ab 1974 vom ägyptischen Präsidenten praktiziert wurde. Das Scheitern des vom damaligen Planungsminister und RKR-Mitglied Muhaishi versuchten Putsches gegen Qaddafi (August 1975) führte zu einer personellen Reduzierung des RKR auf jene Mitglieder (Qaddafi, Jallud, Kharrubi, Humaydi und Jabir), die allesamt ländlichem oder beduinischem Milieu entstammten und bereits im Oktober 1975 mit rigiden Wirtschaftseingriffen (Verstaatlichung des Außenhandels, Ausdehnung des Staatsmonopols in diversen Wirtschaftsbereichen) den Aktionsspielraum der bis dahin vom Muhaishi und al-Huni protegierten Handelsbourgeoisie einengten, die zugleich im Rahmen einer von Qaddafi-Anhängern kontrollierten Neuwahl der Volkskomitees im Dezember 1975 ihren dortigen Vertreter verlor.

Diese Maßnahmen markieren das Ende einer Ära, in der die Verurteilung des offenen Klassenkampfes – ein Tribut an das Revolutionsideal der (internen) Einheit – als eines der politischen Grundprinzipien galt. Die „Bourgeoisie“ gab folglich seit Ende 1975 ein bevorzugtes Ziel für Kritik ab, wobei Qaddafi in diversen Reden ihren Lebensstil anprangerte und ihre konterrevolutionäre Rolle brandmarkte. Unter der Überschrift „Wie leben die Bourgeois“ (kaifa ya'ish al-burjuwaziyyun) meinte Qaddafi z.B. am 15.11.1975 auf einer Volksversammlung:

„Die Bourgeois und die heuchlerischen Familien waren, als die Italiener kamen, auf der Seite der Italiener, als die Engländer kamen, auf der Seite der Engländer und als die Monarchisten kamen, waren sie auf der Seite der Monarchisten. Als die Revolution stattfand, wollten sie auch auf ihrer Seite stehen; aber diese Revolution ist nicht mit der verflorbenen Epoche zu vergleichen. Wir wollen keinen, der über sie lacht.

Schaut sie euch an, schaut ihr Leben an. Sie sind *mutana' amun* (Leute, die angenehm leben), sie sind *muta'allamun* (gebildet), sie haben ihre Zertifikate in Rom und Großbritannien erworben; während viele von euch nicht einmal wissen, ob Rom im Osten oder im Westen liegt.

Es gibt Leute, die behaupten Libyer zu sein, sie leben auf Kosten unseres Erdöls und auf Kosten eurer Staatshaushalte und wenn sie ihren Schnupfen behandeln lassen wollen, reisen sie nach Deutschland oder in die Schweiz, da die Krankenhäuser in Libyen ihnen nicht gut genug sind. Was ist mit den Tausenden von normalen Libyern, die in die Krankenhäuser hier im Lande gehen müssen? Wenn es für die Behandlung notwendig ist, muß auch der Arme nach Rom gehen können.

Mit aller Offenheit, die Bourgeois sind „ausländische Familien. Jede Stadt wird von einer Familie oder einer Gruppe von heuchlerischen Bourgeois beherrscht, die versucht, die Armee der Septemberrevolution zu unterminieren, denn sie wissen, daß die Armee der Weg ist, der zur Führung, zur Herrschaft weist und ihre Interessen bekämpft und zerschlägt.“ (SQ 1975/ 1976: 424-425)

Qaddafi fuhr, nachdem er nochmals diejenigen, die über die Revolution lachen, als Verbündete der vergangenen Epoche und als Feinde der *jamahir* (Volksmassen) bezeichnet hatte, fort:

„Die Leute wurden bewußt und wissen, daß die Revolution *ihre* Revolution ist; diese Leute, die aus der Wüste, den Dörfern und Oasen kamen, die jetzt in den Vororten der Städte wohnen, in (neuen) Wohnhäusern – Allah sei Dank – diese Leute, das wissen wir, sind unsere wirklichen Verbündeten. Sie sind es, auf die wir uns stützen müssen, an denen wir uns immer ausrichten müssen. Ich bin eine Person, die blindes Vertrauen zu den Volksmassen hat, obwohl man sagt, sie sind ungebildet, Stammesanhänger, rückständig; ich vertraue absolut; nicht jedoch den Bourgeois, den nach Macht strebenden Familien und den schadenfreudigen, verdorbenen Familien. Der Grund dafür ist klar; die letzten sechs Jahre haben gezeigt, daß sie assimilierte Familien geworden sind, parasitäre Familien, daß sie Bourgeois geworden sind und die Bürokratie im Zeitalter der Revolution ausdehnen wollen; alle, auch diejenigen, die sie unterstützten, sind Feinde der Revolution, das ist klar.“ (Ebenda: 426)

Am 18.1.1976, auf der Schlußsitzung der 1. Tagung der AVK richtete Qaddafi ein zweites Mal heftige Angriffe gegen die Bourgeoisie. Diesmal gab er diesem Begriff aber einen völlig neuen Inhalt, denn er bezog sich auf die „Bourgeoisie des Gedankens“ (burjuwaziyyat al-fikr):

„Derjenige, der mit uns ist – er ist herzlich willkommen, ob er reich ist oder nicht. Ich spreche nicht von Reichtum und wieviel jemand besitzt, denn Bourgeoisie ist nicht nur Reichtum, Bourgeoisie ist auch eine Geisteshaltung: es gibt Leute, die ruhen sich auf ihrer Matte aus, denken bourgeois, akzeptieren die Volksherrschaft/sultat al-sha'b nicht, sie lehnen die Revolution, die Einheit und den Sozialismus ab, sie sind gegen die Transformation, sie wollen nur auf Kosten der Gesellschaft schmarnotzen. Die Bourgeoisie,

die ich meine, ist nicht nur materiell, sondern auch gedanklich/kulturell bourgeois. Natürlich ist es auch möglich, daß jemand der arm ist, gegen die Revolution eingestellt ist, daß sein Denken durch die Lektüre rückständiger Bücher verseucht ist. Dieser Bourgeoisie erklären wir den Krieg und ich sage euch: wenn wir unsere Reihen nicht säubern, ist die Revolution in Gefahr, ist die Volksherrschaft in Gefahr, aber auch die weitere Entwicklung und die sozialistische Transformation.“ (SQ 1975/1976: 457)

Diese beiden Passagen Qaddafis zeigen, daß er als Bourgeois nicht nur jeden begreift, der sich aus rein politisch motivierten Gründen gegen den revolutionären Transformationsprozeß sträubt, sondern auch denjenigen, der aufgrund seines materiellen Reichtums dem eingeleiteten Transformationsprozeß klassenmäßig gebundenen Widerstand entgegensetzt.

Mit dem Ausscheiden der Anti-Qaddafifraktion aus dem RKR verlor die Handelsbourgeoisie ihren militärischen Verbündeten im höchsten Exekutivorgan.⁹³ Dieses Ereignis ist deshalb bedeutend, weil es das „politische Ende der Mittelklasse“ (Bleuchot/Monastiri) markiert und 1977 gemäß dem veröffentlichten zweiten Teil des Grünen Buches die weitere Demontage des wirtschaftlichen Einflusses der Handelsbourgeoisie ermöglichte.

Erster Schritt war die massive Neugründung öffentlicher (Monopol-) Unternehmen, die den Aktionsspielraum privater Unternehmer zunehmend beschnitten. Zu dieser sich permanent verstärkenden sektoralen Einengung kam mit Beginn der „Partner – nicht Lohnarbeiter“-Kampagne ab September 1978 die Übernahme und Selbstverwaltung der (öffentlichen und) privaten Betriebe durch ihre Belegschaft hinzu (Gründung sog. Produzentenräte).

Auch die Immobilienbesitzer und Händler waren ab 1977 die Zielscheibe verschiedener Kampagnen. Durch die *al-bait-li-sakinihi*-Kampagne (Das Haus seinem Bewohner als Eigentum) wurde gezielt die im Grünen Buch Teil II von Qaddafi entwickelte Konzeption der Selbstbestimmung über die Grundbedürfnisse realisiert und damit zugleich der Immobilienspekulation (Abschöpfung von Wohnraum, der über die Eigennutzung hinausgeht) ein Ende bereitet.

Die derselben theoretischen Grundidee entspringende Sozialisierung des Konsums, d.h. die Abschaffung des privaten Handels und der Verkauf aller Güter zu Produzentenpreisen (plus Nebenkosten) in Volksmärkten (*aswaq sha'biya*), die seit Anfang der 80er Jahre überall in Libyen eröffnet wurden, war eindeutig gegen die Händler gerichtet, denen nicht nur der Makel der Profitsucht und Spekulation anhaftete, sondern die auch als unproduktiv eingestuft wurden.

Alle diese Maßnahmen wirkten als Fanal für eine sich seit Ende der 70er Jahre verstärkende Emigrationswelle, in der Mehrzahl Händler, Unternehmer und Verwaltungsfachleute,⁹⁴ die sich nach Malta, Rom, London, Athen, Nikosia und Kairo in Bewegung setzten, dort zu den Nuklei bereits bestehender Auslandsopposition stießen und diese personell/finanziell stärkten oder neue Gruppen bildeten.⁹⁵

Die aktivste Opposition kam in den 90er Jahren aus den Reihen der Militärs und der islamistischen Gruppierungen, war jedoch stets räumlich auf Teilregionen beschränkt. Nachdem es 1977 aus dem Umfeld von Muhaishi-Anhängern in Misurata und 1980 in der Garnison Tubruk zu Unmutsmanifestationen von Truppenangehörigen über politische Aspekte bzw. Sold- und Einsatzprobleme kam, ist das Militär erst wieder im Oktober 1993 als Oppositionskraft in Er-

⁹³ Qaddafi selbst distanzierte sich von Aussagen, die das Militär oder Teile davon als den „bewaffneten Arm der Bourgeoisie“ bezeichneten bzw. die Armee mit der Bourgeoisie in irgendeiner anderen Art und Weise in Verbindung brachten. Für ihn ist das libysche Militär revolutionär, jamahirorientiert und somit zwangsläufig antibourgeois. Es war daher Qaddafi selbst, der die Korruption innerhalb des Offizierskorps, die von Offizieren beanspruchten Privilegien (Auslandsreisen, Wagenpark usw.) aufgriff und anprangerte; ein berühmt gewordenes Beispiel ist der aus Qaddafis Feder stammende Artikel in *al-Zahf al-akhdar* (18.5.1985) unter dem Titel: *al-jaish-hashish wa taish* (Die Armee – Haschisch und Gedankenlosigkeit). Ähnlich kritisierte er z.B. am 2.8.1984 die „parasitäre Neo-Bourgeoisie“, zu der er auch abweichlerische Mitglieder der Revolutionskomitees (Kritik an ihren Bereicherungspraktiken) zählte.

⁹⁴ Die genaue Anzahl ist nicht bestimmbar. Die häufig genannte Zahl von 2.000-3.000 ist sicherlich zu gering, die am 13.6.1980 in der Zeitung *Die Welt* (Berlin) verbreitete Zahl („in den letzten Jahren sind schätzungsweise dreihunderttausend Libyer von der Diktatur Gaddafis ausgewandert“) jedoch unrealistisch hoch (dies wären über 10 % der Gesamtbevölkerung gewesen).

⁹⁵ Eine Liste der gegenwärtig existierenden libyschen Exil- bzw. Auslandsoppositionsgruppierungen findet sich im *Annuaire de l'Afrique du Nord 1995*, Paris: CNRS éditions 1997: 610-611 oder im Internet unter: http://ourworld.comuserve.com/homepages/dr_ibrahim_igneiwa. Wie beim Beispiel der zerrissenen und deshalb schwachen serbischen oder irakischen Exilopposition ist das Hauptproblem für eine effektive Arbeit die große innere Fraktionierung (Royalisten; Nationalisten; Pro-USA vs. Anti-USA; Säkularisten vs. Islamisten; Etatisten vs. Wirtschaftsliberale usw.).

scheinung getreten. Ab 18.10.1993 revoltierten in Bani Walid (südwestlich von Misurata) Militärangehörige des dort ansässigen Warfalla-Stammes unter Führung u.a. von Oberst Muftah M. Gharum, Oberst Mustafa Balqasim Mas'ud und Oberst Sa'd Salim Faraj, ohne jedoch beim gesamten – in das Machtgefüge integrierten – Warfalla-Stamm Unterstützung zu finden, so daß die Revolte im November 1993 von loyalen Sicherheitskräften und Revolutionswachen niedergeschlagen werden konnte. Die Anführer (sechs Offiziere, zwei Zivilisten) wurden nach Verurteilung durch den Obersten Militärgerichtshof am 1.1.1997 „wegen Spionage zugunsten des CIA und Hochverrat“ hingerichtet (Details SWB, 3.1.1997). Die Ursachen der Revolte werden je nach Quelle unterschiedlich angegeben; vermutet werden u.a. partikularistische Ambitionen; ein von außen (National Front for the Salvation of Libya; USA) gesteuerter Versuch zum Sturz Qaddafis; zudem wird ein Zusammenhang hergestellt mit internen Differenzen über die Lösung des Lockerbiekonflikts und mit der sich verschlechternden ökonomischen und politischen Lage.

Wesentlich längerfristiger, wenngleich in der Hauptsache auf den Großraum Banghazi und das *Grüne Gebirge* (Region zwischen al-Marj und Darna) beschränkt, war die Konfrontation zwischen islamistischen Gruppen und Sicherheitskräften.⁹⁶ Der eigentliche Beginn des *bewaffneten Kampfes* der islamistischen Gruppen datiert auf den 8.4.1989, als bei (allerdings hinsichtlich des Verlaufs nicht exakt bestätigten) Angriffen von Islamisten auf Moscheebesucher mehrere Moscheebesucher erschossen wurden. Die Angreifer begründeten ihre Aktion damit, daß die Moscheebesucher die offizielle häretische Islamversion des Ketzers (zandiq) Qaddafi unterstützen würden und deshalb selbst Häretiker seien. Trotz der massiv einsetzenden Repression der Sicherheitskräfte und trotz der rhetorischen und juristischen Gegenkampagne der Revolutionsführung (Details Mattes 1995: 37-56) ist es in den Folgejahren immer wieder mit Höhepunkten 1995/96⁹⁷ in der östlichen Cyrenaika von seiten der neugegründeten islamistischen Gruppen wie *Harakat al-shuhada' al-islamiya* (Islamische Märtyrerbewegung), *al-Jama'a al-islamiya al-muqatila* (Islamische kämpfende Gruppe), *al-Jama'a al-islamiya al-libiya* (Libysche islamische Gruppe) zu Angriffen auf staatliche Einrichtungen (u.a. 22.6.1996 auf die Polizeiakademie in Darna; Polizeistationen) und zu gezielten Mordanschlägen (u.a. auf hochrangige Revolutionskomiteemitglieder) mit teilweise erheblichen Verlusten auf beiden Seiten – islamistischen Gruppen wie staatlichen Sicherheitskräften – gekommen.⁹⁸

Auf diese wie auch die anderen Herausforderungen reagierte die Revolutionsführung seit 1969 – neben dem Einsatz des Repressionsinstrumentes in den Fällen, wo es aus Sicherheitsgründen für notwendig gehalten wurde – mit einem sich wandelnden juristischen und administrativen Maßnahmenbündel. Den Beginn machte das Gesetz zum Schutz der Revolution vom 11.12.1969 (s.o.), gefolgt u.a.

- von Arbeitsgesetz Nr. 58/1.5.1970, das in Art. 150 Streiks verbietet;
- von „Parteiengesetz“ Nr. 71/30.5.1972, das jegliche parteipolitische Zusammenschlüsse außerhalb der ASU verbot bzw. kriminalisierte und
- dem Gesetz gegen Wirtschaftsverbrechen Nr.2/April 1979 (u.a. Todesstrafe bei Wirtschaftssabotage).

⁹⁶ Wie bereits in Kaptitel 4.3. ausgeführt, datiert die Auseinandersetzung der libyschen Revolutionsführung mit den Islamisten nicht erst seit den 80er Jahren, sondern ist so alt wie die Revolution selbst, wenngleich anfänglich nicht so sehr inhaltliche Divergenzen im Vordergrund standen als vielmehr die konspirativen Tätigkeiten der Islamisten gegen das Regime. Mit Beginn der religiösen Revolution 1975 vertiefte sich der Konflikt, wobei die allgemein zu beobachtende Sensibilisierung der Bevölkerung für islamische Fragen Ende der 70er Jahre (iranische Revolution) auch in Libyen spürbar wurde und weitere islamistische Gruppierungen wie die *Organisation Heiliger Krieg* oder die *Liga der Da'wa* Anhänger rekrutieren konnten. Zur ersten offenen Konfrontation kam es dann Mitte der 80er Jahre, als am 8.5.1984 Sicherheitskräfte ein infiltrierte Kommando der den Muslimbrüdern nahestehenden libyschen Exilopposition *National Front for the Salvation of Libya* (NFSL) zerschlugen und sechs überlebende Mitglieder im Juni 1984 während des Ramadan öffentlich gehängt wurden.

⁹⁷ Vgl. die Länderrubrik Libyen, in: Nahost-Jahrbuch 1990ff. Opladen 1991ff.

⁹⁸ So wurde am 30.6.1996 bei einem Feuerwechsel der Emir der *Harakat al-shuhada' al-islamiya*, Muhammad al-Hamri, getötet.

Institutionell wurde auf oppositionelle Herausforderungen mit der Gründung oder Umfunktio- nierung bestehender Kontrollorgane geantwortet. Abgesehen von den Revolutionskomitees, die ab 1979/80 immer stärker zu revolutionären Sicherheitsorganen umfunktio- niert wurden⁹⁹ und sich speziell auf der vierten Jahrestagung der Revolutionskomitees (1.-3.3.1981) in den verab- schiedeten „Richtlinien der zukünftigen politischen Arbeit“ der „Liquidierung konterrevolutio- närer Elemente“ verschrieben,¹⁰⁰ zählen zu diesen Organen die seit 1990 aufgestellten *Volkswa- chen* (haras sha‘bi) zur Kontrolle der Moscheen und die ab April 1994 begründeten *Reinigungs- komitees*, die im Mai 1995 durch Militärangehörige personell verstärkt und zahlenmäßig aufge- stockt wurden, um illegale Wirtschaftspraktiken (= Opposition gegen die staatliche Wirtschafts- politik) zu unterbinden.

Im Zusammenhang mit der Militärrevolte von Bani Walid ist es schließlich zu einer gesetz- geberischen Maßnahme der AVK (auf Initiative der Revolutionsführung) gekommen, die indi- rekt offenlegte, wie stark Libyen noch eine tribal geprägte Gesellschaft ist. Die AVK verab- schiedete am 9.3.1997 einen sogenannten Ehrenkodex (wathiqat al-sharaf)¹⁰¹, der Großfamilien und Stämme kollektiv u.a. mit dem Entzug von Wasser, Strom, Telefon, Dieselöl bestraft bzw. ihnen das Recht auf Teilnahme an den Tagungen der Basisvolkskonferenzen und den Zugang zu administrativen Dienstleistungen (Pässe, Lizenzen, Urkunden, staatliche Kreditleichterungen usw.) versagt, wenn Familien-/Stammesmitglieder in „bewaffnete Gewalt, Sabotage, Anzette- lung tribaler Konflikte“ verwickelt sind oder die Familien/Stämme die Behörden nicht über „Terroristen, Kriminelle, Saboteure und Häretiker (= Islamisten)“ in ihren Reihen informieren. Diese angedrohten Maßnahmen kollektiver Bestrafung riefen zurecht nicht nur den Protest der Exilopposition (vgl. al-Hayat, 12.3.1997), sondern auch von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International (vgl. Erklärung vom 24.6.1997) hervor, ohne indes die Rücknahme des Beschlusses zu bewirken. Jüngste sicherheitspolitische Maßnahme ist ein erstmals am 14.11.1999 ausgestrahlter Aufruf im libyschen Fernsehen zur Denunzierung verdächtiger Per- sonen, in dem es hieß:

„All members of the basic people’s conferences are asked to send any observation or surveillance information about any person in any position to P.O.Box 4024, Tripoli, or to Fax 3342166, Tripoli.“ (SWB, 16.11.1999)

Die in all diesen gesetzlich-administrativen Beschlüssen zum Ausdruck kommende Kontrolllob- session zur Sicherung des Fortbestandes der Septemberrevolution blockte Fortschritte im Men- schenrechtsbereich bzw. bei der Umsetzung politischer Rechte auf der Basis der am 12.6.1988 verabschiedeten *Großen Grünen Menschenrechtscharta* und dem im Mai 1989 von den Basis- volkskonferenzen kodifizierten und im September 1991 von der AVK verabschiedeten *Gesetzes zur Stärkung der Freiheit* ab. Dies gilt auch für die Arbeit des *Libysch-arabischen Menschen- rechtskomitees*, das am 2.5.1989 in Tripolis gegründet wurde.¹⁰² Das Komitee konnte zwar Ver- besserungen in Teilbereichen (Haftbedingungen usw.) erzielen, aber aufgrund der politischen Restriktionen seinen in den Statuten definierten Zielen nicht gerecht werden.¹⁰³

99 Funktionale Parallelen zu den Islamischen Volkswachen im Iran (IRGC) sind offensichtlich; zu ihnen meinte der iranische Revolutionsführer Khamenei am 15.9.1999 anlässlich ihrer 15. Jahresversammlung: „The IRGC was born and grew out of necessity, but in the midst of opposition.“ (SWB, 17.9.1999).

100 Vgl. Text der Resolutionen der 4. Jahrestagung der Revolutionskomitees in Monitor-Dienst, Köln: Deutsche Welle, 6.3.1981: 9-11: „Setzt physische Vernichtung unserer Feinde fort“. Dies war der Auftakt für die Liquidierung von über 30 libyschen Op- positionellen im europäischen Ausland im Zeitraum 1981-1984. Vgl. hierzu die entsprechenden Jahresberichte von Amnesty International.

101 Vgl. Text in: SWB, 13.3.1997: MED 29-32 (General People’s congress resolution on collective punishment).

102 Nicht zu verwechseln mit der oppositionellen *Libyan Human Rights Commission* (LHRC) mit Sitz in Washington D.C. (ge- gründet 1985), die über Menschenrechtsverletzungen in Libyen informiert und sich für libysche Flüchtlinge im Ausland ein- setzt. Vgl. Interview mit Omar Turbi, dem Direktor der LHRC, in: Inamo, Erlangen, 1997, Heft Nr. 10: 35-36; daneben existie- ren weitere oppositionelle libysche Menschenrechtsorganisationen, wie z.B. die in Genf ansässige *Libyan League for Human Rights* (vgl. hierzu ausführlicher <http://home-earthlink.net/~dribrahim/seattle.htm>).

103 Vgl. al-nizam al-asasi (Statut). Tripolis 1989, 14 S.; Mattes 1992: 326-336; vgl. auch im Internet: <http://www.worldnet.net/~ijed/>

Durchaus mehr Effekt hatten und haben die von der libyschen Regierung ratifizierten internationalen Vereinbarungen (1970 Unterzeichnung der Internationalen Menschenrechtspakte über bürgerliche und politische Rechte bzw. wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; im März 1989 Unterzeichnung von Zusatzprotokoll I zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, das die Kompetenz des UNO-Menschenrechtskomitees zur Untersuchung individueller Klagen festschreibt). Durch sie wurde die libysche Regierung zur periodischen Berichterstattung über die Menschenrechtssituation im Lande verpflichtet und der Bewertung (positiver wie negativer Entwicklungen) durch das UNO-Menschenrechtskomitee ausgesetzt.¹⁰⁴

Trotz dieser punktuellen Verbesserung im Menschenrechtsbereich seit 1989 sind in Libyen insgesamt die Bedingungen zur Ausübung / Inanspruchnahme politischer und bürgerlicher Rechte erschwert,¹⁰⁵ so daß Libyen auf dem von *Freedom House* erstellten *Index politischer Freiheit* nur einen nachgeordneten Rang einnimmt.¹⁰⁶ Die Verweigerung umfassender politischer Freiheiten durch ein ausdifferenziertes Kontrollinstrumentarium und Repression sowie die Präsenz von rund 200.000-300.000 im Sicherheitsbereich beschäftigten Personen (Revolutionskomiteemitglieder, Milizionäre, Volkswachen, Revolutionswächter, Soldaten, Eliteeinheiten) bei einer Bevölkerung von nur knapp fünf Millionen Einwohnern sorgen einerseits (bislang erfolgreich) für innenpolitische Ruhe, weil Opposition schnell zerschlagen oder ins Ausland abgedrängt wurde/wird, andererseits haben die genannten und zum Großteil materiell privilegierten Sicherheitsorgane dem Ausmaß ihrer Einbeziehung in die staatliche Sicherheitsstruktur entsprechend ein Interesse am Fortbestand des „Revolutionsstaates“, wodurch unfreiheitliche Verhaltensmuster perpetuiert werden.

6. Revolutionäre Kultur und Presse

6.1. Der Zugriff der Revolution auf den Kulturbereich

Parallel zur ökonomischen Laissez-faire-Politik war auch im kulturellen Bereich zur Zeit der Sanusimonarchie wenig an staatlichem Einfluß zu spüren, denn die Kulturförderung und selbst die Zensur hielten sich in Grenzen. Warum – so der offizielle Tenor – zumal in Hocharabisch geschriebene Werke verbieten, die die Mehrzahl der analphabetischen Bevölkerung nicht lesen kann, warum Karikaturen verbieten, die zwar soziale Probleme aufgreifen, aber nicht direkt das politische System und seine Führung attackieren. Zensur traf nur jene kulturelle Produktion, deren „subversiver“ Charakter Breitenwirkung hatte, insbesondere kritische Theateraufführungen in Dialektarabisch.

Ganz im Gegensatz zu dieser staatlichen Abstinenz während der Sanusimonarchie setzte nach der Septemberrevolution ein umfassender Prozeß der Politisierung des kulturellen Bereichs sowohl institutionell als auch inhaltlich ein. Seit der Publizierung des Grünen Buches ab 1976 wandelte sich diese Politisierung zunehmend in eine Ideologisierung (auch *Jamahirisierung* genannt).

Bestimmender Faktor hinter dieser Entwicklung war und ist die Revitalisierung des eigenen kulturellen arabisch-islamischen Erbes und der arabischen Sprache. Gerade die forcierte Arabi-

¹⁰⁴ Am 27.10.1998 wurde der dritte Bericht der libyschen Regierung vor dem Komitee beraten; der im Oktober 1999 veröffentlichte Teilbericht des UNO-Menschenrechtskomitees zu Libyen findet sich in: *MidEast Press Digest*, 18.-24.10.1999: 17-21; vgl. auch www.unhchr.ch; die libysche Regierung muß im Oktober 2002 dem UNO-Menschenrechtskomitee ihren vierten Bericht mit Angaben zur Umsetzung der Empfehlungen des UNO-Menschenrechtskomitees auf der Basis des dritten Berichts vorlegen.

¹⁰⁵ Vgl. hierzu den jährlich im Februar veröffentlichten Länderbericht vom U.S. Department of State: *Country Report on human rights practices* oder diverse Dossiers von Amnesty International, u.a. *Libya. Gross human rights violations amid secrecy and isolation*. London, Juni 1997, 36 S. (AI-Index MDE 19/08/97).

¹⁰⁶ Vgl. <http://freedomhouse.org>.

sierungspolitik des RKR sollte den neokolonialen Zugriff erschweren und jene Provokation beseitigen, denen gerade in den 60er Jahren die Libyer ausgesetzt waren.

„Persönlich empörte es (Qaddafi) zutiefst, daß die Militärausweise der Angehörigen der libyschen Streitkräfte in englischer Sprache ausgestellt waren, eine Provokation, die ihm als Diskriminierung der arabischen Sprache erschien. Hinter Erscheinungen dieser Art sieht er eine Strategie; die Kolonisten demonstrieren durch die Dominanz der europäischen Sprachen, daß die europäische Kultur, daß die Europäer überlegen seien und daß bei den Arabern nichts Gleichwertiges bestünde.“ (Glagow 1972: 147)

Die Dekrete des RKR vom 19.9.1969 über einen ausschließlichen Gebrauch des Arabischen und des Hijra-Kalenders oder die am 5.6.1971 verfügte Schließung des *Tripoli College* (Unterricht in englischer Sprache) sowie aller anderen ausländischen Sprach-/Kulturzentren (u.a. auch des deutschen Goethe-Instituts) waren Resultat dieser Revitalisierung die mit Entwicklung der *Dritten Universalen Theorie* ihr umfassendes ideologisches Konzept fand. Im Rahmen der mit der Rede von Zuwara (15.4.1973) eingeleiteten Volksrevolution bildete die „Kulturrevolution“ (al-thawra al-thaqafiya) einen der fünf Programmpunkte und stellte zugleich neben der ausgeführten Verwaltungsrevolution diejenige Komponente mit den tiefgreifendsten Folgen dar. Qaddafi postulierte in dieser Rede,

„daß das Denken der Revolution vom ersten September dem Islam, der ewigen Botschaft, und dem Buch, das vom Himmel herabkam, entspringt“,

und kündigte gleichzeitig praktische Schritte an:

„Ich werde eine Revolution starten, die die Bibliotheken, die Universitäten, die Lehrpläne und alle Dinge, die geschrieben sind, einbezieht. Es ist notwendig, ich sage es mit aller Deutlichkeit, daß wir jedes verfälschte Denken ausmerzen und nur das wahre Denken des Menschen, das aus dem Buch Gottes entspringt, bestehen lassen.“

Insbesondere wurde von Qaddafi die „Rückkehr zum wahren Erbe des Islam“ und der „historischen Wahrheit der Geschichte Libyens“ zur „revolutionären Kultur“ (al-thaqafa al-thawriya) umgedeutet und ihre Propagierung in allen Ländern vor allem den Studenten als den „Botschaftern und Soldaten dieser Revolution“ zur Pflicht gemacht.

Die politischen Vorstellungen des Revolutionsrates zur Instrumentalisierung der Kultur für die „umfassende Erneuerung des arabischen Menschen“ erforderte zwangsläufig die Etablierung verschiedener Organe. Ließ sich die Arabisierung durch einfache Dekrete herbeiführen, mußte die im Sinne der Septemberrevolution und ihrer Ideale (Freiheit, Sozialismus und Einheit) angestrebte ideologische Erziehung längerfristig organisiert und institutionell betreut werden.

Als erstes Organ wurde dazu mit Gesetz Nr. 118 vom 10.9.1972 der von Qaddafi persönlich präsierte *Höchste Rat für die nationale Führung* (al-majlis al-'a'la lil-irshad al-qawmi) gegründet. Der Rat übernahm an höchster Stelle die bisherige Funktion des Ministeriums für Erziehung und nationale Führung und sollte entsprechend den Zielen der Revolution „den Menschen rekonstituieren“ und über die Neuausrichtung der Schulcurricula eine ideale, islamisch-arabische Gesellschaft auf der Basis des Islam errichten. Nicht zu Unrecht saßen daher Vertreter der Awqaf-Verwaltung und der islamischen Missionsgesellschaft in diesem Rat.

Diese Funktion ging Mitte der 70er Jahre dann auf die bereits genannten beiden ASU-Sekretariate für auswärtige Beziehungen und Kampagnen/Theorie/Kultur und mit der Gründung des *Grünen Buch-Zentrums* im Dezember 1981 auf diese Institution über, weil ihr auch die landesinterne Ideologiediffusion oblag.

Damit gerieten automatisch die Bibliotheken und Kulturzentren (im In- und Ausland), die forciert seit 1969 in allen Städten und Siedlungen Libyens errichtet wurden, endgültig in den Orbit der Ideologen, die bereits 1973 im Anschluß an die Aufforderung Qaddafis zur Säuberung der Bibliotheken von ausländischem Kulturgut zur Tat geschritten waren.

Neben dieser primär politisch motivierten Einflußnahme auf den bestehenden Kulturapparat schuf die politische Führung (RKR, Ministerrat; später das Generalsekretariat der Allgemeinen Volkskonferenz) seit 1972 gezielt Institutionen oder führte Veranstaltungen durch, die die im Zuge der Kulturrevolution aufgeworfenen Komplexe (Rückkehr zum Ursprung, Förderung des arabisch-islamischen Erbes, Neuinterpretation der eigenen Geschichte) umsetzen sollten. Dazu gehörte beispielhaft die Gründung einer *Nationalen Filmgesellschaft*, des *Instituts Ibn Maqalla*

für *Kalligraphie* (das einzige Institut seiner Art im Maghreb) im Jahre 1977, der *Schule zur Förderung islamischen Handwerks* (1981), des *Nationalen Musikinstituts* und die Etablierung der *Nationalen Körperschaft für Theater, Musik und Volkskunst* mit Gesetz Nr. 104 vom 15.12.1973 (mit drei Zweigstellen in Darna, Banghazi und Sabha), die die finanzielle Aufwandsentschädigung für künstlerische und schriftstellerische Tätigkeiten regelte und ein *Komitee für Theater* zur Auswahl der Stücke einrichtete.

Zu den zwei wichtigsten Kultureingriffen seit der Propagierung des Grünen Buches zählte zunächst 1976 die Formierung des *Bundes der Schriftsteller und Literaten* (rabitat al-udaba' wal-kuttab) auf der Basis von Gesetz Nr. 44 vom 10.6.1976. Die Mitgliedschaft in dieser Vereinigung ist seither für alle libyschen Schriftsteller obligatorisch, was den ideologisch normierten Inhalt der Kulturproduktion sichert. Die zweite bedeutende Institution zur Einflußnahme im Kulturbetrieb ist das 1978 begründete *Institut für Studien über den Jihad der Libyer gegen die italienische Invasion* (markaz al-jihad), dem die Revision der „bislang nur von Kolonialisten betriebenen Geschichtsschreibung zu Libyen“ (Qaddafi) übertragen wurde.

Die seit 1973 propagierte Kulturrevolution bediente sich von Anfang an des Instrumentes der ideologischen Penetration. Wird indirekt bereits über die uniforme Presse (s.u.) oder die modifizierten Curricula an Schulen und Universitäten die jüngere Generation mit den Inhalten des Grünen Buches (bzw. der DUT) zwangsweise konfrontiert, so ist auch außerhalb dieser beiden Bereiche kaum eine kulturelle Sparte (ob Musik, Theater, Dichtung, Malerei) von Interventionen zur Lieferung bestimmter Propagandaproduktionen oder dem Druck zur ideologischen Anpassung ausgespart. Hingewiesen sei z.B. auf die Ende der siebziger Jahre im Ausland in Auftrag gegebenen Filme wie *Umar al-Mukhtar*, *der Löwe der Wüste* oder *Die Schlacht von Tigrift*, die Themen aus dem Widerstand der Libyer gegen die italienische Kolonialmacht aufgriffen.

Ähnlich sieht es im musikalischen Bereich aus, wo neben typischen Revolutionsliedern (z.B. al-Jamahiriya – quwa thawriya, Mu‘ammar amin al-qawmiya/Die Jamahiriya ist eine revolutionäre Kraft und Mu‘ammar ist der Bewahrer des Nationalismus) durchaus traditionelle Gesangsformen beibehalten werden (z.B. Männer, die im Kreis sitzen, mit Holzstöckchen den Takt schlagen und improvisierte Dichtung vortragen) – nur daß die Liedtexte jetzt die Revolution preisen. Eine zumindest kurzfristige radikale politische Intervention im musikalischen Bereich, die ihre Wurzeln in der Gründung der *Arabischen Akademie für Musik* in Tripolis und in der vom 24.3.-2.4.1979 veranstalteten 6. Konferenz arabischer Musiker (Motto der Konferenz: „Zurück zu einer originären arabischen Musikkultur“) hat, vollzog sich Anfang Juni 1985: Am 2.6.1985 ordnete das Allgemeine Volkskomitee die Zerstörung aller „westlichen Musikinstrumente“ an, weil – mit direktem Hinweis auf das Grüne Buch Teil III (Abschnitt: Kultur und Kunst) – Völker nur „in Harmonie mit ihrer eigenen Kunst und Kultur“ leben könnten.

Diese Episode ist spätestens seit Ende der 80er Jahre allerdings vorüber, weil sich die produzierte eigene Musik nicht gegen die im Maghreb dominierende Raï-Musik und andere moderne Musik aus den USA und Europa, aber auch aus Ägypten und dem Nahen Osten behaupten konnte.

6.2 Der Pressesektor: Vielfalt in der Einheit

Die Presse, trotz Radio, Fernsehen (einschließlich dem seit den 90er Jahren expandierenden und von der Revolutionsführung nicht behinderten Konsum von Satellitenfernsehen) bis heute zentrales Instrument zur Informationsverbreitung, unterlag nach der Durchführung der Revolution sofort diversen Eingriffen.

Der RKR suspendierte als eine seiner ersten Maßnahmen die bislang publizierte Regierungspresse, insbesondere die drei staatlichen Zeitungen, die durch das seit 20.10.1969 herausgegebene neue offizielle Organ, die Tageszeitung *al-Thawra* (Die Revolution) unter der Leitung des Chefredakteurs Muhammad Abd ar-Razzaq Manna‘ ersetzt wurden. Die unabhängigen privaten Zeitungen und Zeitschriften blieben vorerst unangetastet.

Die angeordnete rigide Arabisierungspolitik führte allerdings innerhalb eines Jahres dazu, daß sämtliche fremdsprachigen Zeitungen aus finanziellen Gründen ihr Erscheinen einstellten,

mit Ausnahme der in Banghazi herausgegebenen *The Daily Libyan Times*, die im Januar 1972 verboten wurde.

Die arabischsprachige Presse war zwar teilweise ebenfalls ökonomischen Schwierigkeiten ausgesetzt, ihr Erscheinen war jedoch dadurch nicht gefährdet worden. Teilweise verdichteten einige Zeitungen sogar ihre Erscheinungsweise von wöchentlich auf täglich, manche wurden nach der Revolution neu bzw. wieder gegründet, wie *al-Balagh* (zwei Ausgaben pro Woche) unter dem neuen Chefredakteur Ali Urayith.

Was dem Großteil der privaten arabischsprachigen Presse zum Verhängnis wurde, war ihre Regimenähe und politische Profillosigkeit während der Sanusimonarchie. Nachdem der RKR durch das neugeschaffene Volksgericht (zuständig für „Verbrechen gegen die Nation“ insbesondere während der Sanusimonarchie) 1971 in zwei Prozessen bereits ehemalige Politiker, Beamte und Mitglieder der Königsfamilie verurteilen ließ, standen vom 22.1.-2.3.1972 insgesamt 29 Presseegner und Redakteure vor Gericht, denen die Anklage „Korruptionierung der öffentlichen Meinung“ vorwarf.

Bereits vor Beginn des Prozesses am 17.1.1972 hatte der RKR alle Tageszeitungen (d.h. neun von zwölf bestehenden Zeitungen) verboten, so daß nur noch drei Periodika, nämlich *al-Balagh*, *ar-Ra'id* und *al-Sha'b* mit einer Gesamtauflage von 24.000 Exemplaren – abgesehen von Radio und Fernsehen – Informationen verbreiten konnten. Denn selbst das Regierungsorgan *al-Thawra* mußte auf Beschluß des RKR vom 12.1.1972 sein Erscheinen einstellen, angeblich weil die Berichterstattung Qaddafi mißfiel.

Ein Neuanfang erfolgte im Juni 1972, als nach Diskussion innerhalb der ASU der RKR am 17.6.1972 ein neues Pressegesetz verabschiedete. Zugleich war einzig die dem Informationsministerium zugeordnete und am 14.9.1972 neugegründete und bis heute bestehende *Allgemeine Organisation für Presse* für die Herausgabe von Presseerzeugnissen zuständig, darunter seit September 1972 die heute noch existierende (und bis Anfang der 90er Jahre einzige) Tageszeitung mit dem Titel *al-Fajr al-jadid* (Die neue Morgendämmerung), eine Verschmelzung von *al-Thawra* und dem seit 1969 produzierten Militärorgan *al-Jundi* (Der Soldat). Die im Laufe der Zeit leicht erweiterte Pressepalette (regionale Wochenzeitungen; Frauenzeitschrift „Das glückliche Haus“; Sektoralzeitungen wie *Jaish al-Sha'b*/Armee des Volks usw.) erfuhr bereits 1976 eine neuerliche und stark an die ideologisch-politische Entwicklung (Herausbildung des politischen Systems der Jamahiriya) bzw. an die Aussagen zur Presse im Grünen Buch angelehnte Umstrukturierung, insofern die 1976 gebildeten syndikalistischen Berufsorgane der Ärzte, Ingenieure, Rechtsanwälte, Lehrer, Künstler, Landarbeiter usw. (arab. mit dem Begriff *ittihad* / Union oder *niqaba* / Syndikat bezeichnet), die neben den Basisvolkskonferenzen und den Volkskomitees die dritte tragende Säule im libyschen System direkter Demokratie darstellen, zur Herausgabe jeweils berufsspezifischer Presseorgane (z.B. *al-Mu'allim*/Der Lehrer; *al-Shurti*/Der Polizist; *al-Muhami*/Der Rechtsanwalt; *al-Muwazzaf*/der Beamte; *al-'Ard*/Der Boden, um nur die wichtigsten zu nennen) verpflichtet wurden. Diese Presseerzeugnisse wurden in Libyen unter dem Begriff der *Syndikatspresse* bzw. (arab.) *Niqaba-Presse* bekannt und ersetzten die bislang von der *Allgemeinen Organisation für Presse* oder anderen staatlichen Einrichtungen herausgegebenen Zeitungen.

Diese *Niqaba*-Zeitungen erscheinen bis heute in der Regel zwei-wöchentlich mit einem Umfang von 20-30 Seiten. Die tägliche Information blieb das Monopol der Tageszeitung *al-Fajr al-jadid*, die im Zusammenhang mit der „Jamahirisation der Presse“ (d.h. ihre Erstellung durch berufsspezifische Gruppen der libyschen Volksmassen) einem inhaltlichen Wandel unterlag. Waren bis dahin der *Fajr al-jadid* wie auch die beiden wöchentlichen Beilagen („Die politische Woche“ und „Die kulturelle Woche“) Zeitungen herkömmlichen Stils mit Nachrichten und Kommentaren, wurde der *Fajr al-Jadid* ab diesem Zeitpunkt zu einem reinen Nachrichtenbulletin, überwiegend gespeist mit Meldungen der staatlichen Nachrichtenagentur *Jamahiriya News Agency* (JANA).¹⁰⁷

Diese Grundstruktur der Presseorganisation unterlag bis heute nur noch geringen Veränderungen. So war es *erstens* angesichts der dominanten Rolle der sich Ende der 70er Jahre formierenden Revolutionskomitees unausbleiblich, daß diese selbst mit eigenen Presseerzeugnissen in

¹⁰⁷ Vgl.: Seit 17.8.2001 im Internet vertreten. Vgl. www.jamahiriyanews.com

Erscheinung traten. Seit Ende 1979 bzw. Anfang 1980 sind aktive Qaddafi-Anhänger aus den Reihen der Revolutionskomitees nicht mehr nur in allen Redaktionen der Niqaba-Presse aktiv, sondern darüber hinaus auch alleinverantwortlich für die Herausgabe der beiden neuen ideologischen Wochenzeitungen *al-Zahf al-akhdar*/Der grüne Marsch (Themenschwerpunkt: Innenpolitik) sowie *al-Jamahiriyah* (Themenschwerpunkt: Außenpolitik).

Zweitens ist eine (auch regionale) Diversifizierung der Tageszeitungen seit Anfang der 90er Jahre festzustellen. Neugründungen sind z.B. *al-Shatt* (Das Ufer), *al-Shams* (Die Sonne) oder zuletzt 1999 *al-Mal wal-iqtisad* (Kapital und Wirtschaft), herausgegeben von der Niqaba für Banken und Versicherungen;

Dritte und vielleicht bedeutendste Änderung war die Gründung der Monatszeitschrift *La* (Nein) im Jahre 1992 durch den libyschen Schriftstellerverband. *La* ist nach Angaben ihres Herausgebers Prof. Dr. Ali F. Kushaim autorisiert, im „Rahmen des Systems“ Kritik an Dysfunktionalitäten wie Korruption, Devisenschiebereien, administrativer Mißwirtschaft usw. zu üben, d.h. de facto bestehenden Unmut der Bevölkerung zu artikulieren und Mißstände anzuprangern.

Vierte und jüngste Neuerung ist nicht nur die Öffnung Libyens für das Internet (seit 2000 Eröffnung zahlreicher Internetcafés in Tripolis), sondern auch die Instrumentalisierung des neuen Kommunikationsmediums für die Informationsverbreitung: so verfügen seit Juli 2001 die meisten libyschen Zeitungen über eigene Webseiten (Zugang über www.libyanews.com), wie auch zahlreiche andere Einrichtungen zunehmend Internetpräsenz zeigen¹⁰⁸. Parallel dazu läuft die (Auslands-)Information in englischer Sprache (z. B. alle zwei Wochen eine englische Ausgabe der Tageszeitung *al-Fajr al-Jadid* seit 2000, *The Tripolis Post* seit 2001)

Die seit 1969 sich stetig intensivierende politische Einflußnahme auf den Kultur- und Pressektor trug ohne Zweifel zu einer quantitativen Steigerung der kulturellen Produktion und zu einer Diversifizierung der Presseorgane mit durchaus hohem qualitativen Niveau in Teilbereichen (z.B. Karikaturen Muhammad az-Zwawis; vgl. Faath/Mattes/al-Warfalli 1984) bei. Insgesamt ist die betriebene Ideologisierung jedoch ein Verlust, weil die Struktur des Totalitarismus, die dahinter wirkt, das Spektrum der kulturellen Vielfalt und künstlerischen Freiheit limitiert und unter qualitativen Gesichtspunkten in der Regel nur die Produktion von Stromlinienware bewirkt. „Die Ideologie tötet die Kunst“ äußerte der marokkanische Humorist Bziz deshalb nicht zu Unrecht im Oktober 1999 in übertragbarer allgemeiner Form (*La Vie Economique*, Casablanca, 29.10.1999).

Die ideologische Indoktrination, im Falle Libyens die verordnete *Jamahirisierung* von Kultur und Presse, erbrachte deshalb – wie zu erwarten – nicht die rhetorisch propagierten Ziele und wird auch auf Dauer nur kontraproduktiv wirken. Denn es darf nicht außer acht gelassen werden, daß unterhalb des offiziellen Diskurses mit seinem antiwestlichen, das Autochthone betonenden Charakter immer noch (und vom Satellitenfernsehen sowie der beginnenden Einführung des Internet zusehends gefördert) eine breite Strömung existiert, die amerikanische Filme einer Umar-al-Mukhtar-Produktion, die ein Auslandsstudium dem Besuch der libyschen Universitäten vorzieht und für die „Hamburger“ von McDonalds oder generell Produkte westlicher Provenienz größeren Reiz als lokale Produkte besitzen.

108

Vgl.

www.rcmculinfo.com (Revolutionskomitees)
www.mathaba.net (polit. Auslandskooperation)
www.gaddafi-charity.com (Qaddafi-Hilfsorganisation)
www.islamic-call.org (Islamic call society)
www.wipl.org (World Islamic Peoples Leadership)
www.arabiantribes.com (zu Libyschen Stämmen)

Kapitel II: Politische Bilanz von drei Dekaden Septemberrevolution: weder schwarz noch weiß

Der marokkanische Regimekritiker Abraham Serfaty verfaßte 1998 eine Publikation¹⁰⁹, in der er die seit 1994 von König Hassan eingeleiteten Liberalisierungsschritte mit der Entwicklung von „schwarz“ zu „grau“ umschrieb. Eine solche Typologisierung ist für Libyen so wenig angebracht wie die analoge Übertragung von Kanan Makiyas Beurteilung der Situation im Irak Saddam Husains unter dem Titel „Republik der Furcht“,¹¹⁰ weil die Dimension politischer Gewalt gegen die Bevölkerung in Libyen im regionalen Vergleich auf weitaus niedrigerem Niveau verlief und es in Libyen stets auch modellhafte und positive Entwicklungen gab. In Anlehnung an Kurt Sontheimers Deutschlandstudie¹¹¹ ließe sich eher analog die mehrdeutige Bilanz ziehen: „So war Libyen nie“ – es war nie so gut, wie es von offizieller Seite propagiert wurde und wie es ohne zelotische ideologische Eingriffe in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hätte sein können. Es war aber auch nie so schlecht, wie es voreingenommene Betrachter und ihrerseits ideologisch geprägte Analysten – u.a. die amerikanischen Verfechter der Rogue-state-Klassifizierung¹¹² – sehen wollten.

Die politische Entwicklung Libyens während der letzten drei Jahrzehnte revolutionärer Transformation stellt sich dem Beobachter nicht als monolithischer Block dar, sondern läßt Phasen starker ideologischer Einflußnahme (besonders 1973, 1975-1984) und Phasen von ausgeprägtem politischen Pragmatismus (1970/71, 1987-1992, seit 1998) erkennen. Die Revolutionsführung um Mu‘ammar al-Qaddafi muß sich jedoch jenseits solcher Periodisierungen für den gesamten Zeitraum seit September 1969 der Frage stellen, was in dieser Zeit an politischer und sozioökonomischer Entwicklung erreicht wurde, wobei als Maß der Beurteilung der jeweils im Zeitablauf erreichte Grad an Herrschaftslegitimität zugrundegelegt hätte werden können. Mangels solcher empirischer Datenerhebungen muß beim Versuch einer Bilanzierung auf einen deskriptiven Ansatz zurückgegriffen werden, der gleichwohl partiell Einschätzungen der libyschen Bevölkerung aufgreift.

Unzweifelhaft positiv zu vermerken ist der unter dem RKR bzw. der Revolutionsführung geschaffene und von den Erdöleinnahmen gespeiste Wohlfahrtsstaat (massiver Ausbau des kostenfreien Bildungssystems, des Gesundheitswesens, des sozialen Wohnungsbaus usw.), auch wenn dessen quantitative und qualitative Leistungsfähigkeit unter der Wirkung der 1986 spürbar gewordenen Finanzkrise und der von 1992-1999 verhängten UNO-Sanktionen gelitten hat. Gleichwohl nimmt Libyen auf dem *Index der menschlichen Entwicklung* der UNDP nach den finanziell noch weitaus besser gestellten Golfstaaten und Saudi-Arabien einen arabischen Spitzenplatz ein.

Als positiv ist auch die Frauenpolitik der Revolutionsführung zu bezeichnen, die umgesetzt wurde, obwohl sie von Anfang an von den konservativen Familien- und Stammescheichs abgelehnt wurde. In zahlreichen Reden, exemplarisch vor Frauen des Revolutionskomitees von Misurata am 14.10.1993 oder am 24.2.1999 vor weiblichen AVK-Delegierten, wies Qaddafi auf die wichtige gesellschaftliche Rolle der Frau hin. Ob in der Armee, bei der politischen Entscheidungsfindung, im Wirtschaftssektor (zur Ablösung der teuren ausländischen Arbeitskräfte), im Bildungs- und Gesundheitswesen, nirgends könne – so Qaddafi – auf die Stimme und die Arbeit der Hälfte der Gesellschaft verzichtet werden. Die Öffnung dieser Bereiche für Frauen

¹⁰⁹ Vgl. Serfaty, Abraham: *Le Maroc, du Noir au Gris*. Paris: Syllepse 1998, 165 S.

¹¹⁰ Vgl. Makiya, Kanan: *Republic of Fear: The Politics of Modern Iraq*. Berkeley, CA: University of California Press 1998, 359 S.

¹¹¹ Sontheimer, Kurt: *So war Deutschland nie*. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik. Münster: C.H. Beck 1999, 262 S.

¹¹² Vgl. zu diesem Aspekt Raymond Tanter: *Rogue Regimes*. New York: St. Martin's Press 1998, 331 S.; Michael Klare: *Rogue States and Nuclear Proliferation*. New York: Hill and Wang 1995, 291 S. sowie das Themenheft von: *Internationale Politik*, Bonn, Nr. 6, Juni 1999: „Schurkenstaaten“?

wurde deshalb von der Revolutionsführung massiv und erfolgreich betrieben, die in dieser Hinsicht (zusammen mit der tunesischen Staatsführung) in Nordafrika eine Vorreiterrolle einnimmt.

Aus regionaler Sicht ist auch die Islampolitik Qaddafis zu würdigen. Die Stellung des Islam in Libyen durchlief seit 1969 unterschiedliche und ambivalente Phasen, was auf die Intentionen Qaddafis, die ihrerseits Reaktion auf Widerstand waren, sowie den langwierigen Prozeß der Positionsbestimmung von Staat und Islam zurückzuführen ist. Qaddafi, einerseits Ideologe der DUT, unermüdlicher Propagandist des Grünen Buches und Initiator des Jamahiriya-Staatsmodells, ist zugleich als Missionar seiner undogmatischen Islamkonzeption in die Rolle eines Imam, eines religiösen Erneuerers geschlüpft. Dem seit 1975 erkennbaren Streben der Revolutionsführung nach einem islamisch legitimierten, aber säkulären Staat, dessen Modernisierung und Transformation nicht durch religiöse Vorschriften eingeengt werden soll, der aber zugleich in allen Bereichen von der arabisch-islamischen Kultur und Zivilisation geprägt ist, steht die seit Ende der 70er Jahre wachsende Strömung jener gegenüber, die mittels Einführung der Scharia als Grundlage des islamischen Staates Taqlid (Nachahmung, Tradition) statt Ijtihad (Geistesanstrengung; Bereitschaft zur Revision) zur Maxime ihres Handelns machen. Aus dieser Kluft resultiert zwangsläufig die unversöhnliche Haltung der Revolutionsführung gegenüber den ab 1989 auch militärisch operierenden Islamisten, wobei die angewendeten Repressionsmaßnahmen zugleich die seit 1988 erkennbaren Ansätze zur Liberalisierung des politischen Systems wieder einengten.

Diese antiislamistische Politik der libyschen Staatsführung fand sowohl auf Seiten Tunesiens als auch Ägyptens Zustimmung, die in der libyschen Position ein „Bollwerk gegen den Islamismus“ sahen, die verhinderte, daß sich ab 1992 algerische und ägyptische Islamisten via ein islamistisches Libyen verbündeten.

Die revolutionäre libysche Politik wurde aber im In- und Ausland nicht nur positiv eingestuft; Kritik gab es – aus dem Kreis der Opposition und je nach betroffener Zielgruppe – vor allem an den unterschiedlichen Varianten der hohen unproduktiven Mittelallokation. Kritisiert wurde

- der kostenintensive ideologische Messianismus in Form von umfangreicher Übersetzungs- und Publikationstätigkeit (diverse Übersetzungen des Grünen Buches und anderer Werke des Grünen-Buch-Zentrums) sowie die Veranstaltung aufwendiger Konferenzen in Libyen und im Ausland, ohne daß dieses „Marketing zugunsten der Qaddafischen Ideologie zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ (Ghassan Salamé) bis heute einen signifikanten Widerhall außerhalb Libyens gefunden hätte;
- die gleichfalls kostspielige Rüstungspolitik, mit deren Rhythmus in den 70er und 80er Jahren weder die Lager- und Unterhaltungskapazitäten noch die Ausbildungskapazitäten Schritt halten konnten, was sich in Fällen militärischen Kampfeinsatzes (gegen die USA im Golf von Sirt in den 80er Jahren; im Tschad) als verheerend erwies;
- die panarabische Außenpolitik mit ihren immer neuen Einheits-/ Unionsansätzen (in unterschiedlicher Komposition mit Ägypten, Sudan, Syrien, Tunesien, Marokko, Tschad), für die von libyscher Seite stets hohe finanzielle Vorleistungen erbracht wurden, ohne daß die diversen Anläufe mehr als nur kurzfristigen Bestand hatten;
- das globale Engagement zugunsten von Befreiungsbewegungen mit zunehmender Ausdehnung auf terroristische Gruppen (in erster Linie palästinensische Organisationen; IRA; ETA) seit Ende der 70er Jahre im Kontext der verschärften Auseinandersetzung mit den westlichen Staaten; insbesondere das starke Engagement zugunsten palästinensischer Gruppen wie schwarzafrikanischer Befreiungsbewegungen (Angola, Mozambik, Namibia, Südafrika, Sambia) verursachte einen hohen Kapitalabfluß, ehe die Finanzkrise ab 1986 automatisch bremsend wirkte und den Blick für produktive Investitionen in Libyen stärkte.

Eine realistische Bilanz der politischen Entwicklung Libyens hat über die genannten positiven und negativen Aspekte hinaus weitere Faktoren und Elemente zu berücksichtigen. Ausgangs-

punkt solcher Überlegungen ist das in der Person Qaddafis zentralisierte politische System, das trotz der dargestellten internen Weiterentwicklungen Zeugnis von der Stabilität der revolutionären Herrschaft ablegt, so daß die lokalen Medien – durchaus auch mit Blick auf das regionale Umfeld – von Libyen als *dawlat al-istiqrar* (Staat der Stabilität) sprechen. Revolutionsführer Qaddafi ist nach dem Tode von König Hussain und König Hassan derzeit der dienstälteste amtierende Staatsoberhaupt der arabischen Welt und neben dem Kubaner Fidel Castro der einzige Führer einer Revolution, der sich ins 21. Jahrhundert hinüber gerettet hat. Diese Langlebigkeit im Amt ist nicht nur den Umständen an sich, sondern auch der charismatischen Persönlichkeit Qaddafis,¹¹³ seiner rhetorischen Begabung, seinem respektierten einfachen Lebensstil, seiner landesweiten Präsenz und seinem Kontakt zur Bevölkerung zuzuschreiben. Hinzu kommt seine politische Flexibilität, wenn es gilt, die Grundlagen der revolutionären Herrschaft zu sichern – und sei es auf Kosten der Rücknahme von ideologisch motivierten Eingriffen,¹¹⁴ die Jahre zuvor mit großem Medieneinsatz propagiert wurden.

Unbestreitbar – und eine Durchsicht der im jährlich herausgegebenen *Nationalen Register* (al-sijill al-qawmi) gesammelten Reden Qaddafis bestätigt diesen Eindruck – ist das Anliegen Qaddafis, Libyen zu entwickeln, Armut, Unterentwicklung, Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen. Dieses Motiv war schon vorhanden, als sich Qaddafi während seiner Schulzeit in Sabha erstmals politisch engagierte, und rückte nach der Machtübernahme am 1.9.1969 noch stärker in den Vordergrund. Qaddafi mußte indes wie Castro die Erfahrung machen, daß es leichter ist, eine Revolution (im Sinne von Machtwechsel) durchzuführen, als in einer Gesellschaft eine Entwicklungsrevolution in Gang zu setzen.¹¹⁵

Diverse Karikaturen von Muhammad al-Zwawi,¹¹⁶ Libyens berühmtesten Karikaturisten, aus den 70er Jahren belegen dies genauso wie jene Reden Qaddafis, in denen er Phlegmatismus, Laxheit, Unflexibilität usw. geißelte. Reden wie jene vom 15.4.1973 (Aufruf zur Volksrevolution) und die (durchaus experimentierfreudigen)¹¹⁷ Umgestaltungen des politischen Systems waren Versuche, solche Mißstände zu überwinden, ohne daß dies jedoch den angestrebten Erfolg hatte. Dies zum einen, weil das Ziel der Herausbildung des „neuen Menschen“ – wie es in der DUT formuliert ist – an sich vermessen war, zum anderen jedoch, weil Qaddafi als Initiator der permanenten Revolution von oben die Bevölkerung, die Jamahir, entgegen der Theorie als Objekte, nicht als Subjekte der Revolution sah, die auf das Ziel der Entwicklungsrevolutionen kursbestimmenden Einfluß hätten ausüben können. Das schloß nicht aus, daß sich Qaddafi immer wieder selbstkritisch mit dem Entwicklungsverlauf und der Arbeit von Organisationen auseinandersetzte, sich z.B. im Herbst 1998 enttäuscht von der Arbeit der Revolutionskomitees zeigte, die „weder die (Mobilisierungs-)Ziele, die am Anfang ihrer Gründung standen, noch die Umsetzung der Hoffnungen unseres Volkes verwirklichen konnten“.¹¹⁸

Das politische System bzw. das auf legislativen Volkskonferenzen und exekutiven Volkskomitees basierende direktdemokratische Jamahiriya-Staatsmodell, das den Kern des ideologischen Sendungsbewußtseins Qaddafis ausmacht,¹¹⁹ verdient eine gesonderte Betrachtung. Liby-

¹¹³ Der amerikanische Politologe Michael C. Hudson schreibt in seinem Standardwerk: Arab Politics. The Search for Legitimacy (New Haven/London: Yale University Press 1977) bis heute gültig: „No leader since Nasir has exerted such charisma among ordinary Arabs“ (S. 321).

¹¹⁴ Ghassan Salamé nennt diesen Vorgang in seinem Interview in Le Monde (Paris, 5.9.1999) „réorientation permanente“.

¹¹⁵ So Castro im Februar 1999 vor den 4.000 Delegierten des lateinamerikanischen Lehrerkongresses, in: L’Orient-le Jour, Beirut, 8.2.1999 (Que c’est difficile une révolution).

¹¹⁶ Vgl. z.B. die Karikaturen in: Faath/Mattes/al-Warfalli 1984: 99-101, 117.

¹¹⁷ Diese Experimentierfreudigkeit einschließlich der Umsetzung der Leitsätze des Grünen Buches Teil II ist in Abhängigkeit von den seit Mitte der 70er Jahre drastisch ansteigenden Erdöleinahmen zu sehen.

¹¹⁸ Vgl. Arabies, Paris, September 1998: On prend les mêmes et on recommence.

¹¹⁹ Die Gründung der libyschen Jamahiriya 1977 als erstem „Volksmassenstaat der Welt“ sollte nach dem Zeitalter der Monarchien und der Republiken zu jenem Zeitalter überleiten, in dem Volksmassenstaaten dominieren. Eine derzeit morgens im libyschen Fernsehen laufende Sendung hat vor diesem Hintergrund den Titel: Sabah al-khair awal jamahiriya (Guten Morgen, erste Jamahiriya).

en ist zwar formal eines der wenigen Länder, in denen das politische System durch direktdemokratische Strukturen geprägt ist,¹²⁰ doch kann die Praxis in Libyen nicht empirisch und argumentativ für oder gegen die Funktionsweise direkter Demokratie als politisches Organisationsmuster herangezogen werden, da das Modell der direkten Demokratie in Libyen nie interventionsfrei vom Revolutionssektor (Qaddafi, Revolutionsführung; Revolutionskomitees) agieren konnte. Die Präsenz der Revolutionskomitees vor Ort verkürzte die freiheitlichen Optionen direkter Demokratie auf eine „Intervalldemokratie“, deren Grenzen zwar im Zeitablauf variabel, aber stets vorhanden waren/sind und deren Überschreiten als konterrevolutionäres Handeln sanktioniert wurde/wird. Das System direkter Demokratie funktionierte in Libyen dabei umso besser, je weniger „politisch“ die Tagesordnungspunkte waren, die von den Teilnehmern an den Basisvolkskonferenzen auf ihren drei regulären Sitzungsperioden pro Jahr diskutiert wurden. Die von der Organisationsspitze, dem Generalsekretariat der AVK, erstellte Tagesordnung bot zugleich ein breites Feld für Manipulation, konnten doch wichtige Diskussions- und Abstimmungspunkte gänzlich unterdrückt werden (wie die Intervention der libyschen Streitkräfte im Tschad) oder umstrittene Tagesordnungspunkte trotz lokalem Widerstand immer wieder plaziert werden, bis ein zustimmendes Votum durchgesetzt werden konnte. Demokratie als Ungewißheit bei der politischen Willensbildung war folglich kein von der Revolutionsführung akzeptiertes Prinzip.

Das libysche Modell direkter Demokratie weist über die funktionshemmende permanente Interventionsbereitschaft des Revolutionsektors hinaus jenes Defizit hinsichtlich seiner Repräsentativität auf, das generell diesem Partizipationsmodell anhaftet. Der von Qaddafi intendierte hyperaktive Partizipationsstaat neuer, politisch bewußter Menschen war in Realität als Folge des dem Rätemodell immanenten Permanenzproblems¹²¹ stets nur eine Fiktion seines Idealbildes. Das offensichtliche Abwesenheitsproblem, das bereits die Funktionsweise der Einheitspartei ASU (Gültigkeit von Beschlüssen nur bei Mindestteilnahme von 50 % der Parteimitglieder) 1975 torpedierte, weil in manchen Bezirken die Abwesenheitsrate bis zu 75 % betrug (vgl. Tabelle Bleuchot/Monastiri 1978: 179), setzte sich auch nach Umgestaltung der Parteistrukturen der ASU in jene der Basisvolkskonferenzen fort, so daß – trotz fehlender exakter empirischer Daten, aber aufgrund eigener Anschauung – davon ausgegangen werden kann, daß u.a. wegen Zeitproblemen, Ermüdungserscheinungen und der Kontrollmaßnahmen nur eine (aktive) Minderheit jeweils an den regulären und außerordentlichen Sitzungen der Basisvolkskonferenzen teilnimmt und entsprechende Resolutionen faßt.¹²² Das gilt allerdings nicht für die Tagungen der Sha‘biya-Volkskonferenzen und die Allgemeine Volkskonferenz, da deren Mitglieder gewählte Delegierte der jeweils nachgeordneten Ebenen sind.

Die demokratische Funktionsweise des libyschen Konferenzsystems ist aber noch durch weitere Faktoren konditioniert bzw. belastet:

Erstens durch die starke Ausprägung der „sozialen Wurzeln“ besonders in ländlichen Gebieten, d.h. die dort nach wie vor deutliche Dominanz von Stämmen und Großfamilien; im Falle von Widerständen gegen bestimmte administrative Maßnahmen führte dies zu mehrfacher politisch motivierter Verwaltungsneugliederung der lokalen Entscheidungseinheiten (Mahallat, Furu‘ al-baladiyat usw.) durch Teilung oder Zusammenlegung; zugleich erhöhte die Dominanz von Stämmen und Großfamilien die Anfälligkeit des Volkskonferenzen-Volkskomitee-Systems für

¹²⁰ Vgl. als aktuellen Überblick Bruno Kaufmann: Die Welt der direkten Demokratie. Ein Überblick, in: Die Zeit, Hamburg, Nr. 51, 16.12.1999: 47.

¹²¹ Vgl. hierzu Bermbach, Udo: Theorie und Praxis der direkten Demokratie. Opladen: Westdeutscher Verlag 1973 (bes. 13-32: Organisationsprobleme direkter Demokratie).

¹²² Dadurch tritt faktisch jener Zustand ein, den Qaddafi im Grünen Buch dem Parlamentarismus vorwirft, daß nämlich nur ein Teil der Bevölkerung Entscheidungen für die Gesamtheit fällt. Vgl. Grünes Buch 1985: 10-14.

informelle Verhaltensweisen bei der Bestellung von Kadern (Führungssekretariate der Basisvolkskonferenzen; Mitglieder in den Volkskomitees).¹²³

Zweitens durch den hohen Koordinierungsaufwand zwischen Basisstrukturen und nationaler Ebene,¹²⁴ verbunden mit immenser Reisetätigkeit der mehreren Tausend Delegierten bei Tagungen der AVK (in den 90er Jahren überwiegend im neuen Konferenzzentrum in Sirt) oder der Allgemeinen Sektoralen Volkskomitees, wenn aus den rund 1.500 Mahallat die entsprechenden Delegierten bzw. Volkskomiteemitglieder zusammenkamen.

Drittens durch die Farce der Macht- und Funktionsverleugnung durch Revolutionsführer Qaddafi, der de facto kraft revolutionärer Legitimität die höchste Entscheidungsgewalt darstellt; wie zuletzt im Fall der Auslieferung der beiden verdächtigen Lockerbieattentäter äußert Qaddafi – manchmal in beinahe koketter Manier – , daß er über kein Amt und ergo keine Entscheidungsbefugnisse in Libyen verfüge, sondern allein die Basisvolkskonferenzen zu entscheiden hätten. Qaddafi exemplarisch in diesem Sinne in seinem berühmt gewordenen Interview mit Hamid Barrada 1984:

„Das System der Jamahiriya ist einfach: Volkskonferenzen und Volkskomitees, nichts anderes. Es gibt keine (traditionelle) Regierung, kein Herrschaftsinstrument, keinen anderen Apparat dieser Art. Die Möglichkeit ihrer Existenz wurde an der Wurzel ausgemerzt. Alle Entscheidungen, strategisch oder nicht, werden einzig von den Volkskonferenzen getroffen. Das Zentrum, das alle Entscheidungen trifft und alle Eventualitäten vorausplant, sind die Volkskonferenzen.“¹²⁵

Die Realität sieht jedoch ganz anders aus und entspricht eher der sich über die Jahre hinweg kontinuierlich verstärkenden Präsenz Qaddafis im Straßenbild, wo dessen Konterfei große Plakatwände und seine Aussprüche Banderolen en masse zieren. Qaddafi, der verfassungstextlich keine Funktion innehat und außerhalb des Herrschaftssektors steht (vgl. Schaubild Kapitel 4.2.), ist dennoch derjenige, der ausländische Staatschefs,¹²⁶ Minister, Wirtschaftsdelegationen usw. empfängt und sich im Namen Libyens in den internationalen Medien äußert,¹²⁷ der innenpolitische Diskussionen anstößt, aber auch eigenmächtige Entscheidungen fällt oder Entscheidungen des Herrschaftssektors – wie zuletzt im Februar 1999 bezüglich der Modifikation des Heiratsgesetzes oder im Januar 2000 bezüglich des neuen Haushaltsentwurfs – aufhebt. Dieser Entscheidungszentralismus führte zwangsläufig dazu, daß untere Ebenen die kodifizierte dezentralisierte Entscheidungsfindung ignorieren und vor Beschlüssen erst um Rückversicherung bei höheren Instanzen nachsuchen.¹²⁸ Eine in der Tradition der klassischen Bai‘a (Herrscherhuldigung) stehende Variante dieser „Revolutionskonformität“ sind die bei nahezu allen Veranstaltungen verfaßten hagiographischen Telegramme, die von den Veranstaltern an Revolutionsführer Oberst Qaddafi gesandt werden, in denen sie seine „wegweisende Rolle für die Etablierung der Volksherrschaft“ usw. lobpreisen.

Viertens durch die Konzeption direkter Demokratie unter explizitem Ausschluß der Möglichkeit, daß sich die Bevölkerung zivilgesellschaftlich organisieren und für ihr jeweiliges Anliegen

¹²³ Auch hier gilt: Trotz der Ablehnung einer politischen Rolle von Stämmen in der Gesellschaft gemäß Grünem Buch Teil III bewirkte die seit den 90er Jahren zu beobachtende Retribalisierung, d.h. der verstärkte Rückgriff der Mitglieder der Revolutionsführung auf ihre Stämme zur Sicherung ihrer Machtbasis, daß sich auch an der Basis das Handeln entlang tribaler/familiärer Linien verstärkte.

¹²⁴ Auf bestehende Kompetenzprobleme innerhalb der hierarchischen Struktur, Ursache für viele administrative Reorganisationen, sei hier nur am Rande verwiesen.

¹²⁵ Vgl. Kadhafi: „Je suis un opposant à l'échelon mondial“. Entretien avec Hamid Barrada, Lausanne/Paris: Favre/ABC 1984, 231 S.; hier: 72. Ein aktuelles Beispiel lieferte Qaddafi im Juni 1999, vgl. Arab News, Jidda, 23.6.1999: I'm out of power.

¹²⁶ Selbst seinen eigenen Vorschlag vom 12.2.1979 kurz vor der Verabschiedung der *Trennung von Revolution und Herrschaft* ignorierte Qaddafi damit. Damals äußerte Qaddafi bezüglich der Kompetenzenneuerverteilung: „Wenn ein Revolutionsführer in die Jamahiriya kommt, wird er von der revolutionären Führung empfangen, und kommt jemand, der durch eine Wahl in sein Amt gelangte, so wird er von seiten eines Komitees empfangen, das von den Volksmassen gewählt wurde.“ (SQ 1978/1979)

¹²⁷ Vgl. seine Reden und Interviews im SQ; vgl. auch Jeune Afrique, Paris, 16.11.1999: Kaddafi et la presse.

¹²⁸ Entscheidungsträger der lokalen dezentralisierten politisch-administrativen Einheiten haben der Dualität der Systemstruktur und der damit einhergehenden Vielfalt an Autoritätszentren folgend sowohl auf den Revolutionssektor als auch auf die verschiedenen Machtzentren des Herrschaftssektors (Allgemeine Volkskonferenz; Generalsekretariat der Allgemeinen Volkskonferenz; Allgemeines Volkskomitee) Rücksicht zu nehmen.

lokal, regional oder national in den Basisvolkskonferenzen meinungsbildend engagieren können. So wie der kubanische Einparteiensstaat seinem Selbstverständnis nach pluralistisch ist und dafür der Begriff *pluralismo singular* geprägt wurde, so ist auch die Jamahir-Gesellschaft auf individualisierter Ebene im Rahmen der tolerierten Intervalle pluralistisch, ohne indes über das Recht zur Vereinigung dissidenter Meinungen in nichtstaatlichen Organisationen zu verfügen und damit ein Gegengewicht aufbauen zu können. *Vereinigungsverbot* und *Medienzugangskontrolle* machen die Jamahir-Gesellschaft folglich zu einer „stummen“ Gesellschaft, was an Montesquieu denken läßt, der bereits im 18. Jahrhundert in seiner hellsichtigen Art und Weise formulierte:

„Quand dans un Etat, vous ne percevez le bruit d’aucun conflit, vous pouvez être sur que la liberté n’y est pas.“

Insofern im libyschen Staatsmodell der sich selbst repräsentierenden Volksmassen formierte Gegengewalt und legalisierte Opposition keine Existenzberechtigung haben, wird selbst friedlich artikulierter Dissens zum konterrevolutionären Akt, dessen weiche oder rigide Verfolgung vom innen- wie außenpolitischen Kontext diktiert wird.¹²⁹

Allerdings ist zu konstatieren, daß sich gegenwärtig Opposition innerhalb Libyens nur punktuell manifestiert, die günstige bzw. sich verbessernde wirtschaftliche Lage keinen Auftakt zur Gegenrevolution befürchten läßt, zumal die Anzahl derjenigen, denen die Revolution rechtliche Besserstellung, materielle Vorteile und sozialen Aufstieg brachte, groß ist und keine signifikanten regionalen Disparitäten für Unmut sorgen. Die – vor allem im regionalen Vergleich – gute materielle Ausgangsbasis war aber nie alleine Grundlage für das Maß an Zufriedenheit der Bevölkerung mit der politischen Führung. Die Zielgruppen autoritärer Eingriffe in das politische und wirtschaftliche Gefüge Libyens, ob Militärs, Beamte, Studenten, Unternehmer oder Religionsgelehrte, alle haben zwangsläufig gegen einengende ideologische Eingriffe opponiert, mehr Mitbestimmung, Demokratie, Gewährleistung bürgerlicher Freiheiten und Raum für private Initiativen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gefordert.

Diese Opposition gegen das starre Prokrustesbett der Revolution wird – verstärkt durch den sich akzentuierenden Generationenwechsel – auch in Zukunft anhalten, was abschließend zur Frage nach der Zukunft der libyschen Revolution überleitet.

Die Zukunftsaussichten der libyschen Revolution sind eng an die Wandlungskapazitäten der Staatsführung gekoppelt, wobei sich diese Kapazitäten auf einen realen, Dissens zulassenden Wandel beziehen und nicht lediglich auf Anpassungen des politischen Systems an zeitbezogene oder machtsichernde Erfordernisse. Revolten oder Revolutionen können, dürfen (um ihrer Wirkung willen) nicht permanent sein. Die Revolte/Revolution als Dauerzustand erbrächte – so Rüdiger Görner in seinem Essay *Widerstand und Hoffnung* – „keine Umwälzungen mehr, sondern nur noch Umdrehungen, ein beständiges In-sich-kreisen“.¹³⁰ Die Gefahr einer institutionalisierten, ja mumifizierten Revolution in Libyen ist im Zeitablauf der letzten drei Dekaden umso größer geworden, je älter einerseits die machtbesitzende kollektive Revolutionsführung wurde, der andererseits als Folge des hohen Bevölkerungswachstums eine immer größere Anzahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenübersteht, die nichts anderes als die Revolutions-epoche kennen, die ihre Situation nicht mehr an der Sanuszeit messen und folglich die sozio-ökonomischen Errungenschaften der Revolution positiv bewerten, sondern im Zeitalter der Globalisierung ihre häufig von Arbeitslosigkeit und Langeweile geprägte Situation mit jener von Jugendlichen/jungen Erwachsenen in Europa und den USA vergleichen.¹³¹ Der Beitrag von

¹²⁹ Die Repression ist gegenwärtig selektiver, das System „toleranter“ geworden, die Revolutionskomitees treten mit nur geringem Profil in Erscheinung und die Reinigungskomitees sind Einschüchterungsinstrumente, die nur spezifische Bevölkerungsgruppen zu fürchten haben; das heißt aber nicht, daß das Regime die Organisation aktiver Opposition tolerieren würde – in einem solchen Fall würde sofort eingegriffen werden.

¹³⁰ In: Die Welt, Berlin, 27.11.1999.

¹³¹ So kann man im Gespräch mit Jugendlichen in der Altstadt von Tripolis durchaus Meinungen hören wie: „Qaddafis Herrschaft ist nur eine kurze Periode in der langen Geschichte Libyens, die vorübergeht.“

Afshin Molavi *Iran youth want to have fun* in der *International Herald Tribune* vom 29.12.1999 kann auf libysche Verhältnisse übertragen werden, wo der Tenor der meisten Jugendlichen gleichfalls lautet: „We just want to do what other young people have the right to do.“¹³²

Die Aussichten auf einen grundlegenden liberalisierenden oder gar demokratischen Wandel scheinen allerdings gering, solange Qaddafi in seiner Funktion als Revolutionsführer, als oberster politischer Entscheidungsträger fungiert, solange Libyen eine Jamahiriya bleibt, in der die revolutionäre Legitimität nicht angetastet werden darf¹³³ und folglich bislang auch kein Prozeß in Gang gesetzt wurde, um revolutionäre Legitimität in zwangsläufig kompetitive Leistungslegitimität zu transformieren.¹³⁴ Das heißt nicht, daß die Revolutionsführung grundsätzlich wandlungsunfähig war und ist. Die bislang davon betroffenen Bereiche waren jedoch weitgehend außenpolitischer Natur. Die Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu allen Anrainerstaaten seit 1990, die Bemühungen um einen außenwirtschaftlichen Neuanfang nach Aussetzung der UNO-Sanktionen im April 1999,¹³⁵ die spätestens beim Besuch des italienischen Premierministers D'Alema in Tripolis Anfang Dezember 1999 öffentlich vollzogene Abkehr vom Terrorismus,¹³⁶ die ansatzweise positive Reaktionen bei der US-Administration auslöste und die Voraussetzungen für die Normalisierung der seit den 70er Jahren, vor allem jedoch seit der Präsidentschaft von Ronald Reagan gespannten Beziehungen verbesserte,¹³⁷ legen von dieser Fähigkeit zum Wandel Zeugnis ab.

Der von der *Washington Post* angesichts dieser Entwicklungen rhetorisch gestellten Frage „A changed Ghadafi?“ ist folglich partiell zuzustimmen, doch schließt der Wandel bislang (und wohl auch in naher Zukunft) die Innenpolitik aus, weil der Wille und die Fähigkeit zur Umgestaltung des politischen Systems Grenzen hat. An den Grundstrukturen des Systems änderte sich in den letzten Dekaden trotz aller Veränderungen nichts; d.h., eine nur historisch legitimierte Revolutionsführung, weder gewählt noch abwählbar, determiniert durch direkte Steuerung über die Medien und Revolutionskomitees die Marge der Selbstbestimmung des libyschen Volkes in den Volkskonferenzen und wird deshalb auch weiterhin Anlaß für politische Opposition geben. Wenn also abschließend festgestellt werden kann, daß in Libyen derzeit durchaus politischer Handlungsbedarf besteht, so ist auf der anderen Seite festzuhalten, daß die Entscheidung über Umfang und Inhalt von Veränderungen in erster Linie Sache der *libyschen* Staatsbürger ist.

¹³² Vgl. hierzu auch Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 30.9.1999: Libyens Jugend schielt nach dem Westen. Konsumwünsche unterhöheln Ghadhafis beduinische Ideale.

¹³³ Am 9.3.1990 verabschiedete die Allgemeine Volkskonferenz ein sogenanntes *Revolutionary Legitimacy Document* (Text: SWB, 13.3.1990); dort heißt es u.a. „Revolutionary legitimacy, which is embodied in the brother leader of the revolution, is based upon the natural law of the revolution and therefore it is solely and inalienably his right because he is the brain and the symbol of the revolution. Thus, such a right cannot be opposed or withdrawn. [...]

Revolutionary legitimacy, which is embodied in the brother Colonel and the brother leader, does not extend over the popular masses in Libya alone but beyond them to all those throughout the world who are thirsty for freedom, revolution and emancipation. Therefore, the masses of the basic people's congresses re-affirm the brother leader's humanitarian and revolutionary role and will be very glad to see the pioneer of the first revolution representing their causes at international organisations. [...]

The masses of the basic people's congresses, while reaffirming the above, understand clearly that revolutionary legitimacy was not their gift [to Qadhafi] but rather deserved recognition for the good work of an international revolutionary, whose glorious deeds are recognised throughout Arab world and internationally.

History will look back at his ideas and actions, recognising him as the creator of new era in which corrupt regimes will fall and exploitation and repression will end.“

¹³⁴ Vgl. zu diesem Aspekt auch die pointierten Ausführungen von Mohamed Sid-Ahmed zur Transformation Ägyptens von einem revolutionären zu einem konstitutionellen Staat, in: al-Ahram Weekly, Kairo, 5.8.1999: On state legitimacy.

¹³⁵ Vgl. www.listbot.com/archive/libyanews (13.12.1999; Libya seeks new beginning).

¹³⁶ Vgl. hierzu The Egyptian Gazette, Kairo, 3.12.1999: Libya vows to help fight terrorism; L'Orient-le Jour, Beirut, 4.12.1999: Tripoli tourne le dos au terrorisme.

¹³⁷ Vgl. L'Orient-le Jour, Beirut, 2.12.1999: Washington adresse un satisfecit inhabituel à Tripoli; vgl. www.listbot.com/archive/libyanews (3.12.1999: Ghadafi denounces terrorism).

Literaturverzeichnis*

- Abu Ghazzam, Ibrahim (1997): *Sharh al-qanun al-dusturi al-libi. Al-dimuqratiya al-mubashira* (Kommentar des libyschen Verfassungsrechts. Die direkte Demokratie). Tripolis: Maktabat tarabulus al-‘ilmiya al-‘alamiya
- Amnesty International (1991): *Libya: Amnesty International’s prisoner concerns in the light of recent legal reforms*. London
- Anderson, Frank (1999): *Qadhafi’s Libya: the limits of optimism*. In: *Middle East Policy*: Philadelphia, Bd. 6, Nr. 4, S. 68-79
- Anderson, Lisa (1990): *Tribe and state: Libyan anomalies*. In: Khoury, Philip S./Kostiner, Joseph (Hg.) (1990): *Tribes and state formation in the Middle East*. London: I.B. Tauris, S. 288-302
- Ansell, Meredith O./al-Arif, Ibrahim M. (1972): *The Libyan Revolution. A source-book of legal and historical documents*. London: Oleander Press
- Arnold, Guy (1997): *The Maverick state. Gaddafi and the New World Order*. London: Casell
- Atallah, Borham (1975): *Libye. Le droit pénal musulman ressuscité*. In: *Annuaire de l’Afrique du Nord 1974*: Paris, S. 227-252
- Attir, Mustafa (1977): *Attitudes toward modernization in Libya. Data from a pilot study*. Pittsburgh: University Center for Urban Research
- Ayoub, Mahmoud Mustafa (1987): *Islam and the Third Universal Theory. The religious thought of Mu‘ammar al-Qadhafi*. London: KPI
- Badry, Roswitha (1986): *Die Entwicklung der Dritten Universaltheorie (DUT) Mu‘ammar al-Qaddafis in Theorie und Praxis*. Frankfurt/ Main: Peter Lang
- Baumann, Herbert/Ebert, Matthias (1995): *Die Verfassungen der Mitgliedsländer der Liga der Arabischen Staaten*. Berlin (u.a.): Berlin Verlag (Libyen; S. 435-452)
- Bergs, Rolf (1989): *Erdöl–self reliance–Krise. Der Entwicklungsweg Libyens unter Qaddafi 1969 –1988*. Frankfurt/ Main: Verlag Interkulturelle Kommunikation
- Bianco, Mirella (1975): *Kadhafi. Der Sohn der Wüste und seine Botschaft*. Hamburg: Holsten
- Bisson, Jean (1997): *La Libye entre clientelisme et regionalisme tribal*. In: *Bulletin de l’Association de Geographes Francais*, Paris, Bd. 74, Nr.1, März 1997, S. 70-82
- Bleuchot, Hervé (1983): *Chroniques et documents libyens. 1969-1980*. Paris: Editions du CNRS
- Bleuchot, Hervé (1986): *Khadafi. Versuch eines Portraits*. In: *wuqf*, Hamburg, Bd.1, S. 65-81
- Bleuchot, Hervé/Monastiri, Taoufik (1978): *Libye. L’evolution des institutions politiques (1969-1978)*. In: *Annuaire de l’Afrique du Nord 1977*, Paris: CNRS; S. 141-187
- Brill, Heinz (1988): *Libyens Außen- und Sicherheitspolitik. Moamar el Gaddafis Motive und Visionen*. Baden-Baden: Nomos
- Bryde, Brun-Otto (1970): *Die libysche Verfassungsproklamation vom 11. Dezember 1970*. In: *Verfassung und Recht in Übersee*, Hamburg, Heft 3, S. 383-389
- Büren, Rainer (1972): *Nassers Ägypten als arabisches Verfassungsmodell*. Hamburg: Deutsches Orient-Institut
- Buru, M. M. (u. a.) (1989): *Libya: state & region. A study of regional evolution*. London: SOAS
- Charvin, Robert/Vignet-Zunz, Jaques (1987): *Le syndrome Kadhafi*. Paris: Albatros
- Ciammaichella, Clauco (1978): *Islam, démocratie et révolution libyenne*. Aix-en-Provence: CRESM, Mémoire de maîtrise
- Cooley, John K. (1982): *Libyan sandstorm*. New York: Holt, Rinehart and Winston
- Cordesman, Anthony H. (1993): *After the storm. The changing military balance in the Middle East*. Boulder, Col (Hg.) (1993): Westview (Libyen, S. 130-156)
- Dargel, Claudia/Plamböck, Imke (1994): *„Sie behält das Haus“. Frauenpolitik in Libyen*. Hamburg: Theorie und Praxis
- Davis, Brian L. (1990): *Qaddafi, terrorism and the origins of the US attack on Libya*. New York: Praeger
- Davis, John (1988): *Libyan politics. Tribe and revolution*. London: I.B. Tauris
- Deeb, Mary-Jane (1998): *Libya*. In: Reich, Bernard (Hg.): *Handbook of Political Science Research on the Middle East and North Africa*. Westport, Conn.: Greenwood Press, S. 171-179
- Deeb, Mary-Jane (1991): *Libya’s foreign policy in North Africa*. Boulder, Col (Hg.): Westview
- Deeb, Marius K./Deeb, Mary-Jane (1982): *Libya since the revolution: Aspects of social and political development*. New York: Praeger
- Djaziri, Moncef (1996): *Etat et société en Libye. Islam, politique et modernité*. Paris: L’Harmattan
- Ebert, Hans-Georg (1991): *Zum Gerichtssystem in Libyen*. In: *Verfassung und Recht in Übersee*, Hamburg, Heft 2, S. 143-152
- Elhaj, Yusuf Saber (1975): *An exploratory study in participatory management in the Libyan Arab Republic: The popular committee system*. PhD Thesis. University of Maryland
- Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter/al-Warfalli, Ghayth (1984): *Muhammad az-Zwawi. Ein libyscher Karikaturist*. Scheessel: edition wuqf

- El-Fathali, Omar Ibrahim (1975): The prospects of public political participation in Libyan local government. Gainesville: The Florida State University, PhD Thesis
- El-Fathali, Omar I. (u.a.) (1977): Political development and bureaucracy in Libya. Lexington Mass./Toronto: Lexington Books
- El Fathali, Omar I./Palmer, Monte (1980): Political development and social change in Libya. Toronto: Lexington Books
- First, Ruth (1974): Libya. The elusive revolution. Harmondsworth, Middlesex: Penguin
- Frank, Sabine/Kamp, Martina (Hg.) (1995): Libyen im 20. Jahrhundert. Hamburg: Deutsches Orient-Institut
- Funk, Harald (1971): Libyen nach der Revolution von 1969 (mit Text der konstitutio-nellen Proklamation). In: Mitteilungen des Instituts für Orientforschung, Berlin, Bd. XVII, Heft 1, S. 37-48
- Georgy, Guy (1996): Kadhafi. Le berger des Syrtes. Paris: Flammarion
- Gerke, Kinka (1997): Die unilaterale Versuchung. Die Sanktionen der USA gegen die Handelspartner Kubas, Irans und Libyens und ihre Auswirkungen auf das Welthandelsregime. Frankfurt/Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konflikt-forschung
- Ghaffar, Abdelghadir/Landfried, Klaus (1978): Libyen. In: Ziemer, Klaus (Hg.): Die Wahl der Parlamente. Bd. II: Afrika; Berlin: de Gruyter; S.1123-1151
- Gheijam, Ali M. (1990): Mass communication in the Libyan Jamahiriya. In: Journal of Black Studies (Los Angeles/Cal.), Bd. 20, Nr. 3, S. 324-334
- Glagow, Rainer (1972): Bericht über eine Diskussion zur Rolle der ideologischen Systeme, zum Islam und zum Problem des Fortschritts in der arabischen Welt mit Mu'ammār al-Qadhāfi. In: Orient, Opladen, Heft 3, S.147-152
- Graeff-Wassink, Maria (1990): La femme en armes. Khadafi feministe? Paris; Colin
- Gurney, Jdith (1996): Libya. The political economy of energy. Oxford: Oxford Institute of Energy
- Das Grüne Buch von Muammar al-Kadhafi (1980): Die Dritte Universaltheorie. Kapitel 1-3, Bonn: pdw
- Habib, Henri (1975): Politics and government of revolutionary Libya. Montreal: Le Cercle du Livre
- Haley, P. Edward (1984): Qaddafi and the United States since 1969. New York: Praeger
- Al-Harari, Muhammad Abdallah (1992): Usul al-qanun al-idari al-libi. Tanzim al-idara al-sha'biya wa waza'ifuha. (Grundlagen des libyschen Verwaltungsrechts. Die Organisation der Volksverwaltung und ihre Funktionen.) Zawiya: Jami'at Nasir
- El-Kikhia, Mansour O. (1997): Libya's Qaddafi: the politics of contradiction. Gainesville: University Press of Florida
- Kousa, Musa M. (1978): The political leader and his social background: Muammar Qaddafi, the Libyan leader. M.A. Thesis. Michigan State University
- Kshedan, Hadi Salem (1984): The spatial structure of Tripoli. Libya: an example of a Third World socialist city. Norman, Oklahoma: The University of Oklahoma
- Lemarchand, René (Hg.) (1989): The Green and the Black. Qadhafi's policies in Africa. Bloomington: Indiana University Press
- Martel, André (1991): La Libye 1835-1990. Essai de géopolitique historique. Paris: PUF
- Mattes, Hanspeter (1982): Die Volksrevolution in der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksgamahiriyya. Heidelberg: Kivouvou Verlag
- Mattes, Hanspeter (1982a): Islam und Staatsaufbau. Das theoretische Konzept und das Beispiel der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksgamahiriyya. Heidelberg: FEST
- Mattes, Hanspeter (1985): Von der Prätorianergarde König Idris` zum Konzept des bewaffneten Volkes Mu'ammār al-Qadhafis. In: Orient, Opladen, Bd. 4, S. 523-548
- Mattes, Hanspeter (1986): Die innere und äußere islamische Mission Libyens. München/Mainz: Kaiser/Grünewald
- Mattes, Hanspeter (1987): Die militärische Konfrontation zwischen Libyen und den USA 1986. Hamburg: Deutsches Orient-Institut
- Mattes, Hanspeter (1988): Libyen. In: Koszinowski, Thomas/Mattes, Hanspeter (Hg.): Nahost-Jahrbuch 1987 ff.; Opladen: Leske + Budrich (Libyen jeweils sechs Seiten)
- Mattes, Hanspeter (1992): Demokratie und Menschenrechte in Libyen zwischen Ideologie und Pragmatismus 1969-1991. In: Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter (Hg.): Demokratie und Menschenrechte in Nordafrika. Hamburg: edition wuqûf, , S. 289-364
- Mattes, Hanspeter (1995): Qaddafi und die islamistische Opposition in Libyen. Zum Verlauf eines Konflikts. Hamburg: Deutsches Orient-Institut
- Mattes, Hanspeter (1997): Qaddafi als Autor und Schriftsteller. In: wuqûf, Hamburg, Bd.10-11, S. 529-532
- Mattes, Hanspeter (1999): Die politische Opposition in Nordafrika. In: wuqûf, Hamburg, Bd.12, S. 9-77
- Mayer, Ann Elizabeth (1977): Islamic law in Libya. Analysis of selected laws enacted since the 1969 revolution. London: School for Oriental and African Studies
- Monti-Belkaoui, Janice/ Riahi-Belkaoui, Ahmed (1976): Qaddafi: the man and his policies. Aldershot: Avebury
- Al-Muhami, Fawzi Abd al-Hamid (1988): Kaifa yahkumu al-Qaddafi Libya ? (Wie regiert Qaddafi Libyen?). ohne Ort; ohne Verlag (Oppositionsschrift)
- Muscat, Frederic (1974): My President, my son ... or one day that changed the history of Libya. Malta: Adam Publications

- NFSL (1992): *Libya under Gaddafi and the NFSL challenge*. Chicago, Ill.: National Front for the Salvation of Libya
- Niblock, Tim (2001): „Pariah states“ & sanctions in the Middle East: Iraq, Libya, Sudan. Boulder, Col.: Lynne Rienner
- Operschall, Christian (Hg.) (1987): *Libyen. Die verkannte Revolution*. Wien: Pro-media
- Otayek, René (1986): *La politique africaine de la Libye*. Paris: Karthala
- Ouannès, Moncef (1999): *Elite et pouvoir en Libye: parcours, présence et participation*. In: Kadri, Aïssa (Hg.): *Parcours d'intellectuels maghrébins*. Paris: Karthala, S. 231-241
- Pelt, Adrian (1970): *Libyan independence and the United Nations. A case of planned decolonization*. New Haven: Yale University Press
- Poßnig, Renate (1983): *Gaddafi. Infant terrible der Weltpolitik*. Hamburg: Hoffmann und Campe
- Ramirez Jaime B. (1989): *Muammar al-Qadhafi: The great leader*. Cebu City, Philippinen: Vanguard Resources Management Group
- Rathmell, Andrew (1991): *Libya's intelligence and security services*. In: *International Defense Review*, Coulsdon, Bd. 24, Nr. 7, Juli, S. 695-697
- El-Roz, Ali (1995): *Les anti-Kadhafi de A à Z*. In: *Arabies*, Paris, Nr. 106, Oktober, S. 20-31
- Salem, Hasan Salaheddin (1973): *The genesis of the political leadership in Libya 1952-1969: Historical origins and development of its component elements*. PhD Thesis. Washington: The George Washington University
- Schliephake, Konrad (Hg.) (1999): *Libyen und nordwestliches Ägypten – Aktuelle Elemente der räumlichen Entwicklung*. Würzburg: Geographisches Institut
- Sicker, Martin (1987): *The making of a Pariah state. The adventurist politics of Muammar Qaddafi*. New York: Praeger
- Souriau, Christiane (1986): *Libye. L'économie des femmes*. Paris: L'Harmattan
- Stillmark, Senta (1989): *Träumer und Erbauer. Gedanken über den Zukunftsstaat des Jakobiners Saint-Just und das Grüne Buch des Revolutionsführers Muammar al-Gaddafi*. Wien: International Progress Organization
- St. John, Ronald Bruce (1983): *The ideology of Mu'ammad al-Qadhafi: theory and practice*. In: *International Journal of Middle East Studies*, S. 471-490
- St. John, Ronald Bruce (1987): *Qaddafi's world design. Libyan foreign policy 1969-1987*. London: Saqi Books
- St. John, Ronald Bruce (1991): *Historical dictionary of Libya*. Metuchen, N.J.: The Scarecrow Press, 3. Auflage 1998
- Struntz, Herbert/ Dorsch, Monique (2000): *Libyen – zurück auf der Weltbühne*. Frankfurt/ Main: Peter Lang
- Thawrat al-sha'b al-'arabi al-libi (1972) (*Die Revolution des arabisch-libyschen Volkes*). Tripolis: Wizarat al-i'lam wal-thaqafa, Teil I
- Thompson, E.P./Kaldor, Mary u.a. (1986): *Mad dogs. The US raids on Libya*. London: Pluto Press
- Al-Tilisi, Khalifa Muhammad (1991): *Mu'jim sukkan Libiya (Enzyklopedie der Bewohner Libyens)*. Tripolis: Dar al-rabban
- Al-Tir, Mustafa Umar (1992): *Masirat tahdith al-mujtama' al-libi. Muwa'ama baina 'l-qadim wal-jadid. (Die libysche Gesellschaft auf dem Weg zur Erneuerung. Harmonie zwischen Alt und Neu.)* Tripolis: Al-Hai'a al-qawmiya lil-bahth al-'ilmi
- Toboli, Abulkasem Omar (1976): *An economic analysis of internal migration in the Libyan Arab Republic*. PhD Thesis. Oklahoma State University
- UNICEF (1997): *Situation of women and children in the Great Socialist Libyan Arab Jamahiria*. Tripolis: UNICEF
- Vandewalle, Dirk (Hg.) (1995): *Qadhafi's Libya, 1969-1994*. New York: St. Martin's Press
- Vandewalle, Dirk (1998): *Libya since independence. Oil and state-building*. Ithaca, New York: Cornell University Press
- Viorst, Milton (1999): *The colonel and his labyrinth*. In: *Foreign Affairs*, Mai/April, S. 60-75
- Das Weisse Buch (1981): *Einige Beispiele der Schäden, die von den Streitmächten an der libyschen Bevölkerung angerichtet wurden*. Tripolis: Markaz Jihad al-Libyin
- El-Zilitni, Abdussalam Mukhtar (1981): *Mass media for literacy in Libya*. PhD Thesis. Ohio State University

*vgl. auch: Beschoner, Natasha (1990): *Bibliography of Libya, 1970 - 1990*. London: SOAS